

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



27. August 1983
Jg. 4 Nr. 17

G 7756 D Preis:
2,50



Tschad: Französische und US-Imperialisten: Interventionsgründe auch gegen Libyen Seite 8



Chemieindustrie: IG Farben-Nachfolger: Tradition ungebrochen fortgesetzt – weltweite Interessen größer denn je Seite 13



Italien: Sozialisten stellen Ministerpräsidenten, die Reaktion hat das Programm diktiert Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

<i>BDA/BDI: Und als nächstes die Aushöhlung und Zerschlagung des Tarifvertragswesens!</i>	Seite 3
Viele Anträge zum Gewerkschaftstag der IGM fordern gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche	Seite 4
EG-Stahlquotenvereinbarungen: Vorteile für BRD-Monopole	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Bundesgrenzschutz: Zimmermann sieht „Sicherheitslage“, die Bürgerkriegstruppe nötig macht</i>	Seite 7
<i>NATO-Herbstmanöver '83: Geprobt wird die Vorwärts„verteidigung“</i>	Seite 7
<i>Tschad: Französische und US-Imperialisten: Interventionsgründe auch gegen Libyen</i>	Seite 8
<i>Kohl in Israel: Inspektionsreise zur Nahost-Bastion</i>	Seite 9
<i>Türkei: Delegation berichtet über Haftbedingungen</i>	Seite 9
<i>Energiepolitik: Lohnabhängigenhaushalte zahlen Kernenergieausbau und Kohlesubvention</i>	Seite 10
<i>Personalausweisgesetz: SPD: Scheinheilige Kritik</i>	Seite 11
<i>Krankenkassen: Kapitalisten zufrieden mit Beitragssenkungen</i>	Seite 12
<i>Chemieindustrie: IG Farben-Nachfolger: Tradition ungebrochen fortgesetzt — weltweite Interessen größer denn je</i>	Seite 13
<i>Energieversorgung des BASF-Konzerns: „vitale Bedeutung“</i>	Seite 14
<i>Kapitalexport: Brasilien Investitionsschwerpunkt der Chemiekapitalisten</i>	Seite 16
<i>Ostansprüche und Osthandel: Chemiekapitalisten voller Hoffnungen</i>	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Wehrkunde: „Kein Fachmann für das Gewissen“ — Ausrichtung auf Kriegserziehung</i>	Seite 19
<i>NRW: Altenheimbau zur Kostensenkung?</i>	Seite 19
<i>Kommunalpolitik: Stadthalle statt Schulbücher — oder wie man Bauunternehmer reich macht</i>	Seite 20
<i>Sozialer Wohnungsbau: Wiederbelebung der „Schlichtbauweise“</i>	Seite 21
<i>Studentenparlamente: Per Gesetz: CDU-Studenten im Aufwind</i>	Seite 21
<i>Hamburger Aluminium Werk: HAW will flexible Arbeitszeiten — Betriebsrat besteht auf 40 Stunden-Woche</i>	Seite 22

Betriebsverfassung — Zwangsschlichtung vorgesehen ...	Seite 22
<i>Arbeitsordnung: PWA schränkt damit Rechte ein</i>	Seite 23
<i>„Offensive Personalpolitik“: Sanierung einer ehemaligen AEG-Tochter</i>	Seite 23
<i>Buchhandel/Verlage Bayern: Tarifierhöhung brachte meist nichts ein</i>	Seite 24
<i>Personenbezogene Daten: Landesbeauftragter Bayern gegen Löschung</i>	Seite 24
<i>Krankenhausärzte: Arbeitsbedingungen der Assistenzärzte in den Krankenhäusern — ein Protokoll</i>	Seite 25
Ärzte„schwemme“ — der Dienstherr nutzt sie zum Angriff auf Lohn und Arbeitsbedingungen	Seite 26
Stichwort: Bereitschaftsdienst	Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

<i>Italien: Sozialisten stellen Ministerpräsidenten, die Reaktion hat das Programm diktiert</i>	Seite 28
<i>Dänemark: Weitere Spargesetze in Aussicht</i>	Seite 29
<i>Chile: PCD soll Gewerkschaften christdemokratisieren</i>	Seite 30
<i>Sri Lanka: Maßnahmen gegen die Opposition</i>	Seite 30
<i>Brasilien: Gewerkschaften unter Staatsaufsicht gestellt</i> ..	Seite 31
<i>VR China: Noch mehr Anreize für ausländisches Kapital</i>	Seite 31
<i>UdSSR: Partei und Regierung verstärken Kampagne für mehr „Arbeitsdisziplin“</i>	Seite 32
Mindeststandards bei Löhnen und Sozialversicherungen in den USA und der UdSSR	Seite 32

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

<i>„Der Bienenkorb“: Existenzialistische Bilder über das Kleinbürgertum im Franco-Regime</i>	Seite 34
XAP oder Composer statt Arbeit	Seite 34
Wie geht die Hlg. Dreifaltigkeit in Quarks?	Seite 34
Französisch-deutsche Rechtsstaatlichkeit	Seite 35
<i>„Die Nation im Schulunterricht“: Instruktionsschrift für Lehrer in Baden-Württemberg</i>	Seite 35
<i>„Kollektive Selbstverteidigung“: Deutscheuropa-Strategie, NATO und Westeuropäische Union (III)</i>	Seite 36
Radierung	Seite 37
Lebensaltersstufen — Unterbezahlung der harten Arbeit	Seite 38

Und als nächstes die Aushöhlung und Zerschlagung des Tarifvertragswesens!

Seit 1981 konnten die Kapitalisten durch Intensivierung der Arbeit und niedrige Lohnabschlüsse die Lohnkosten je Produkteinheit senken und größere Gewinne erzielen als in den Vorjahren. Entlassungen und größere Arbeitslosigkeit hätten dies bewirkt, prahlte die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrem letzten Jahresbericht für 1982:

„Im Berichtszeitraum ... sahen sich viele Unternehmen nunmehr aus Kostengründen gezwungen, die ‚Durchhaltepolitik‘ aufzugeben und in verstärktem Maße Arbeitskräfte freizusetzen. Das etwas stärkere Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, das auf diese Weise erzielt werden konnte, ermöglichte, den Anstieg der Lohnstückkosten auf 2,5 vH. zu begrenzen, nachdem die Lohnkosten je Produkteinheit im vergangenen Jahr noch mit 4,5 vH. wesentlich stärker expandiert hatten.“

Das Produktionsergebnis je Beschäftigten stieg 1982 um 3% (1981: + 0,9%) gegenüber dem Vorjahr. Seit den letzten Tarifabschlüssen beschleunigte sich diese Entwicklung: Die Deutsche Bundesbank hat in ihren neuesten Statistiken veröffentlicht, daß im ersten Quartal 1983 die Lohnkosten je Produkteinheit in der Gesamtwirtschaft gegenüber dem IV. Quartal 1982 um ein Prozent gesunken sind (in laufenden Preisen). Steigende Unternehmensgewinne sollen auch 1983 anhalten (1). Das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit stieg bereits 1982 um 7,5% auf knapp 300 Milliarden DM, nicht zuletzt durch die gesunkenen Steuern und Abgaben der Kapitalisten und Reichen. Der Bundesverband der Industrie (BDI) erwartet für 1983 weitere 3,5 Milliarden DM Steuererleichterungen.

Die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Arbeiterbevölkerung verschlechtern sich zusehends. Das DGB-Institut WSI meldet, daß 1982 die Nettoeallöhne und Gehälter um 2,2% gesunken sind:

„Damit kam es im dritten Jahr hintereinander zu Reallohnverlust. Derzeit liegt das Reallohniveau unter jenem des Jahres 1978. Auch im laufenden Jahr 1983 ist ... ein Rückgang der Nettoealeinkommen zu erwarten.“

– Die Lohnabzüge stiegen im ersten Vierteljahr 1983 um 3,5%, nachdem sie bereits im letzten Jahr um 4,8% bzw. 10,2 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr gestiegen waren.

– Die Reproduktionskosten sind in den letzten zwölf Monaten (Junidaten) ganz unterschiedlich gestiegen: Die Mieten um 8%, die Nahrungsmittel nur um 0,4%.

– Das Arbeitslosengeld liegt bei 51% des durchschnittlichen Nettolohnes. 36% der Arbeitslosengeldempfänger beziehen weniger als 800 DM Arbeitslosengeld, 26% zwischen 800 und 1000 DM. Zwei Drittel aller Arbeitslosenhilfebezieher erhalten mittlerweile weniger als 800 DM.

Die Kapitalisten konnten im letzten Jahr ihre „Lohnkosten“ drücken und die Produktivität der Lohnabhängigen steigern. Die Ausbeutung der lohnabhängigen Arbeiterbevölkerung ist gestiegen, und die Lebensbedingungen sind schlechter. Die Kapitalisten sind mit diesem Zustand überhaupt noch nicht zufrieden. Der BDA beurteilte in seinem Jahresbericht 1982 den Kurs des Kapitals selber skeptisch und deu-

mit den Gewerkschaftsvorständen zu suchen. Die Kohl/Genscher-Regierung ergriff sofort nach dem Regierungswechsel Ende 1982 eine Initiative, indem sie im Zusammenhang der Haushaltsberatungen 1983 eine 2%-Lohnerhöhung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes festlegte. Unmittelbar danach machten die Kapitalisten in der Metallindustrie ein Niedrigangebot, das sich an dieser Marke orientierte. Jene Tarifkommissionen der IG Metall, die der Empfehlung des Hauptvorstandes nicht gefolgt waren, eine niedrige und reine Prozentforderung aufzustellen – dazu gehörten Baden-Württemberg, Hessen und der Nordverbund – waren für die Annahme des Angebotes der Kapitalisten sicher



BDI-Vertreter auf der Jahrestagung 1982

tete an, daß mit der bisherigen Gangart keine Änderung herbeigeführt werden kann:

„Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung wurde 1982 von einer Problemfülle gekennzeichnet wie in keinem Jahr zuvor seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ... Denn die Tarifabschlüsse konfrontierten die Unternehmen mit immer noch zu hohen Kostenbelastungen, die sich angesichts extrem niedriger Erträge und unzureichender Eigenkapitalausstattung als Beeinträchtigung der Investitionsfähigkeit der Unternehmen erwiesen.“

Um daraufhin die niedrigen Tarifabschlüsse Anfang des Jahres überhaupt zu erzielen, waren die Kapitalisten genötigt, ein hohes Maß an Zusammenwirken mit der Bundesregierung herbeizuführen und die Zusammenarbeit

nicht zu bewegen, das wußten alle. Nachdem die Kapitalisten zentral mit dem IG Metall-Hauptvorstand 3,2% mündlich vereinbart hatten, dachten viele, daß wohl die Tarifkommission in NRW den Abschluß nehmen würde. Im ersten Anlauf war das nicht der Fall. Bayern lehnte auch ab. Zurück nach NRW: Nach zähen Verhandlungen nahm die Tarifkommission den Abschluß. Zum Dank erhielten die vorwiegend in NRW beschäftigten Stahlarbeiter gleich noch ein Prozent weniger. Nachdem in den Tarifverhandlungen in der Metallindustrie mit einem Abschluß von 3,2% ein niedriger Abschluß durchgesetzt war, funktionierte auch das bereits eingeleitete Erpressungsmanöver im öffentlichen

Viele Anträge zum Gewerkschaftstag der IGM fordern gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche

Zahlreiche Anträge zum 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober beschäftigen sich damit, wie der Normalarbeitstag erkämpft und eine weitere Intensivierung der Arbeit verhindert werden kann. Trotz der beginnenden Kampagne für die 35-Stunden-Woche gehen die Kapitalisten zu umfassenden Angriffen auf den Normalarbeitstag über. Trotz bestehender Tarifverträge sind die 40-Stunden-Woche und der Acht-Stundentag keineswegs die Regel. Gestützt auf die Arbeitszeitverordnung von 1938 und das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 28.7.82 können die Kapitalisten über 30 Überstunden im Monat erzwingen.

21 Verwaltungsstellen der IG Metall (Essen, Neuwied, Aachen, Frankfurt, Gelsenkirchen, Göttingen, Gummersbach, Hannover, Göppingen, Duisburg, Berlin, Paderborn, Darmstadt, Esslingen, Neumünster, Wolfsburg, Osterode, Herne, München, Offenbach und Krefeld) fordern in Anträgen die *gesetzliche* Beschränkung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und der Überstunden auf höchstens acht Stunden in der Woche. Im folgenden stellvertretend für viele der Antrag der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen:

„Leitziel der Reform muß die Abwehr der immer weiter steigenden gesundheitlichen Gefahren an vielen Arbeitsplätzen und Schaffung eines arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums sein. Der Gesetzgeber muß die gewerkschaftlich erkämpfte 40-Stunden-Woche festschreiben. Die Mehrarbeit muß auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die unvermeidliche Mehrarbeit ist durch Freizeit abzugelten. Die Einführung von Kurzpausenregelungen an allen maschinenabhängigen Arbeitsplätzen muß gesetzlich vorgeschrieben werden. Für Arbeitnehmer, die in Wechselschicht arbeiten, sind eine halbstündige oder zwei viertelstündige bezahlte Pausen je Acht-Stundenschicht auf die regelmäßige Arbeitszeit anzurechnen.“

Bei Fließbandarbeiten darf die Dauer der täglichen Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten. Die Arbeitszeit von Schichtarbeitern und Nachtarbeitern ist entsprechend der jeweiligen Gesundheitsgefährdung bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen. Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen darf nicht beseitigt werden, sondern ist auf alle Arbeitnehmerinnen auszudehnen. Nachtarbeit ist auch für andere Gruppen einzuschränken.“

Antrag der Verwaltungsstelle Darmstadt:

„Im Hinblick auf die angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit wird der Vorstand der IG Metall beauftragt, auf die im Deutschen Bundestag vertretenen Partei-

en und hier insbesondere auf die in den DGB-Gewerkschaften organisierten Bundestagsabgeordneten einzuwirken, damit sie die Änderung der Arbeitszeitordnung (AZO) aus dem Jahre 1938 schnellstens durchsetzen. Insbesondere muß dabei die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit (§3) von 48 auf 40 Stunden und die maximal zulässige wöchentliche Arbeitszeit (§6) von 60 auf 48 Stunden reduziert werden.“

Wenn auch nicht alle diese Anträge den Zusammenhang ihrer Forderung nach gesetzlicher Festschreibung der Arbeitszeit zur Kampagne für die 35-Stunden-Woche so deutlich herausstreichen, so gehen doch alle von der Einsicht aus, daß keine tarifvertragliche Regelung Überstunden und Überarbeit sowie die von den Kapitalisten angestrebte „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit wirklich verhindern kann.

Dieses Problem wird auch von vielen Anträgen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche behandelt. Zum Beispiel im Antrag der Verwaltungsstelle Albstadt:

„Voraussetzung für die Einführung der 35-Stunden-Woche muß sein, daß gleichzeitig bundesweit definierte Arbeitsbedingungen angestrebt werden. Diese definierten Arbeitsbedingungen müssen mindestens beinhalten:

1. Überstunden müssen in Zukunft grundsätzlich durch Freizeit abgegolten werden. Dies gilt auch für die bisher gezahlten Zuschläge.
2. Eine Begrenzung der Überstunden im Tarifvertrag ist festzuschreiben. Unter der gegenwärtigen Regierungskoalition ist nicht damit zu rechnen, daß eine positive Änderung der AZO im Sinne der Gewerkschaften erfolgt.
3. Die Einführung von bezahlten Kurzpausen, um einem Steigen des Leistungsdrucks entgegenzutreten.
4. Die Entlohnung der Leistung muß abgesichert werden, analog den Forderungen aus dem Lohnrahmentarifvertrag Süd des Bezirkes Stuttgart.“

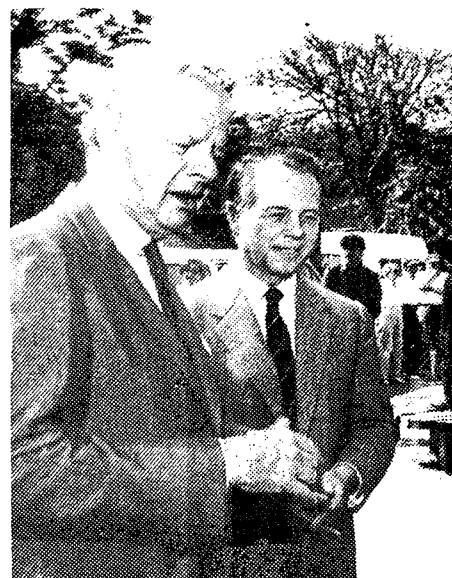
Viele der Anträge zur Änderung der Arbeitszeitordnung beziehen sich auf die Referentenentwürfe der sozialliberalen Regierung aus den Jahren 1981 und 1982 und indirekt auch auf den jetzt eingebrachten Gesetzesentwurf der SPD. Eine Aufweichung der Schutzbestimmungen für Frauen wird im Gegensatz zu diesen Entwürfen rundweg abgelehnt. So im Antrag der Verwaltungsstelle Salzgitter:

„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, dahingehend auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß die derzeitige Regelung des Nachtarbeitsverbots für Frauen unter gar keinen Umständen aufgelockert, sondern eher Nachtarbeit für alle Arbeitnehmer auf das unbedingt erforderliche Minimum beschränkt wird.“

Quellenhinweis: Anträge zum 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, metall, Sonderdruck, 15.7.83

Dienst. Erst nach zweiwöchigem harten Arbeiten konnte Frau Dr. Wulf-Mathies, vormals Bundeskanzleramt, für den Schlichtungsspruch von 2% u.a. bei einer Laufzeit von 18 Monaten ihre verlorengegangene Mehrheit in der Großen Tarifkommission wiedergewinnen – etwa 20% der Tarifkommissionsmitglieder ließen sich nicht beirren und stimmten gegen den Schlichtungsspruch.

Solche Abschlüsse sind für die Kapitalisten kaum zu wiederholen. Sie richten große Scherereien an, sind sehr strapaziös. Heftige Auseinandersetzungen und wirkungsvolle Streiks wäre beinahe eingetreten und hätten auch erfolgreich geführt werden können. Die politischen Auswirkungen z.B. ei-



Kapitalist Amerongen und Ernst Albrecht (CDU)

nes Streiks im öffentlichen Dienst gegen die „neue“ Regierungspolitik wären sicher nicht unbedeutend gewesen. Die Zusammenarbeit mit den Hauptvorständen kann bei solchen Abschlüssen im nächsten Moment umschlagen in erbitterte Gegnerschaft, damit die Hauptvorstände den nächsten Gewerkschaftstag bestehen oder um einen lästig gewordenen Vorsitzenden ehrenvoll in Rente zu entlassen.

Die Kapitalisten wollen niedrige Lohnabschlüsse zu jeder Zeit garantiert wissen, das ist ihren Äußerungen in den letzten Wochen deutlich zu entnehmen:

Thiele (Gesamtmittel): „Wir müssen Fehlentwicklungen der Vergangenheit korrigieren und zugleich Lösungen in der Tarifpolitik anstreben, die den unterschiedlichen Situationen der Betriebe ebenso Rechnung tragen wie den gewandelten Bedürfnissen der Arbeitnehmer. Von Gewerkschaften und Arbeitgebern ist mehr Kreativität und Anpassungsfähigkeit gefordert ... Dazu gehört in erster Linie Teilzeitarbeit und bewegliche Arbeitszeiten. Dadurch werden Arbeitsplätze sicherer, weil die Schwankungen in der Auftrags- und Produktionslage der Unternehmen so nicht nur

durch Personalabbau, sondern auch mit variabler Arbeitszeit aufgefangen werden können.“

Mit dem bestehenden Tarifvertragssystem sind diese Vorstellungen der Kapitalisten nicht durchsetzbar. Sie wollen zielstrebig das ganze Tarifvertragssystem angreifen und zerstören. Die Forderungen der Kapitalisten setzen sich in der Praxis teilweise durch: Im Juni verabschiedete der Bundestag in erster Lesung ein „Gesetz zur Beseitigung ausbildungs- und beschäftigungshemmender Vorschriften“, das die Ausweitung der Nachtarbeit für Frauen um weitere zwei Stunden (von 20 auf 22 Uhr) u.a. für das Zeitungswesen, Gebäudereinigung und Bäckerhandwerk vorsieht. „Bewegliche“, „variable“ und „flexiblere“ Festlegungen der Arbeitszeit sollen den Normalarbeitstag nicht nur verlängern, sondern vor allem die Mobilität aller Arbeitskräfte aufs äußerste steigern. In

der Bundestagsdebatte über den von der SPD eingebrachten Gesetzentwurf eines Arbeitszeitgesetzes führte der CDU-Bundestagsabgeordnete Hartmann dafür ein Beispiel an:

„Aber warum muß man beispielsweise die Vier-Tage-Woche mit einer täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden gesetzlich ausschließen? Warum muß die Verteilung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit mindestens vier Wochen vorher festgelegt werden?“

Mittlerweile droht die CDU/CSU den Gewerkschaften offene Staatsgewalt an. In einem Artikel in der Augustnummer der vom Bundesarbeitsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Arbeit und Sozialpolitik“ schreibt der Vorsitzende der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Dr. Haimo George (MdB):

„Der Staat kann und sollte nicht in die Tarifgestaltung eingreifen. Er muß aber ein Klima schaffen, daß die Sozialpartner ihre ‚Gemeinwohlverpflichtung‘ wahrnehmen.

Tun diese dies auf Dauer nicht, müßte dies für staatliche Verantwortungsträger die Frage nach dem Ausmaß von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen auslösen.“

Etwa 600 Tarifverträge sind durch den Bundesarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt. Darunter fallen etwa 20% aller Beschäftigten. Angaben, wieviele Beschäftigte direkt betroffen sind, gibt es nicht. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen sind vor allem für die Bauindustrie, Einzelhandel, Bekleidungsindustrie und Gebäudereinigung ausgesprochen. Georges Vorschlag ist dreist und ungeheuerlich. Kritik aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion über seine Äußerungen, „wie ein Elefant im Porzellanladen“, erhärten geäußerte Absichten!

(1) WSI-Mitteilungen 6/1983. Weiterer Quellenhinweis: BDA, Jahresbericht 1982; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 8/83 und Statistische Beihäfte, Reihe 4, 7/83; Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht vom 22.06.83; Handelsblatt div. Ausgaben

EG-Stahlquotenvereinbarungen: Vorteile für BRD-Monopole

Ohne daß vorher eine freiwillige Einigung der in Eurofer zusammengeschlossenen zwölf größten europäischen Stahlmonopole zustande gekommen wäre, hat der EG-Wirtschaftsministerrat am 26. Juli die Verlängerung des nach Artikel 58 des Montanunion-Vertrages geltenden Produktionsquotensystems beschlossen. Alle zehn EG-Mitgliedsstaaten haben sich für eine Beibehaltung des Quotensystems bis Ende 1985 ausgesprochen. Auf Drängen Italiens wurden die bestehenden Quoten zunächst jedoch nur für ein halbes Jahr, bis zum 31. Januar 1984, mit geringen Änderungen fortgeschrieben. Die Bundesregierung sieht ihre für die Verhandlungen gesteckten Ziele erreicht.

Tatsächlich sind die Vereinbarungen vorteilhaft für die BRD-Imperialisten. Ihnen ging es darum, ihren Anteil an der europäischen Stahlherzeugung von zur Zeit 31,6% bis zum Abschluß der vorgesehenen Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen festzuschreiben. Dies ist mit der Absichtserklärung, die Quotenregelung bis Ende 1985, dem vorgesehenen Endtermin der erlaubten Subventionszahlungen, beizubehalten, verhältnismäßig sicher. Für die Zeit danach sehen die westdeutschen Stahlmonopole gute Chancen, die europäische Konkurrenz zu bezwingen.

Zudem konnte die von der EG-Kommission geplante geringfügige Herabsetzung des westdeutschen Produktionsanteils auf ca. 30,8%

verhindert werden. Zusätzlich zu den von der EG-Kommission vorgesehenen 17 Mio. t Warmbänderzeugnissen wurden der BRD weitere 600000 t unter der Bedingung zugestanden, daß Klöckner sich in Zukunft an die Quoten hält. Damit hätten sich auch in dieser Hinsicht die ständigen Quotenüberschreitungen gelohnt.

Durchaus vorteilhaft für die BRD-Imperialisten sind auch die kurz vorher von der EG-Kommission getroffenen Entscheidungen über den in den einzelnen EG-Mitgliedsländern bis 1985 vorzunehmenden Kapazitätsabbau. Die BRD soll ihre Stahlkapazitäten von etwa 60 Mio. t um 6,01 Mio. t abbauen.

Abgesehen von Dänemark, das eine Gesamtstahlkapazität von gerade 1 Mio. t hat, ist dies mit 11,3% der prozentual mit Abstand niedrigste Betrag. Frankreich und Großbritannien sollen je 19,7% ihrer Kapazitäten abbauen, Belgien 19,4% und Italien 16,1%. Die EG-Kommission hat sich offenbar den Standpunkt der westdeutschen Stahlmonopole zu eigen gemacht, nach dem die „Vorleistungen“ der BRD in punkto Rationalisierung, der Produktivitätsvorsprung der BRD, „belohnt“ werden müsse. Gleichzeitig wurden die von der Bundesregierung angemeldeten Subventionen genehmigt: Es handelt sich um die Summe von 8,64 Mrd. DM, von denen die Bundesregierung allerdings „nur“ 4,2 Mrd. DM vergewilligt.

Quellenhinweis: „Handelsblatt“ 15.7. bis 19.8.



Arbed-Stahlwerk in Völklingen. Die Bundesregierung hat im Juni für weitere Subventionen weitere Rationalisierungsmaßnahmen verlangt.

DGB protestiert gegen Türkei-Politik der BRD

Am 12.8. wurden noch auf dem Frankfurter Flughafen 39 Türken der angereisten türkischen Polizei übergeben, 38 wurden abgeschoben, einer ausgeliefert. Er ist Mitglied der revolutionären Organisation Dev Yol. Acht werden von der türkischen Regierung als „Terroristen und Kriminelle“ bezeichnet, sie wurden schon in Frankfurt abgesondert und sitzen immer noch im Gefängnis. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissars ist die BRD das einzige Land, das Auslieferungen an die Türkei durchführt. Was schert die Bundes- und Landesregierungen, daß in türkischen Gefängnissen gefoltert wird?

Nach der Version der Bundesregierung schreitet die Demokratisierung der Türkei voran. Möllemann (FDP), Staatsminister im Außenministerium, verwies auf die am 6.11. in

der Türkei stattfindenden Wahlen. Da hat die Junta über Kandidatur-Verbote dafür gesorgt, daß nur noch drei Parteien zur Wahl und Regierung und Opposition schon vorher feststehen.

Am 15.8. hat der DGB eine Erklärung „gegen das türkische Militärregime“ veröffentlicht (Auszüge):

„In wenigen Wochen jährt sich zum dritten Mal der Tag, an dem die demokratische Ordnung in der Türkei zerschlagen und die Macht von Generälen übernommen worden ist ...

Tausende von politischen Gefangenen werden unter unmenschlichen Bedingungen in Gefängnissen festgehalten und ständigen Folterungen unterzogen ...

Ein Hungerstreik von 2500 politischen Gefangenen und Verurteilten in den Gefängnis-

sen der Türkei, die gegen die menschenunwürdigen Verhältnisse protestierten, wurde blutig unterdrückt. Um den Widerstand der Gefangenen zu brechen, wurden von der Militär-Junta Methoden angewandt, die an die Praktiken in nationalsozialistischen Konzentrationslagern erinnern.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet besonders von der deutschen Bundesregierung, eindeutig gegen die Verletzung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Türkei Stellung zu beziehen und ihre Wirtschaftshilfe einzustellen. Der DGB kann die formale Begründung der Bundesregierung, diese Wirtschaftshilfe würde den türkischen Militärs die Rückkehr zur Demokratie erleichtern, nicht akzeptieren. Nichts an der bisherigen Entwicklung in der Türkei läßt darauf schließen, daß es die türkischen Militärs mit ihren Lippenbekenntnissen ernst meinen.“

Scharfe IGM-Kritik an Bundesgerichten

Die obersten Bundesgerichte sind dabei, den Gewerkschaften „Stück für Stück solche Tätigkeiten zu verbieten, die bisher als selbstverständlich und notwendig betrachtet worden sind.“ Darauf hat die IG Metall in der jüngsten Ausgabe ihrer Zeitschrift „Der Gewerkschafter“ hingewiesen. So hat das Bundesarbeitsgericht in mehreren Urteilen der jüngsten Zeit „verboten, in den Betrieben, auch außerhalb der Arbeitszeit:

- gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen,
- gewerkschaftliche Aufkleber auf den vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Schutzhelmen zu tragen,
- die Gewerkschaftszeitung durch die Gewerkschaft zu verteilen,
- daß Arbeitnehmer außerhalb ihrer Gleitarbeitszeit gewerkschaftliches Werbematerial an andere Arbeitnehmer während der Arbeitszeit verteilen.“

Schon im Frühjahr hatte die IGM gegen ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts protestiert, in dem dieses das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei der Anordnung von Überstunden praktisch beseitigt hatte: Künftig, so das BAG, könne ein Betriebsrat nur noch dann vor Arbeitsgerichten ge-

gen die Anordnung von Überstunden klagen, wenn „grobe Verstöße“ des Kapitalisten gegen das Betriebsverfassungsgesetz vorliegen. Andernfalls müsse der Betriebsrat sich der Anordnung der Überstunden beugen, einen „Unterlassungsanspruch“ könne er nicht geltend machen (siehe Politische Berichte 6/83, S. 11). Die IGM weist weiter darauf hin, daß „die Rechtsprechung des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts ... die Arbeitskämpfe schlichtweg für ‚unerwünscht‘ erklärt“ hat. Eine bedrohliche Entwicklung, zumal der Arbeitgeberverband der Metallkapitalisten entschlossen ist, seine jetzt vor Landesarbeitsgerichten anhängigen Klagen gegen die Warnstreiks der IGM im Rahmen der „neuen Beweglichkeit“ bis vor das Bundesarbeitsgericht zu führen.

Hochverratsvorwurf gegen FAUST

Hochverrat wittert die Staatsanwaltschaft in Kiel (§ 81 des Strafgesetzbuches), d.h. einen Verstoß gegen den Straftatbestand, durch Drohung oder durch Aktionen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt zu haben, weil die „FAUST“ (Freie Arbeiter Union/Studenten) sich in dem Kieler AStA-Info für die Erstsemester als Organisa-

tion vorstellt, die für die Aufhebung von Ausbeutung und Unterdrückung eintritt und erklärt: „Unsere Politik ist daher auf die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates ausgerichtet“. Weitere Sachbearbeitung der Kieler Ermittlungen: Bundesanwalt Rebmann. Der RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) hat daraufhin die JUSO-Hochschulgruppen zu Beschwörungen der Gewaltfreiheit und des Grundgesetzes sowie ihren AStA-Vorsitzenden zum Rücktritt getrieben. Sie intrigieren schon länger gegen die Koalition der JUSOS mit den linken Fachschaftsgruppen mit dem Ziel, die JUSOS in eine rechtsstaatliche Koalition mit den CDU-Studenten zu zwingen. Sie bedauern, daß es ihnen wieder nicht gelungen ist. Ob Bundesanwalt Rebmann tatsächlich Anklage wegen Hochverrats erheben wird, ist offen. Tatsache ist jedoch, daß die Bourgeoisie gegenwärtig ihr Instrumentarium zur strafrechtlichen Verfolgung ihrer Gegner renoviert, wie eben das Demonstrationsstrafrecht. Der Hochverratsparagraf hat der Bourgeoisie in der Weimarer Zeit, während des Faschismus und nach seiner Wiedereinführung mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz 1952 schlagkräftige Dienste besonders bei der Verfolgung der Revolutionäre geleistet.

Apel, der Dollar und der Rüstungshaushalt

Der Kursanstieg des Dollar an den imperialistischen Devisenmärkten ist noch gar nicht ganz vorbei, da stehen die ersten Gewinner bereits fest. Die imperialistischen Ölkonzerne unter Einschuß der VEBA etwa, die – passend zur beginnenden Heizöleinlagerung – ihre Heizölpreise binnen wenigen Wochen um zehn, teilweise um mehr als 15% anhoben. Die westdeutschen Banken weiterhin, die, so die „Welt“ am 9.8., sowohl selber im großen Umfang US-Staatsschuld-papiere kauften und damit den Kurs des US-Dollars in die Höhe trieben, als auch DM-Kredite an ausländische Kapitalisten vergaben, sprich: ihre eigene Position als imperialistische Gläubiger weiter festigten. Die „Welt“: „In keiner anderen Währung sind Kredite so billig ... zu haben wie in unserer.“ Das reizt Ausländer, sich in Mark zu verschulden und sie in hochverzinsliche Dollar umzutauschen. „Kein Wunder, daß die BRD-Imperialisten keine sonderliche Aufregung über den Dollar-Höhenflug an den Tag legten. Zumal inzwischen bereits ein weiterer Gewinner des Dollar- und US-Zinsanstieges feststeht: die Deutsche Bundesbank. Am 18. August, knapp zwei Wochen vor Beginn der Beratungen im Bundestag über den Haushalt 1984, teilte Hans Apel, inzwischen finanzpolitischer Sprecher der SPD-Opposition, mit, daß der Bundesbankgewinn „1983 infolge der Zins- und Dollarentwicklung um mindestens 2 Mrd. über der im Etat veranschlagten Summe von 6, Mrd. DM liegen werde“. Wozu dieser nicht eingeplante Mehrertrag der Bundesbank verwendet werden sollte, folgte, ebenfalls von Apel, zwei Tage später. Am 22.8. meldete das „Handelsblatt“ unter der Überschrift „Apel: Milliardenrisiken durch Dollar-Hausse“: „1984 drohen nach Ansicht des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans Apel allein beim Verteidigungsetat Nachforderungen in Milliardenhöhe“, unter anderem wegen steigender Treibstoffkosten und höherer Preise für US-Rüstungslieferungen. Mit anderen Worten: Der Rüstungshaushalt ist nach Apel nicht etwa zu hoch, er ist zu niedrig! Wörner wird sich über solche Schützenhilfe seines sozialdemokratischen Amtsvorgängers für seine Rüstungspläne freuen.

Bundesgrenzschutz

Zimmermann sieht „Sicherheitslage“, die Bürgerkriegstruppe nötig macht

Bis Ende dieses Jahres werden rund 1000 Mann mehr für den Einsatz im Bundesgrenzschutz zur Verfügung stehen als Anfang Mai und bis zum November 1985 noch einmal 2800 zusätzlich zu den bisher rund 22000, teilte das Innenministerium jüngst mit. Was veranlaßt Zimmermann zu solch rasantem Ausbau der Verbände des Bundesgrenzschutzes? Was veranlaßt ihn, auf der Innenministerkonferenz am 2.9. stärkere Bewaffnung von Polizei und Bundesgrenzschutz beraten zu lassen?

Keineswegs nur die erwarteten Aktionen der Friedensbewegung gegen die Stationierung der Mittelstreckenrake-

ten. „So der Hundertschaftsführer Willi Richarz aus Coburg.

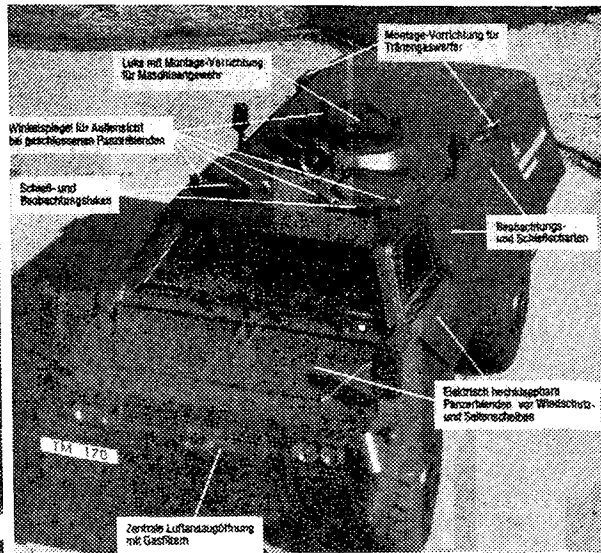
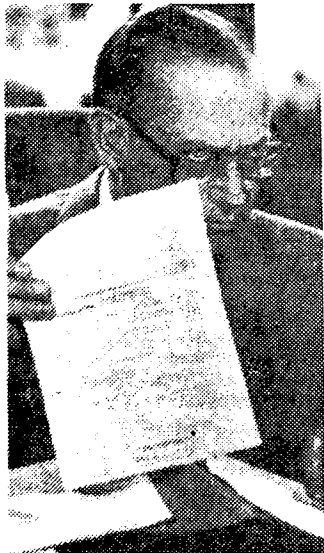
Der Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, Dr. Alfred Stümper, sah auf derselben Tagung als „polizeilichen Aufgabenschwerpunkt der 80er Jahre“: „Das, was punktuell anfangs der 70er Jahre in einigen Bereichen schon in bedrohlicher Form in Erscheinung getreten war, hat sich zur vielfachen ernsten Bedrohungen der inneren Sicherheit breit aufgefächert und ausgewachsen: ... Unfriedliche und gewalttätige Demonstrationen haben sich innerhalb dieses Zeitabschnittes gleichfalls weiter verstärkt und sich

statt in zehn Jahren, wie zunächst beabsichtigt, abgeschlossen sein wird. Wozu außer zur Zerschlagung von „fünfstelligen“ Demonstrationen und Versammlungen brauchen die Polizeiverbände Panzerfahrzeuge mit Halterung für Maschinengewehr, Schießluken usw.?

Im Hause Zimmermann werden organisatorische Änderungen erwogen, die ebenfalls die Schlagkraft des Bundesgrenzschutzes gegen Massendemonstrationen erhöhen sollen. Die derzeit im Einzeldienst an den Grenzen oder beim „Objektschutz“ eingesetzten Beamten sollen kommandomäßig den Verbänden unterstellt, vermehrt zu Übungen herangezogen werden und so eine rasch verfügbare Reserve bilden.

Bei diesem planmäßigen Ausbau des Bundesgrenzschutzes will Zimmermann beseitigen, was die militärischen Prinzipien von Befehl und Gehorsam stören könnte. Die Gewerkschaft der Polizei beklagt, daß dem Innenministerium die Einflußmöglichkeiten der Personalräte im Bundesgrenzschutz ein Dorn im Auge sind – bei erwarteter „Sicherheitslage“ können eventuelle gewerkschaftliche Bedenken auch nur hinderlich sein, wenn der mit den Notstandsgesetzen verfassungsmäßig zur Bürgerkriegstruppe bestimmte Bundesgrenzschutz scharf gemacht wird.

Quellenhinweis: Bundesgrenzschutz-Verband, Bundesgrenzschutz ein Beruf mit Zukunft, 1982; Innere Sicherheit, vom 12.8.83



Zimmermann beschleunigt die Anschaffung von Polizei-Panzerwagen, die, wie ein Foto aus dem „Stern“ zeigt, zur Aufstandsbekämpfung ausgerüstet sind.

ten: Unmittelbar nach dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr unterhielt sich eine erlesene Gesellschaft aus Innenministerien und Bundesgrenzschutz-Führung in Sonthofen bei einer Tagung des Bundesgrenzschutz-Verbandes über die künftige besorgliche „Sicherheitslage“:

„Die politische Zukunft unseres Staates wird einen starken BGS brauchen. Ein eindeutiges Ja zur Kernkraft, die unabsehbaren innenpolitischen Konsequenzen der entschlossenen Bejahung der NATO-Nachrüstungsbeschlüsse und die sicherheitsrelevanten Fragen, die sich aus den jetzt schon daraufhin getroffenen Vorbereitungen ergeben, aber auch die Spannungen vor dem Hintergrund Arbeitslosigkeit/stagnierendes Wirtschaftswachstum/Ausländerproblematik lassen der Phantasie wenig Spielraum für die durchaus denkbaren innen- und damit auch sicherheitspolitischen Konse-

fallweise zu regelrechten Krawallen ausgeweitet, die teilweise *bürgerkriegsähnliche Zustände* (Hervorhebung im Original, d.V.) annahmen: ... Die Anzahl von Demonstrationsteilnehmern erreichte öfters eine fünfstellige Zahl. Die Polizeiverbände der jeweils betroffenen Bundesländer reichten in entsprechenden Fällen immer wieder nicht aus, so daß Kräfte aus angrenzenden Ländern, ja aus dem gesamten Bundesgebiet einschließlich des BGS zusammengezogen werden mußten.“

Die westdeutsche Bourgeoisie will die Löhne senken und viele ins Elend drücken, sie will die BRD kriegsfähig sehen – also müssen Mittel her, die Terror gegen die Arbeiterbewegung und jeden Widerstand erlauben!

So liegt Zimmermann neben der personellen Verstärkung der Bundesgrenzschutz-Verbände besonders am Herzen, das Programm zur Beschaffung von „gepanzerten Sonderwagen“ so zu beschleunigen, daß es bereits in fünf

NATO-Herbstmanöver '83 Geprüft wird die Vorwärts„verteidigung“

Nach Auskunft des NATO-Hauptquartiers SHAPE werden die drei größten und wichtigsten Übungen in der Serie der diesjährigen NATO-Herbstmanöver nahezu gleichzeitig auf der ganzen Länge der BRD durchgeführt:

– Das Manöver „Atlantic Lion“ („Atlantischer Löwe“) wird vom 20.9. bis zum 29.9. in Holland und im Raum Weserhamm, Meppen, Osnabrück, Delmenhorst, Hamm abgehalten. 24000 holländische, 11000 US-, 5000 westdeutsche und 6000 britische Soldaten nehmen daran teil. Geübt werden soll u.a. die Einbeziehung der US-Reforger-Truppen, die schon ab Ende August von den USA nach Europa verlegt werden. Erstmals wird ein ausschließlich ziviler Flughafen, der Flughafen Düsseldorf-Lohausen, in die Luftlandemanöver mit einbezogen. Vom 31.8. an sollen insgesamt 27 Großraumjets in Intervallen zu je sechs Maschinen täglich in den zivilen Flugverkehr eingefügt werden.

– Entsprechend ihrer relativen Stärke veranstaltet die Bundeswehr das

Hauptmanöver der Heeresstreitkräfte. Ca. 50000 Soldaten des 3. Korps üben vom 18.9. bis 23.9. im Manöver „Brave Lions“ („Tapferer Löwe“) den raumgreifenden Vorstoß gepanzerter Verbände im Raum Bonn-Kassel-Göttingen. Wie in den beiden letzten Übungen des 1. und 2. Korps wird die Luftwaffe dabei wieder den Angriff auf aufmarschierende Verbände üben und soll die Einbeziehung des Territorialheeres für den Aufmarsch und in den Kampf erprobt werden.

– Das 5. Korps der US-Armee führt vom 19.9. bis 29.9. das Manöver „Confident Enterprise“ („Zuversichtliches Unternehmen“) zwischen Rhein und Fulda durch. Dänische, französische und BRD-Truppen nehmen teil.

Daneben finden im ganzen Bundesgebiet eine Reihe weiterer Manöver statt. Man kann mit Sicherheit davon

ausgehen, daß während dieser Manöverserie wichtige Bestandteile der Überlegungen, wie die Vorverteidigung als Vowärtsverteidigung erfolgreich sein kann, erprobt werden. Schon nach der Korpsgefechtsübung '80 „Harte Faust“ hatte der Kommandierende General zu bedenken gegeben, daß die Kampfhubschrauber nicht an die geringe Beweglichkeit der Bodentruppen gebunden werden dürfen. General von Senger und Etterlin griff im Februar dieses Jahres als Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte diesen Hinweis wieder auf und schlug vor, aus Hubschraubern luftmechanisierte Divisionen zu bilden, um so schnelle Vorstöße zu ermöglichen.

Diese Manöver sind die Probe auf Exempel für einen Angriffskrieg.

Quellenhinweis: Europäische Wehrkunde 8/83

beteiligt sind. Im Manöver „Bright Star 83“ soll nach Angaben der libyschen Nachrichtenagentur Jana die Verhinderung von „Aggressionen im arabischen Raum“ geübt werden. Zusätzlich zu den Waffenlieferungen im Wert von 15 Mio. Dollar befinden sich inzwischen 24 US-Kampfhubschrauber mit Besatzung im Tschad.

Libyen hat bis jetzt jede direkte Beteiligung an den Kampfhandlungen im Tschad dementiert und zu dem einzigen bislang von Habré vorgeführten „Beweis“, einem libyschen Piloten, erklärt, dieser Pilot sei vor zwei Jahren von Habrés Truppen festgenommen worden, als Libyen auf Grund eines militärischen Beistandpaktes die Regierung des nationalen Übergangs mit Truppen und Flugzeugen unterstützte. 1981 hatten die Truppen Habrés die Regierung des Präsidenten Oueddei unter dem Schutz von US-amerikanischen Militärmanövern in Ägypten vom Sudan aus angegriffen. 1980 hatte die GUNT einen militärischen Beistandspakt mit Libyen geschlossen, um gegen die von französischen und US-amerikanischen Imperialisten unterstützten Rebellentruppen vorgehen zu können. Im Januar 1981 hatten Libyen und der Tschad einen Bündnis- und Freundschaftsvertrag geschlossen, der die Intensivierung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich vorsah, mit dem Ziel, Kolonialismus, Neokolonia-

Tschad

Französische und US-Imperialisten: Interventionsgründe auch gegen Libyen

Kaum waren die Truppen des Präsidenten der nationalen Übergangsregierung des Tschad (GUNT) über die Oasenstadt Faya Largeau nach Süden vorgestoßen, murrte der „FAZ“-Kommentator Thankmar von München: „Hat Frankreich die Eroberung des nördlichen Tschad durch Libyen nicht verhindern können oder nicht verhindern wollen? Im ersten Fall muß man sich Sorgen um die militärischen Möglichkeiten Frankreichs machen, im zweiten Fall Sorgen über seine geopolitischen Vorstellungen.“ Eindeutig wollen die US- und die europäischen Imperialisten klargestellt haben, daß kein Land der Dritten Welt ungestraft Schritte unternehmen darf, die ihren imperialistischen Vorherrschaftsplänen im Wege stehen. Frankreich und die USA haben inzwischen bewiesen, daß sie gewillt sind, ein riesiges militärisches Potential in Bewegung zu setzen, um die Unabhängigkeitsbewegung des Tschad und die gegen die Imperialisten gerichteten Bestrebungen Libyens zu brechen.

Inzwischen hat Frankreichs Verteidigungsminister Hernu mit Zustimmung des Ministerpräsidenten Mitterrand 3000 Soldaten der französischen Armee und der Fremdenlegion, ausgestattet mit Lastwagen, Panzerwagen und Panzern, unterstützt durch zwölf Jagdbomber vom Typ Jaguar der französischen Luftwaffe, in den Tschad verlegt. Auch die französischen Truppen in anderen afrikanischen Staaten sind in Alarmbereitschaft versetzt worden. Frankreich verfügt zur Zeit noch über einen mit 4000 Soldaten und einer großen Flugbasis ausgestatteten Stützpunkt in Dschibuti, zwei Panzerkom-

panien stehen in Dakar im Senegal, 250 Soldaten der Fremdenlegion sind in Gabun stationiert, 400 Soldaten der französischen Armee in Elfenbeinküste, die Truppen in der unmittelbar an den Tschad grenzenden Zentralafrikanischen Republik sind auf 1500 Mann verstärkt, mit Mirage-Flugzeugen aus-



Am 18.8. hetzte die „FAZ“: „Es fehlen nur noch Panzer“ – am 22.8. werden die ersten Bilder französischer Panzer im Tschad veröffentlicht.

gestattet und an die Grenze zum Tschad verlegt worden.

Nach wie vor kreuzt der US-Flugzeugträger „Eisenhower“ mit Geleitflotte vor der libyschen Küste im Golf der Großen Syrte in unmittelbarer Nähe der libyschen Zwölf-Seemeilen-Zone. Gleichzeitig halten die USA ein Militärmanöver in Ägypten, Somalia, Sudan und Oman ab, an dem mehrere tausend US-amerikanische Soldaten

lismus und Imperialismus in allen ihren Formen zu bekämpfen und jede ausländische Invasion auf dem afrikanischen Kontinent abzuwehren.

Für die französischen Imperialisten steht offensichtlich mehr auf dem Spiel als die schlichte Möglichkeit, dieser Vertrag könnte erneut Gültigkeit erlangen. Dies ist seit dem Algerienkrieg der größte Truppenaufmarsch in Afrika. Zum einen vermuten sie im nördlichen

Tschad Uranlager, die bis in den libyschen Süden hereinreichen sollen, im Süden des Tschad werden Erdöllager vermutet. Zum anderen hat der Tschad außer zu Libyen Grenzen zu fünf weiteren afrikanischen Staaten, die über strategisch wichtige Rohstoffe verfügen: Niger ist der fünftgrößte Uranproduzent der Welt, Nigeria das größte afrikanische Ölförderland, im Sudan werden ebenfalls Uranvorkommen und die nach Südafrika größten Chromerzvorkommen auf dem afrikanischen Kontinent vermutet, in der Zentralafrikanischen Republik schürfen vorwiegend französische Konzerne Uran, Industriediamanten und Eisenerz.

Die offenen Drohungen gegen Libyen richten sich gegen einen Staat, der fester Bestandteil der arabischen Liga ist. Wenn die französischen Imperialisten den Tschad zu einer Militärfestung unter ihrer Kontrolle ausbauen können, haben die Imperialisten eine lückenlose Kette von Staaten im Süden der arabischen Staaten geschaffen, die auch für militärische Interventionen gut sein kann. Frankreich hat mit Senegal, Mauretanien, Mali, Niger und Dschibuti militärische Beistandspakte derselben Art wie mit dem Tschad. In Ägypten und im Sudan haben die USA zumindest beschränkte militärische Zugangsrechte.

Offenkundig ist zudem, daß die US-Imperialisten nur auf eine passende Gelegenheit warten, die erdölbereiche libysche Republik unter ihre Kontrolle zu bekommen. Seit 1981 reißen die militärischen Bedrohungen und Angriffe gegen Libyen von Seiten der US-Imperialisten, mit politischer Unterstützung der westeuropäischen Imperialisten, nicht ab.

Den Imperialisten ist für die Durchsetzung ihrer Ziele keine Schmutzigkeit zu schade, sie tragen Aggressionsvorfälle zusammen, daß sich die Balken biegen. Noch hat die bürgerliche Öffentlichkeit keinen Beweis für die Anwesenheit libyscher Truppen im Tschad erbracht – nichtsdestotrotz ist alles vorbereitet, gegen Libyen „zurückzuschießen“. Die GUNT hat bis jetzt offengelassen, ob sie um libysche Unterstützung bitten wird, die libysche Regierung hat erklärt, sie könnte eine solche Bitte nicht abweisen. Mit Sicherheit sehen die französischen und US-amerikanischen Imperialisten dann den endgültigen Beweis der „libyschen Aggressivität“ erbracht. Bloß – wer übt da Aggression gegen wen? Mit Sicherheit ist kein imperialistisches Land durch Libyen bedroht – aber Einflusssphären der Imperialisten im nördlichen Afrika und im arabischen Raum. Die libysche Regierung hat den Haß der Imperialisten unter anderem auch darum auf sich gezogen, weil sie verschiedentlich versucht hat, die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Im-

perialisten durch Kooperation mit Nachbarstaaten in Afrika und der arabischen Welt zu mildern. Hier sehen die Imperialisten ihre Interessen an schrankenloser Ausbeutung und Ausplünderung fremder Reichtümer bedroht.

Und zwar in solchem Ausmaß, daß das „Handelsblatt“ schon drängt, die westdeutschen Imperialisten mögen die EG nutzen, ihre Interessen zu sichern, bislang befände sich die EG „in der Rolle des politischen Eunuchen“. Suchen die Imperialisten in der EG nach der britischen Aggression gegen Argentinien nach weiterer Gelegenheit, ihre Schlagkraft gegenüber der Dritten Welt zu beweisen?

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, Ausgaben 1980 und 1981, Stichwort Tschad und Libyen; FAZ v. 10.8.—19.8.; Handelsblatt v. 19./20. und 23.8.; Europa-Archiv 1982, S. 405ff; Jana News Bulletin v. 1.8.—18.8.83

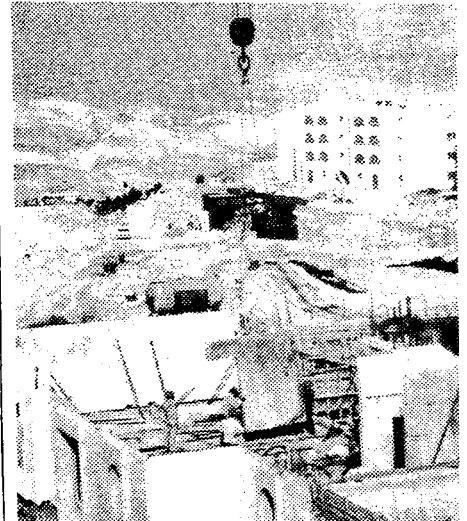
Kohl in Israel Inspektionsreise zur Nahost-Bastion

Am 31.8. fährt Kohl nach Israel. Nach der Moskau-Reise und Besuchen in einigen NATO-Mitgliedsländern unterstreicht er mit dieser ersten Reise in ein „Krisengebiet“ die erheblichen Interessen der BRD im Nahen Osten. „Der Bundeskanzler hat versichert, die Festigung der Sicherheit Israels gehöre zu den wichtigsten Zielen unserer Nahost-Politik“, hieß es im Februar beim Besuch des israelischen Außenministers Shamir in der BRD. Die Sicherheitspolitik Israels besteht seit der Gründung des Siedlerstaates in Aggressionsakten gegen das palästinensische Volk und gegen die arabischen Staaten.

Seit dem Wiedergutmachungsabkommen von 1952, das Zahlungen nicht an die Hinterbliebenen der Opfer der Judenverfolgung, sondern an den Staat Israel vorsah, ist die BRD an der Aufrüstung Israels beteiligt. Nach dem Abkommen hatte die BRD in einem Zeitraum von zwölf bis 14 Jahren 3 Mrd. DM zu zahlen, 1/3 davon in bar. Bei 60% der gelieferten Waren handelte es sich um „strategische Güter“, seit 1959 wurden direkt Rüstungsgüter nach Israel geschickt. Seit 1968, bis heute, gehen jährlich ca. 140 Mio. DM im Rahmen der Entwicklungshilfe „ohne besonders große Verwendungskontrolle“ nach Israel, bei dem es sich nach den gültigen Kriterien nicht um ein Entwicklungsland handelt. Während des Libanon-Krieges 1982 forderten SPD-Politiker, die Zahlungen einzustellen, weil damit die israelische Aggression finanziert würde. Mertes (CDU), heute Staatsminister im Außenministerium, bezeichnete die Forderung als „unüberlegt, einseitig,

uninformiert und unhistorisch“, die Regierung Schmidt war dafür ebenfalls nicht zu haben.

Die BRD ist seit Jahren nach den USA der zweitgrößte Handelspartner Israels. Der Bestand an bundesdeutschen Direktinvestitionen belief sich schon 1979 auf 601 Mio. DM. Die Verschuldung Israels gegenüber der BRD betrug 1977 1,05 Mrd. Dollar, 1979 1,44 Mrd. Dollar und dürfte heute die 2-Mrd.-Dollar-Grenze überschritten haben. Wer Herr und wer Hund ist, wird auch daran deutlich, daß Kohl vorab klar machte, worüber in Israel nicht diskutiert wird: über die Absicht der BRD, mehrere hundert Leopard-



Israelische Bautätigkeit im annektierten Westjordanland.

II-Panzer an Saudi-Arabien zu verkaufen. Imperialistische Nahost-Politik wird eben in Israel nicht gemacht, sondern von Israel ausgeführt. Kohl will sich „einen Eindruck von der Lage im Nahen Osten verschaffen“; die Bastion besichtigen und die Truppen inspizieren.

Quellenhinweis: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: 3., 4. und 5. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (1977, 1980, 1983), Entwicklungspolitik – Spiegel der Presse 16/82, 17/82 und 2/83

Türkei Delegation berichtet über Haftbedingungen

Auf einer Veranstaltung am 16.8.83 in Hannover berichteten Teilnehmer einer aus Anlaß des Hungerstreiks von politischen Häftlingen nach Istanbul geschickten Delegation über ihre Erfahrungen. Die Delegation bestand aus zwei Rechtsanwälten, einem Pastor, einem Völkerrechtler und einem Arzt. Sie waren u.a. vom Verein Niedersächsischer Strafverteidiger, der Humanistischen Union und dem Christlichen Metallarbeiterverband der Schweiz be-

auftragt worden, Informationen über den Hungerstreik einzuholen und zu zeigen, daß die Vorgänge in der Türkei von der Weltöffentlichkeit beobachtet werden, und damit Solidarität mit den Hungerstreikenden zu üben.

Die Delegation hatte Kontakt zum Leitenden Militärstaatsanwalt der Kriegerrechtskommandantur, einem Offizier der Verwaltung des Metris-Gefängnisses in Istanbul und einem stellvertretenden Polizeidirektor. Sie konnte außerdem mit Angehörigen der Hungerstreikenden, früheren politischen Gefangenen und Rechtsanwälten sprechen. Zum Schluß ihrer Reise wurde die Delegation offen von Spitzeln beschattet.

Auslöser des Hungerstreiks war der Befehl der Gefängnisleitungen, Gefängniskleidung anzuziehen. An diesen Uniformen sollten Schilder befestigt werden mit der Aufschrift „Terrorist“, dem Namen der Gefangenen, dem Namen der Partei, der er zugeordnet wird, und dem geforderten Strafmaß des Staatsanwalts. Die Gefangenen weigerten sich, diese Kleidung anzuziehen, bekamen ihre eigenen Sachen aber auch nicht zurück, so daß sie seitdem nur mit Unterwäsche bekleidet sind. Auch nach dem Abbruch des Hungerstreiks wird das Tragen der Gefängniskleidung weiter abgelehnt. Ein anderes Mittel der Unterdrückung in den Gefängnissen ist die Beimengung hormoneller Mittel ins Essen zur „Dämpfung des Sexualtriebes“. Da diese Behandlung auf den männlichen Körper ausgerichtet ist, führt sie bei weiblichen Gefangenen zur Veränderung ihres Hormonhaushalts (Ausfall der Kopfhare, stärkere Körperbehaarung, Ausbleiben der Monatsregel).

Rechtsanwälte, die politische Gefangene vertreten, teilten der Delegation mit, daß eine ordentliche Verteidigung vom Beginn des Ermittlungsverfahrens an systematisch verhindert werde. Nach türkischen Gesetzen kann ein Gefangener 45 Tage lang im Polizeigewahrsam gehalten werden, ohne daß selbst Staatsanwaltschaft und Gericht eingeschaltet sind. In dieser Zeit werden durch Folter die Geständnisse produziert. Gleichzeitig ist dieser Zeitraum auch deshalb so lang, damit die Spuren der Folter sich wieder verwischen. Der stellvertretende Polizeidirektor bestritt der Delegation gegenüber diese Vorwürfe, mußte jedoch einräumen, daß bei besonders hartnäckigen Fällen zu „besonderen Vernehmungsmethoden durch eigens dafür ausgebildete Spezialisten“ gegriffen werde.

Der westdeutsche Konsul meinte, auf die Folter angesprochen, man dürfe das alles nicht mit deutschen Augen sehen, in der Türkei werde seit hundert Jahren von Jahren geprügelt.

Energiepolitik

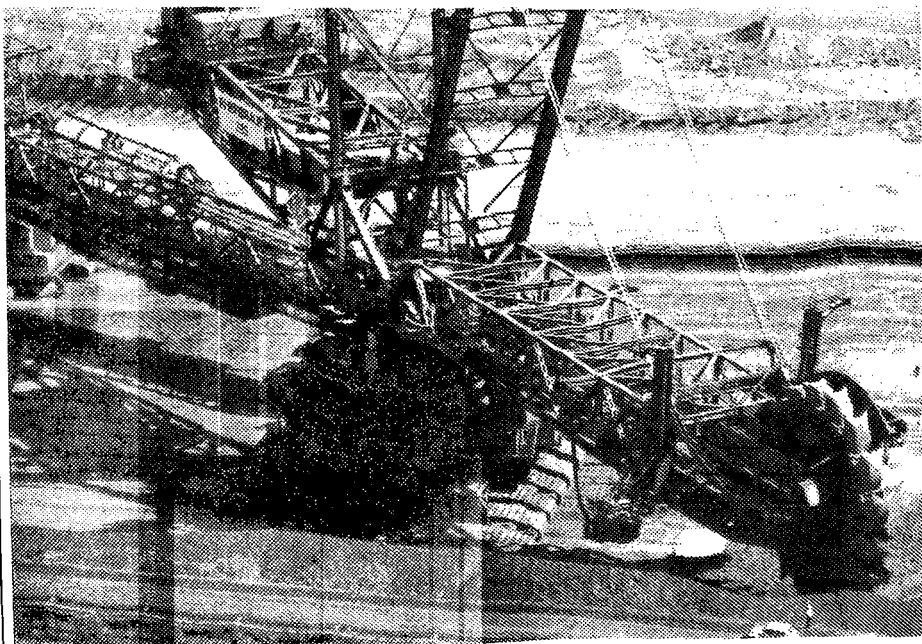
Lohnabhängigenhaushalte zahlen Kernenergieausbau und Kohlesubvention

Mit einem Bekenntnis in seiner Regierungserklärung zur Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung will Kanzler Kohl die Politik der bisherigen SPD-FDP-Regierungen fortsetzen: Ausbau der Kernenergie mit Kohle als Basis, zudem Förderung des rationelleren Energieeinsatzes durch Fernwärme, damit die derzeitige Abhängigkeit von Energieimporten (derzeit 52% der Energieversorgung) gesenkt und den Bezieherländern der Preis weitgehend vorgeschrieben werden kann.

Der Anteil der Kernenergie an der Energieversorgung betrug 1974 erst knapp 5%, 1980 bereits 14,28% und liegt gegenwärtig bei 21%. Bis 1995 soll er auf 40% ausgebaut werden. Bereits heute entspricht der Anteil der Kernenergie einem Öläquivalent von 14 Mio. t bzw. 8,5 Mrd. DM Devisenbedarf. Forschungsinstitute beziffern die Brennstoffeinsatzkosten bei Kernkraft um 3 bis 5 Pf/kWh niedriger als bei entsprechendem Öleinsatz, was einer Ersparnis von noch einmal 2 bis 3 Mrd. DM entsprechen würde. Von diesen Einsparungen sehen aber die Haushalte nichts in ihren Strompreisrechnungen. Im Gegenteil, die Strompreiserhöhungen liegen weit über dem Anteil der durchschnittlichen Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Zudem lassen sich die Energieversorgungsunternehmen ihre Produktion durch Steuererleichterungen und Zuschüsse bezahlen, bzw.

werden Stromabgaben an Kapitalisten bis auf den Gestehungspreis subventioniert.

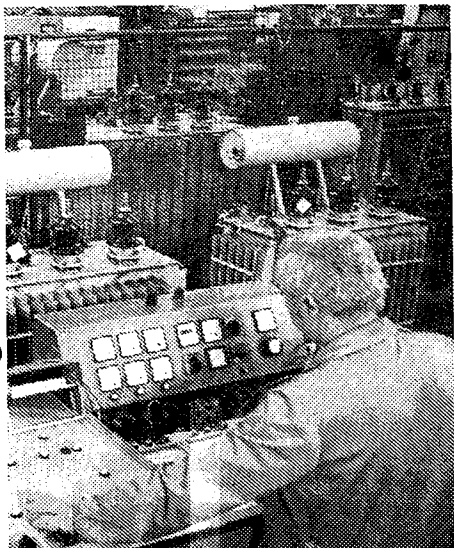
So betrug die Strompreiserhöhung für die privaten Haushalte von 1981 auf 1982 durchschnittlich 15%, wobei Haushalte mit höherem Einkommen mit einer spezifisch geringeren Erhöhung davorkamen, da sie wegen höherer Abnahme günstigere Tarife hatten als beispielsweise Rentnerhaushalte oder Sozialhilfeempfänger, die bei niedrigem Verbrauch hohe Tarife zahlen müssen. Die Kapitalisten (Sonderabnehmer, d.h. solche mit einer eigenen Schalt- und Umspannstation, was bereits bei Mittelbetrieben ab 100 Beschäftigten häufig der Fall ist), mußten lediglich 7,5% mehr zahlen, also gerade die Hälfte des Mehrpreises der Haushalte. Von 1982 auf 1983 stiegen die Strompreise für diese Sonderabnehmer um durchschnittlich 3,5%, wobei es Spannen zwischen 0% (11 EVUs) und 9% (Badenwerk) gab. Zudem hatten die Sonderkunden die Möglichkeit, mittels ihrer Schaltstationen Strom in Schwachlastzeiten zu beziehen (Starklastzeiten 7.30 bis 9.30 Uhr und 16.30 bis 20.00 Uhr). 18 der vom Bundesverband der Energieabnehmer (VEA) erfaßten 50 EVUs, die 90% der Energieversorgung erbringen, haben für Leistungen während der Schwachlastzeiten entweder gar nichts oder nur bis 50% des Preises berechnet, abgesehen von einzelnen Großun-



Schaufelradbagger der RWE zur Braunkohleförderung mit einer Tagesleistung von 240000 qm.

ternehmen wie BASF in Mannheim oder die Alusuisse in Rheinfelden, die noch einmal niedrigere Tarife aushandeln konnten, nach Zeitungsberichten unterhalb der Gestehungskosten.

Für die privaten Haushalte lagen Prozentzahlen der Strompreissteigerung für 1982/83 noch nicht vor, aber die Indizes des Strompreises und der Lebenshaltungskosten machen deutlich, woher ein gut Teil der Gelder kommt,



Endprüfung Verteilertransformatoren

mit denen die EVUs und die Kohleproduktion subventioniert werden. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1983 lag der Index der Lebenshaltung insgesamt bei 134,3 (1976 = 100) und für den Strompreis bei 139,0. Ein Jahr vorher hatte der Strompreisindex bereits bei 136,5 gelegen.

Entsprechend den Zusagen der Bundesregierung nach der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms haben sich die Energieunternehmen einen gut Teil ihrer Investitionen aus dem Steuersäckel bezahlen lassen, sei es in Form von Abschreibungen, Änderungen der Steuerbestimmungen oder in Form von direkten Zuschüssen. Die RWE (Rheinisch Westfälische Elektrizitäts) AG als das größte westdeutsche Energieunternehmen hat im Geschäftsjahr 1981/82 Investitionen von 3,8 Mrd. DM getätigt, das ist knapp ein Sechstel der Gesamtleistungen des Konzerns (24,809 Mrd. DM). Davon waren bereits 2,416 Mrd. DM durch Abschreibungen gedeckt. Die Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen, an dem die RWE zu 69% beteiligt ist, erhielt für den schnellen Brüter in Kalkar Errichtungszuschüsse von bisher insgesamt 2,058 Mrd. DM von den Regierungen der BRD, Hollands und Belgiens. Die Bundesregierung zahlte noch einmal 25,735 Mio. DM als Zuschuß für die Erstkernla-

dung. Außerdem zahlte sie der RWE für die Finanzierung einer 16%igen Beteiligung am französischen Centrale Nucleaire Européenne Rapides SA 55 Mio. DM, an die Kernkraftwerk RWE Bayern GmbH, eine 100%ige Tochter der RWE, insgesamt 100 Mio. DM und für die beiden Turbinentanker Minerva und Victoria Zuschüsse von 28,4 Mio DM. Alle diese Gelder sind nur bedingt rückzahlbar.

Da nach dem Gesetz zur Förderung des Einsatzes der heimischen Kohle der Kohlepfeffig in diesem Jahr von 4,2 auf 3,5% des Strompreises gesenkt werden soll, werden die Zuschüsse (bisher nahezu zehn Mrd. DM), die zur Kohleverstromung und -vergasung eingesetzt wurden, nicht mehr so reichlich fließen. Aufgrund der TA-Luft und der Großfeuerungsanlagenverordnung werden EVUs aber zusätzliche Kosten für die Rauchgasentschwefelung haben. Also wird flugs der „Waldpfeffig“ propagiert. Mit einer Höhe von 2 bis 3 Pf/kWh würde er die Kosten der Rauchgasentschwefelung decken. Ein Konzern wie die RWE hat aber bereits in einem Jahr 45,1 Mio. DM für Investitionen im Umweltschutz kassiert und für Investitionen im Bergbau noch einmal 172,6 Mio. DM in Form von Sonderabschreibungen.

Mit all diesen Maßnahmen will die Bundesregierung ihr Konzept, den Bezug von billiger Energie für die Kapitalisten, durchsetzen. Seit dem Regierungswechsel ist der von den Energieunternehmen bis dahin beklagte „Handlungsstau“ und „Investitionsüberhang“ teilweise abgebaut worden. Als erstes hob der Bundestag am 3.12. 82 den Genehmigungsvorbehalt gegen den Schnellen Brüter in Kalkar auf. Seine Betreibung stelle kein größeres Risiko dar als etwa die eines gängigen KKWs wie z.B. Biblis mit 1300 MW. Die Aufhebung macht den Weg frei für die Einführung der Schnellbrüter-aktortechnologie, die bei entsprechender Kraftwerkskonstellation eine 200-fach verbesserte Ausnutzung des Urans gestattet. (Materialsammlung der Enquete-Kommission für Kernenergie) Die in diesem Zusammenhang vom BMFT getroffene Feststellung, die Aufhebung des Vorbehalts sei keine Festlegung auf die volle Finanzierung durch den Staat, läßt auf weit gediehene Überlegungen in diese Richtung schließen. Mit Durchsetzung dieser Technologie könnte die BRD Schwankungen auf dem Uranmarkt teilweise ausgleichen und damit an einem weiteren Punkt die billige Energieversorgung der Kapitalisten auf den beiden Hauptstandbeinen Kernenergie und Kohle gewährleisten.

Die Energieversorgungsunternehmen vermerken positiv, daß sich gegenwärtig zu den bereits bestehenden

15 KKWs zwölf weitere störungsfrei im Bau befinden, für drei weitere die Genehmigung erteilt ist und für zwei Versorgungsanlagen in Niedersachsen und Bayern das Genehmigungsverfahren läuft, ganz zu schweigen von den 20 neuen Kohlekraftwerken. Von den gegenwärtig laufenden 15 KKWs sind vier kleinere bzw. seit mehr als zehn Jahren laufende Reaktoren oder Versuchsreaktoren. Um einen Anteil von 40% des Strombedarfs zu erhalten, müßten bei gleichem Stromverbrauch noch einmal elf Kraftwerksblöcke mit einer Leistung von je 1000 MW gebaut werden. Als Ersatz für stillzulegende KKWs bzw. gesteigerten Strombedarf kämen noch einmal drei bis vier KKWs der gleichen Größe hinzu. Damit dieser Ausbau zügig vorangehen kann, sollen die Genehmigungsverfahren verkürzt und die Herstellungsvorschriften auf dem gegenwärtigen Stand der Technik standardisiert werden. Mehrjähriges Hinausschieben durch Einsprüche soll es nicht mehr geben. Für eine möglichst große Verfügbarkeit des Stromes für die Kapitalisten soll der Ausbau der Fernwärme zwecks rationellerer Energienutzung für die Haushalte verstärkt werden. Zuschuß für die Energiekapitalisten in diesem Jahr: 1,2 Mrd. DM im Rahmen eines entsprechenden Bund-Länder-Programms.

All diese Gelder schiebt die Bundesregierung den Kapitalisten zu, damit sie den laut Regierungserklärung Kohls „notwendigen Umbau der deutschen Wirtschaft in den 80er Jahren“ möglichst profitabel vollziehen können und nach vollzogener „Modernisierung“ die „Kapitalbildung“ und „Ertragskraft“ wieder „gestärkt“ sind und sie „zur Spitze vorstoßen“ können.

Quellenhinweis: Atomwirtschaft 1-3/83, Energiewirtschaftliche Tagesfragen 1-7/83, Wirtschaft und Statistik 1-6/83, Bericht der Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergiepolitik BT-Drucksache 9/2280

Personalausweisgesetz SPD: Scheinheilige Kritik

Seit Wochen propagiert die der Bundesregierung wohlgesonnene Presse die Vorzüge des zum 1.11. 1984 geplanten fälschungssicheren, maschinenlesbaren Personalausweises. Mehr als 300000 Personalausweise gingen bisher verloren oder seien gestohlen worden; Verbrecher und Terroristen könnten sie fälschen. Damit wäre Schluß, da der neue Ausweis fälschungssicher sei. Der Grenzübergang würde beschleunigt, da der Zollbeamte in Sekundenschnelle Rückmeldung vom BKA-Computer bekommt. Würden an den Grenzen mehr Menschen kontrolliert, könnten bessere Fahndungsergebnisse erzielt werden. Auf jeden Fall würde bei letz-

terer Maßnahme die Wartezeit wieder länger. Daß die Bundesregierung nicht vorrangig um die Fälschungssicherheit besorgt ist, bestätigte der Hamburger Verfassungsschutz-Chef Lochte (CDU), denn: „Natürlich können auch in Zukunft staatliche Stellen durch Täuschung veranlaßt werden, echte Urkunden für falsche Leute auszustellen. Und möglich ist auch, daß sich jemand den Ausweis eines anderen beschafft, der ihm ähnlich ist.“

Über die Maschinenlesbarkeit des Ausweises ist es möglich, große Massen edv-mäßig zu erfassen und „Bewegungsbilder“ von ganzen gesellschaftlichen Gruppen zu erstellen. Warum dies für die Bourgeoisie wichtig ist, wird deutlicher aus dem Punkt „A. Zielsetzung“ des Gesetzentwurfes: „Aus sicherheitspolitischen Gründen sollen neue fälschungssichere Personalausweise eingeführt werden.“ Unter „Sicherheitspolitik“ wird gemeinhin die „äußere Sicherheit“, also Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, gefaßt, die bekanntlich eng mit der „inneren Sicherheit“, der Unterdrückung des Widerstandes gegen Ausbeutung und Kriegsvorbereitung, zusammenhängt. Die Bourgeoisie stellt sich darauf ein, große gesellschaftliche Gruppen nicht nur erfassen zu müssen, sondern auch zu fassen zu kriegen.

In diesem Zusammenhang ist die Versicherung zu werten, persönliche Daten würden vor Mißbrauch geschützt, die auf die Gesetzesbestimmung verweist, daß Dateien nicht „automatisch“ angelegt werden dürfen. Dies ist nur eine Anweisung, daß die Erfassung zielstrebig zu erfolgen hat.

Die SPD versucht nun, wie schon bei der Volkszählung, die sich verbreitern- de Kritik an dem von der SPD/FDP-Regierung eingebrachten und von ihr einstimmig mitgetragenen Gesetz aufzufangen und der Kritikbewegung eine Niederlage beizubringen. SPD-Fraktions-Vize Emmerlich befürwortete eine Verschiebung der Einführung des Ausweises, ausdrücklich nicht wegen der mit ihm verfolgten Absichten, sondern wegen der „Datenschutzfeindlichkeit“ der Bundesregierung. Die Spitzenkandidatin zur Europa-Wahl 1984, Focke, bezeichnete die Einführung des Ausweises als unnötig, „weil 1985 sowieso der Europa-Paß eingeführt werden soll, der natürlich auch als Identitätskarte innerhalb der Bundesrepublik gültig sein wird ... Nach dem Beschluß zur Einführung dieses EG-Passes von 1978 kann dieses Dokument elektronisch ablesbar gestaltet werden – muß es aber nicht ... Nicht alles, was technisch machbar ist, muß auch realisiert werden.“ Nach einstimmigem Beschluß des Bundes und der Länder soll, und Focke weiß das, die BRD-Ausgabe des Europa-Passes maschinenlesbar analog zum

neuen Personalausweis gestaltet werden. Maschinenlesbarer Europa-Paß zum 1.1. 1985 statt maschinenlesbarer Personalausweis zum 1.11. 1984 und dies gleichzeitig als Schritt hin zum „europäischen Sicherheitssystem“ – zuwenig Feinfühligkeit bei der Durchsetzung reaktionärer Maßnahmen, darauf läuft die SPD-Kritik an der Regierung hinaus.

Otto Schily, einer der Sprecher der Bundestagsfraktion der GRÜNEN,



Einer der Planer des maschinenlesbaren Ausweises: EX-BKA-Chef Herold.

kündigte am 11.8. „gesetzgeberische Schritte“ gegen das Personalausweisgesetz an. Auf Nachfrage bei der Bundestagsfraktion war zu erfahren, daß es sich um eine „vage, allgemeine Formulierung“ gehandelt habe. Geplant sei noch nichts, gegen den Ausweis sei man aber. Nichts in der Hand, aber schon einmal etwas Wind machen, ist keine förderliche Informationspolitik.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/1809; Deutschland-Union-Dienst, 11.8.; SPD-Presse-Dienst, 11.8.; FAZ, 8.8., 12.8.; Südd. Zeitung, 12.8.; Spiegel, 8.8.

Krankenkassen Kapitalisten zufrieden mit Beitragssenkungen

Zahlreiche Krankenkassen haben seit Jahresbeginn ihre Beiträge gesenkt; die AOKen im Durchschnitt um 0,23%, die DAK von 11,9% auf 11,6%, die Techniker-Krankenkasse von 11,2% auf 10,7% – die Aufzählung, auch derer, die nachziehen wollen, ließe sich fortsetzen. Die Beitragssenkungen geben keinen Anlaß, sich zu freuen. Sie sind Ergebnis der Durchsetzung der Kostendämpfungsmaßnahmen der Bundesregierung und des Herabdrückens des betrieblichen Krankenstandes durch die Kapitalisten, ohne daß sich etwa der durchschnittliche Gesundheitszustand verbessert hätte.

Nicht einmal ein paar Mark werden aktuell herauspringen, weil zum 1.9. der Satz für die Rentenversicherung um 0,5% angehoben wird.

In welchem Umfang die Kapitalisten den Krankenstand senken konnten, zeigt die Tabelle, die sich auf die Angehörigen von Betriebskrankenkassen, also Arbeiter und Angestellte in relativ großen Unternehmen, bezieht (zum Vergleich: Krankenstand bei den Ortskrankenkassen im Juli 1983: 4,6%).

Krankenstand nach Gewerbebezügen

	Ø 1981	Ø 1982	6/1983
01	7,08	5,87	5,42
02	7,07	5,99	5,83
03	6,53	5,55	4,78
04	6,23	5,50	5,46
05	6,95	5,95	5,77
06	7,33	5,94	5,98
07	6,82	5,45	5,03
08	6,36	5,38	5,38
09	4,84	4,41	3,42
10	7,11	6,65	5,64
11	4,53	3,90	3,16
12	7,54	6,56	5,37
ges.	6,77	5,74	5,34

Krankenstand in vH der Pflichtmitglieder mit Entgeltfortzahlungsanspruch für mindestens 6 Wochen. Die Jahresdurchschnitte von 1981 und 1982 können nicht exakt mit den Werten von Juni 1983 verglichen werden, da der Krankenstand im Juni erfahrungsgemäß etwas niedriger liegt. / Gewerbebezüge: 01 Hüttenwesen; 02 Metallverarbeitung; 03 Chem. Industrie und Mineralölverarbeitung; 04 Leder-Textil-Bekleidung; 05 Gewinnung und Verarbeitung v. Steinen und Erden; 06 Baugewerbe; 07 Holz-, Papier- und Druckgewerbe; 08 Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; 09 Energie- und Wasserversorgung; 10 Verkehrsbetriebe; 11 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe; 12 Verwaltungen.

Kapitalisten und Presse erklären den sinkenden Krankenstand umstandslos mit den „heilsamen“ Wirkungen der „allgemeinen Konjunktorentwicklung“. Da mit Entlassungen nicht nur gedroht wird, sondern Kranke tatsächlich zuerst entlassen werden, erpressen die Kapitalisten die Arbeiter dazu, mit ihrer Gesundheit Raubbau zu treiben. In den meisten Gewerbebezügen haben die Kapitalisten den Krankenstand der Frauen stärker absenken können als bei den Männern.

Keineswegs handelt es sich bei den aufgeführten Prozentzahlen um geringe Größenordnungen. Die Angaben in der Tabelle basieren auf der Erfassung von ca. 1,3 Mio. Lohnabhängigen (ca. 6,5% aller Lohnabhängigen); der Rückgang von 6,77% Krankenstand gesamt 1981 um 1,34% auf 5,43% 1983 besagt, daß sich ca. 19000 Arbeiter und Angestellte krank zur Arbeit schleppen werden (zusätzlich zu denen, die schon 1981 dazu genötigt wurden).

Die Bundesregierung hat die Beitragssenkungen begrüßt. Sie will diese Entwicklung weiter fördern, den nötigen „Flankenschutz“ u.a. durch die Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes geben.

Quellenhinweis: Bundesverband der Betriebskrankenkassen: Krankenstand Jahresdurchschnitt 1981 und 1982, Krankenstand Juni 1983; Handelsblatt v. 8.8. und 12.8.; UZ v. 16.8.

IG Farben-Nachfolger: Tradition ungebrochen fortgesetzt – weltweite Interessen größer denn je

Im Mai 1983 verlangte der ehemalige BASF-Vorstandsvorsitzende Seefelder unter Hinweis auf Forderungen des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) zur Gewerbesteuer: „Wir erwarten, daß die Bundesregierung nun dem Finanzminister den Auftrag gibt, diese Fragen einer Klärung zuzuführen.“ Seefelders Aussichten sind gut, war doch Kanzler Kohl selbst einst beim VCI Ludwigshafen beschäftigt und hatte wie seine Kanzlervorgänger stets ein offenes Ohr, wenn es den Chemiekapitalisten um verbesserte Bedingungen für den Kampf um Weltmarktanteile ging. Denn „eine gute internationale Wettbewerbsfähigkeit (sei) unerläßliche Voraussetzung ...“, so Seefelder weiter.

Seit 1979 weist die amerikanische „Fortune“-Statistik die IG Farben-Nachfolger Hoechst, Bayer und BASF als die drei weltgrößten Chemiekonzerne aus. Über 3 Mrd. DM beträgt ihr Umsatz-Vorsprung vor den amerikanischen bzw. britischen Konkurrenten DuPont bzw. ICI. Einen Jahresumsatz von zusammen 99,9 Mrd. DM erzielten die drei westdeutschen Monopole 1981, davon 70% im Ausland. Seit Ende der 60er Jahre übersteigt der Auslandsumsatz den Inlandsumsatz; in den letzten 10 Jahren haben sich die Monopole durch gigantischen Kapitalexport und Produktionsverlagerungen ins Ausland die Grundlage für die Eroberung des Weltmarktes geschaffen. Allein 1981 betrugen ihre Direktinvestitionen im Ausland 2,5 Mrd. DM. Die Deutsche Bundesbank stellt fest, daß sich 1981 bereits 46,5% der Sach-

anlagen der westdeutschen Chemieindustrie im Ausland befanden. Zum Vergleich: An zweiter Stelle dieser Statistik folgt der Straßenfahrzeugbau mit „nur“ 22% Anlagevermögen im Ausland.

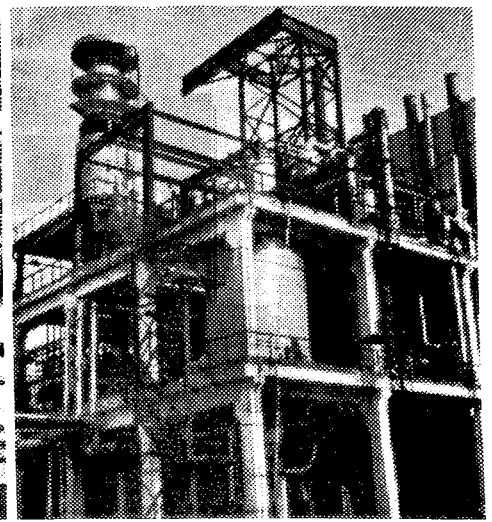
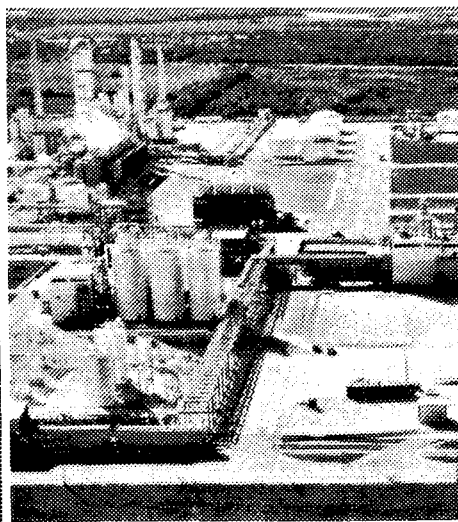
In 1544 ausländischen Betrieben beuten die westdeutschen Chemiekapitalisten 280000 Beschäftigte aus, davon sind allein 192918 unter dem Kommando der drei IG-Nachfolger. 40% der Gesamtbelegschaft von Hoechst, Bayer und BASF arbeiten im Ausland. Hoechst z.B. produziert inzwischen 39% seines Gesamtumsatzes außerhalb der BRD.

Jedem einzelnen der drei IG-Nachfolger ist gelungen, an die absolute Spitze der Chemiemonopole vorzustoßen; ein Ziel, das selbst der IG Farben trotz Kriegsproduktion und Zwangsarbeit gegenüber ihren britischen und amerikanischen Konkurrenten nie gelungen ist. Die IG-Nachfolger haben damit genau das erreicht, was die Siegermächte des 2. Weltkrieges hatten verhindern wollen. Das Kontrollratsgesetz Nr. 9 hatte bezüglich der IG Farben festgelegt: Bereitstellung von Anlagen und Vermögen der IG für Reparationen, Aufspaltung der Eigentumsrechte, Liquidierung aller Kartellbeziehungen, Kontrolle der Produktionstätigkeit u.a.

Die westlichen Imperialisten wollten die IG als Konkurrenten auf dem Weltmarkt vernichten und als Kriegsbeute übernehmen. Unter diesem Gesichtspunkt waren die westlichen Imperialisten schon während des Krieges bemüht, die Produktionskapazitäten der

IG Farben weitgehend zu erhalten. Bei Bayer waren systematisch nur kriegswichtige Teile des Werkes bombadiert worden; Hoechst war völlig unbeschädigt (Berichte sprechen von einer verrirrten Bombe); lediglich bei der BASF waren 33% der Produktion völlig zerstört, aber immerhin 33% der Kapazität des Werkes erhalten. Bedenkt man aber, daß allein die BASF die Zahl der Beschäftigten von 1932 11500 bis 1943 auf 37400 für die Kriegsproduktion erhöht hatte, so war selbst im am meisten zerstörten Werk der IG bei Kriegsende mindestens die gleiche Produktionskapazität vorhanden wie bei Kriegsbeginn. Über alle Werke gesehen müssen die funktionsfähigen Produktionsanlagen sogar ganz erheblich höher als bei Kriegsbeginn gewesen sein.

Alle IG-Werke wurden formell als getrennte Unternehmen behandelt und unter die Aufsicht von Zwangsverwaltern gestellt. Diese waren zwar mit einem Stab von bis zu 100 Mann in den großen Werken vertreten, aber zur eigentlichen Leitung der Produktion waren sie nicht in der Lage. Sie setzten vielmehr die alten IG-Führer fast ausnahmslos in deren alten Positionen zu diesem Zweck ein. Obwohl z.T. in den Nürnberger Prozessen als Kriegsverbrecher angeklagt, blieben Wurster (BASF), Winnacker (Hoechst) und Haberland (Bayer) bis auf kurze Unterbrechungen zur Urteilsverkündung der Nürnberger Prozesse ständig im Amt und wurden dann 1952 jeweils erste Vorstandsvorsitzende der betreffenden Nachfolgekonzerne. Deutscher Chefberater des „IG Farben control



Bayer Antwerpen (links), Hoechst USA (Mitte) und BASF India: Die westdeutschen Chemiemonopole haben sich bei ihrem Kapitalexport auf wichtige strategische Positionen konzentriert: Verkehrsgünstige Lage an der See, den „größten Chemiemarkt der Welt“ und nahe an Rohstoffquellen und Absatzmärkten.

Energieversorgung des BASF-Konzerns: „vitale Bedeutung“

Im Zuge der Entflechtung der IG Farben hat sich die BASF AG die Kohlenzeche Gewerkschaft Auguste Viktoria in Marl gesichert. Dies geschah mit „Rücksicht auf die seit Jahrzehnten bestehende wirtschaftliche Verbindung“ zwischen Auguste Viktoria und der BASF Ludwigshafen (Gründungsbericht der BASF 1952/53). Die Verbindung rührt aus dem Jahr 1908, in dem die BASF Anteile der Zeche kaufte, um der BASF eine eigene Kohlebasis für die Energie- und Rohstoffversorgung zu sichern. Dieses Ziel haben die Kapitalisten seither mit allen Mitteln verfolgt. Ziel der Kapitalisten ist es, sich eine strategische Basis zu schaffen, wie sie kein anderer Chemiekonzern besitzt. Sie wollen eine unabhängige Versorgung und alle Produktionsstufen von der Rohstoffgewinnung bis zum Endprodukt eigenständig und unabhängig betreiben. Bei der BASF, die vor allem auf die Herstellung von Massenprodukten spezialisiert ist, erreichen die Energie- und Rohstoffkosten bis zu 80% der Herstellkosten (z.B. Polyethylen). Die langfristig angelegte eigene Versorgung hat den BASF-Kapitalisten mit steigenden Energiepreisen Riesenprofite eingebracht. Regelmäßig haben die Kapitalisten bei Änderung der Bezugskosten ganze Produktionszweige auf den jeweils günstigeren Energieträger umgestellt.

In den dreißiger Jahren wurden die Chemischen Werke Hüls direkt am Rand der Zeche gebaut. 1953 war die Auguste Viktoria mit 7424 Arbeitern und 591 Angestellten einer der größten Kohlelieferanten der BRD. 1977 ist sie die modernste Zeche der BRD, „deren wichtigste Geschäftszweige Kohlenbergbau und Kokserzeugung darstellen und die BASF, welche eine der größten westdeutschen Verbraucher von Kohle und Koks ist, aufs Glücklichste ergänzen“ (Heintzeler, Neugründung der BASF). Durch einen Kooperationsvertrag besteht die Verbindung mit der Ruhrkohle AG.

40% der Kohleproduktion geht direkt über eine Bandstraße zum BASF-Kraftwerk Marl, einer 100%igen BASF-Tochter. Durch das Netz der RWE werden die jährlich 1,7 Mrd. kWh an die BASF geleitet. Zusätzlich erzeugt die BASF auf dem Werksgelände mit drei weiteren eigenen Kraftwerken mit einer Gesamtleistung von 480 MW Strom und Prozeßdampf.

Mit der Verteuerung der Kohle und der Verfügbarkeit von billigem Erdöl stellt die BASF ihre Rohstoffversorgung Anfang der 60er Jahre auf Erdöl um. Für die BASF hat der Rohstoffeinkauf eine „vitale Bedeutung“ (Seefelder, ehem. Vorstandsvorsitzender). „Der eigentliche Durchbruch zu einer partiellen Eigenversorgung mit Rohstoffen erfolgte 1968 mit dem Erwerb der Wintershall AG und ihren Beteiligungsgesellschaften Kali und Salz AG“ (Bilanzpressekonferenz 1977).

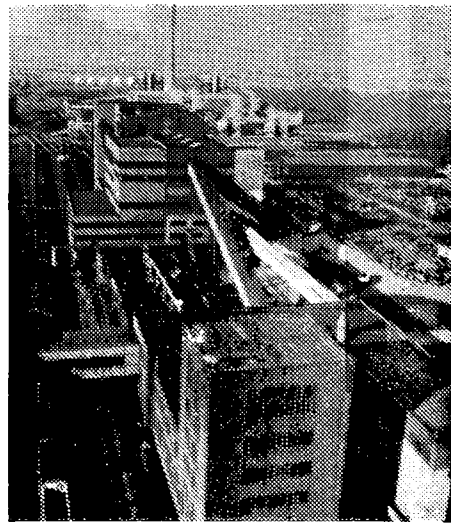
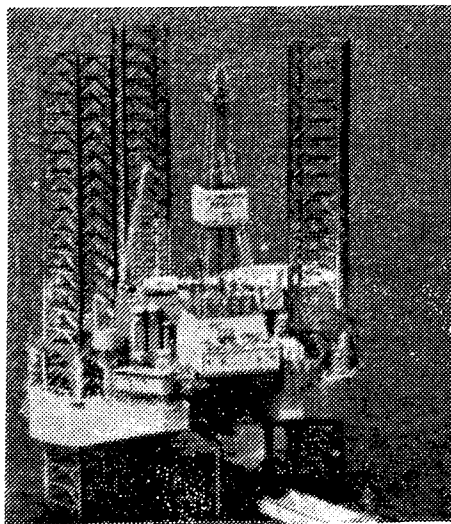
„Im Auf und Ab des Wirtschafts- und Marktgeschehens hat es sich immer mehr gezeigt, wie wichtig und nützlich die Verzahnung von Wintershall/Kali und Salz einerseits und der BASF-Gruppe andererseits ist. Ihre erste große Bewährungsprobe bestand sie während der Ölkrise, und als in den vergangenen Monaten die leichten Produkte und Aromaten auf dem Spotmarkt knapp wurden, da konnte die Wintershall sofort einspringen.“

Seitdem hat sich die BASF Zugriff auf Rohstoffquellen in aller Welt verschafft. Stellvertretender Vorstandsvorsitzender Moell dazu: „Unsere Unternehmenspolitik ist heute die schrittweise Erweiterung dieser Rohstoffbasis. Sowohl über die Wintershall als auch über unsere Beteiligungen an der DEMINEX (18,5%) haben wir unsere Anstrengungen in der Exploration weltweit verstärkt. Unsere ausländischen Öl- und Gasförderungen, vor allem in Dubai, Libyen, USA, Kanada und in der holländischen Nordsee konnten gesteigert werden.“ 1979 hat die Wintershall 1,2 Mio. Tonnen Rohöl im Ausland gefördert. Damit war sie

nach der Deutschen Texaco und der DEMINEX das drittgrößte westdeutsche Ölunternehmen im Ausland. Im gleichen Jahr nahm die Wintershall den Platz 1 bei der Erdgasförderung westdeutscher Kapitalisten im Ausland ein.

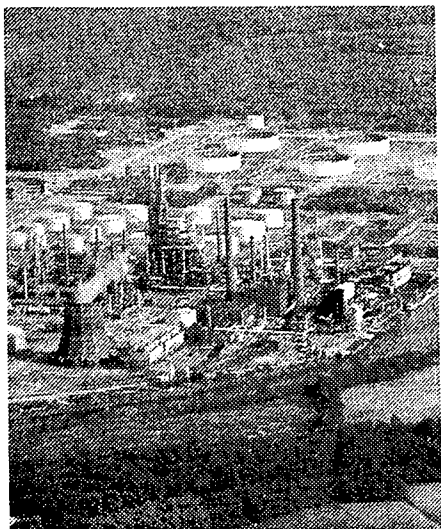
Mit ca. 20000 Beschäftigten lag der Umsatz der Wintershall AG 1982 bei 7,2 Mrd. DM. Mit 21,9% des Konzernumsatzes ist der Geschäftsbereich „Rohstoffe und Energie“ heute der größte Geschäftszweig der BASF. Die Produkte aus dem Öl- und Gasbereich werden über die Wintershall-Tochtergesellschaften MI AG und Wiesöl vertrieben, Vergaserkraftstoffe und Motorenöle durch die Aral AG (BASF-Anteil 15%). Für die Rohölverarbeitung wurden in den letzten Jahren in Ludwigshafen ein zweiter Steamcracker für 400 Mio. DM, in Lingen ein Hydrocracker für 270 Mio. DM und in der Erdölraffinerie Mannheim eine Aromaten-Anlage gebaut. Mitten im Werksgelände der BASF in Ludwigshafen wurde 1976 ein Ölhafen gebaut, um die riesigen Rohstoffmengen umzuschlagen. Die Kosten von 34 Mio. DM hat einzig das Land Rheinland-Pfalz für die BASF getragen, lediglich die Umschlaganlagen hat die BASF selbst gezahlt (50 Mio. DM).

In der ersten „Erdölkrise“ 1972 war es für die BASF ein wesentlicher Vorteil, einen Teil der Energieversorgung ganz kurzfristig wieder auf Kohleverstromung umstellen zu können. Dazu der damalige Vorstandsvorsitzende Timm: „Hier hat sich unser Vorteil ausgewirkt, daß wir eine solche Disposition über Nacht treffen konnten, da wir uns die völlige Hoheit über unsere Tochtergesellschaft Auguste Viktoria vorbehalten haben. In gleicher Weise halten wir an dem Erdölbesitz der Wintershall AG im Emsland fest.“



Energiebasis der BASF: Bohrinsel der Wintershall AG; BASF-Kraftwerk Marl (Westfalen)

Seit 1971 wollte die BASF auf ihrem Werksgelände ihr eigenes Kernkraftwerk mit einer Leistung von 425 MW bauen. Davon versprachen sich die Kapitalisten eine Senkung der Energiekosten um 100 Mio. DM im Jahr. Mit dem Kernkraftwerk sollte der Grundlastbereich z.B. in den stromintensiven Produktionen abgedeckt werden. Die Landesregierung hat dem Bau des Kernkraftwerkes zugestimmt. Durch die massiven Prote-



BASF-Raffinerie Lingen

ste der Bevölkerung des dicht besiedelten Rhein-Neckar-Raumes und die erhebliche Verzögerung des Genehmigungsverfahrens bei steigenden Baukosten haben die Kapitalisten die Pläne für ein eigenes Atomkraftwerk inzwischen aufgegeben. Seit diesem Zeitpunkt aber weist der Flächennutzungsplan der benachbarten Stadt Mannheim die Fläche für ein Kernkraftwerk in Mannheim-Kirschgartshausen in unmittelbarer Nähe der BASF aus.

Um die Energiekosten zu senken, forderte der ehemalige Vorstandsvorsitzende Seefelder bei der Einweihung einer neuen Schachanlage der Auguste Viktoria am 6.12.1983 mit „Nachdruck die Realisierung eines energiepolitischen Gesamtkonzeptes in der Bundesrepublik. Dieses Konzept müsse neben der Kohle auch die Kernenergie mit einschließen, damit man zu erträglichen Energiekosten kommen könne. Die Bundesregierung hat dies anerkannt, nun müßten Taten folgen.“ Die BASF ließ Taten folgen. Sie verhandelt mit der Electricité de France über billige Stromlieferungen aus französischen Kernkraftwerken für das Werk Ludwigshafen der BASF.

Quellenhinweis: BASF-Information, versch. Ausgaben, Geschäftsberichte der BASF

office“ wurde der Bankier Louis Leisler Kiep, der Schwiegersohn des stellvertretenden IG-Aufsichtsratsvorsitzenden Walther von Rath. Die drei Werksleitungen Ludwigshafen, Leverkusen und Hoechst führten heimliche – weil verbotene – Treffen durch, um ihr Vorgehen gegen die alliierten Demontage- und Entflechtungspläne zu beraten. Es gelang ihnen, gegen die Demontagepläne die Belegschaften für ihre Ziele zu mobilisieren. Als Wurster (BASF) 1948 zur Urteilsverkündung nach Nürnberg gebracht wurde, führte die Belegschaft einen Warnstreik durch. Tatsächlich sollte die Verurteilung der IG Farben und ihrer Führer die politische Begründung für ihre völlige Zerschlagung liefern.

Der Aufsichtsratsvorsitzende, 19 Vorstandsmitglieder und drei Direktoren waren in fünf Punkten angeklagt: Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen; Raub und Plünderung; Sklavenarbeit und Massenmord; Mitgliedschaft in der SS; gemeinsame Verschwörung. Die Angeklagten berufen sich darauf, gegenüber der Reichsregierung im „Notstand“ gehandelt zu haben. Zehn werden von allen Anklagepunkten freigesprochen, fünf Verurteilungen erfolgen wegen der Behandlung von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in Auschwitz, sieben Verurteilungen wegen Raubes und Plünderung in Polen und Norwegen.

Nach Ende des Prozesses und Gründung der BRD mit dem erklärten Ziel der Errichtung eines Bollwerks gegen die sozialistischen Staaten konnte die IG ihre Reorganisationspläne offen und mit Hilfe der neu gewählten Bundesregierung verfolgen. Schon vor Gründung der BRD nahm vor allem die Ludwigshafener Werksleitung Verbindung zu den wesentlichen Politikern auf. IG-Jurist und späteres Vorstandsmitglied Heintzeler (der vor seiner Tätigkeit bei der IG 1934 ins Reichsjustizministerium als persönlicher Referent des Staatssekretärs Schlegelberger berufen worden war) führte nach eigenem Bekunden „informativische Gespräche“ mit dem späteren Bundespräsidenten Heuss, Wohnungsbauminister Wildermuth und Carlo Schmidt. Für die neu zu wählende Bundesregierung hatten die westdeutschen Kapitalisten – allen voran die IG – einen Personalstamm parat, von dem sie die vorbehaltlose Vertretung ihrer Interessen erwarten konnten. So berichtet Curt Duisberg, Sohn des IG Farben-Aufsichtsratsvorsitzenden Carl Duisberg, über die Bekanntschaft seines Vaters zu Konrad Adenauer, dem vor dem Krieg von den Nazis abgesetzten Kölner Oberbürgermeister: „Adenauer zog sich bekanntlich nach Maria Laach zurück und mein Vater versuchte, ihm durch Unterstützung und aufmunternde Briefe zu hel-

fen.“ Als Mitarbeiter des IG-Direktors Rudolf Mann in dessen nebenher betriebener „Gesellschaft für Konsumgüterforschung“ war Ludwig Erhard lange Zeit für das Werk Leverkusen der IG tätig gewesen.

Kaum erster Wirtschaftsminister der BRD geworden, gründete Erhard eigens eine Abteilung im Bundeswirtschaftsministerium für die Entflechtung der IG Farben, geleitet von F. Prentzel, späterer DEGUSSA-Vorstand.-

Wie praktisch sich die enge personelle Verflechtung der IG Farben mit der neuen Bundesregierung auswirkte, zeigt das Zustandekommen eines deutschen Gesetzentwurfes für die Entflechtung der IG Farben, den die Bundesregierung auf Wunsch der Alliierten Hohen Kommission vorlegen sollte. Der IG-Jurist Heintzeler berichtet:

„Es kam zu einer Besprechung in Bonn, an der Vertreter der Werke Leverkusen und Ludwigshafen und je ein Vertreter des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes und des Bundeswirtschaftsministeriums teilnahmen und die bis Mitternacht dauerte. Aufgrund der von mir geleisteten Vorarbeiten habe ich dann unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Besprechung in den Nachtstunden bis zum frühen Morgen den Entwurf eines deutschen Gesetzes zur Entflechtung der IG nebst Begründung in einem Bonner Hotel herunterdiktiert; dieser Entwurf mußte Prof. Erhard durch einen Sonderboten um 9.00 Uhr an einem bestimmten Treffpunkt an der Autobahn übergeben werden. Er fuhr damit sofort auf den Petersberg zur Alliierten Hohen Kommission (die für die drei westlichen Besatzungszonen an die Stelle des geplatzten Kontrollrates getreten war) und übergab den Entwurf als deutschen Vorschlag ...“

Der auf diese Art und Weise von der IG selbst verfaßte Gesetzentwurf zur Entflechtung der IG wurde von den Alliierten nicht akzeptiert. Der für die deutschen Kapitalisten wesentlichste Punkt aber wurde durchgesetzt: Es wurde vereinbart, die Entflechtung auf alle Fälle juristisch parallel nach deutschem und alliierterem Recht durchzuführen. Damit aber war das Recht der Aktionäre auf ihr IG-Kapital bzw. dessen Umtausch in Werte der Nachfolgesellschaften gesichert.

Anfang 1952 wurde beim Registergericht Frankfurt die Auflösung – Liquidation – der IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft eingeleitet. Auf Grundlage des Gesetzes Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission wurden zunächst zwölf Nachfolgesellschaften aus den eigentlichen IG-Werken und den 169 in der BRD liegenden Beteili-

Kapitalexport: Brasilien Investitionsschwerpunkt der Chemiekapitalisten

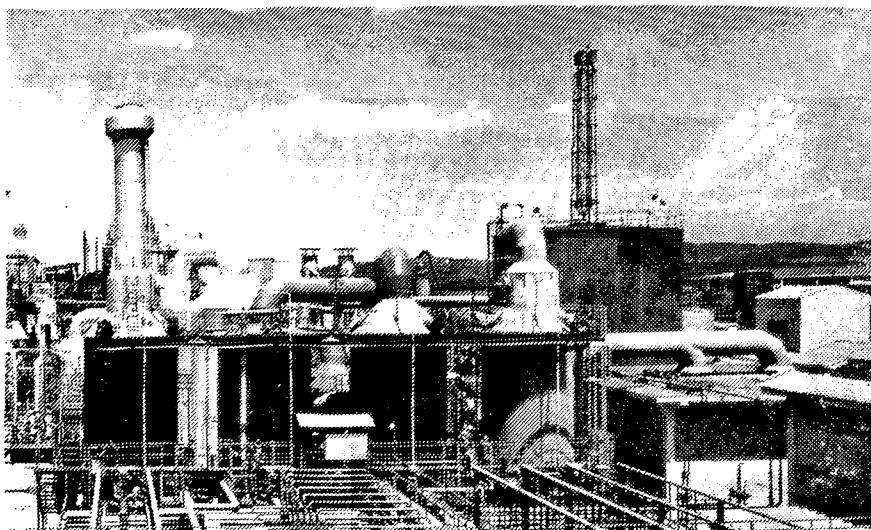
Ende der 50er Jahre – bei Exportanteilen von inzwischen um die 40 bis 50% – zeichnete sich für die westdeutschen Chemiemonopole ab, daß der Kampf um den Weltmarkt mit der einheimischen Rohstoff- und Arbeitskräftebasis, d.h. auf Grundlage reinen Warenexports, auf Dauer nicht erfolgreich geführt werden konnte. Es war zu diesem Zeitpunkt auch bereits ausreichend Kapital akkumuliert, um Kapitalexport in größerem Umfang zu beginnen.

Investitionsschwerpunkt für den Ankauf bzw. die Neugründung von Werken im Ausland war in den 60er Jahren Südamerika und hier vor allem Brasilien. Dies aus mehreren Gründen. Die am Beginn einer Industrialisierung stehenden lateinamerikanischen Länder sind ein riesiger Markt mit den größten Wachstumsraten; eine eigene Chemieindustrie war praktisch nirgends vorhanden, und auch die größten imperialistischen Konkurrenten waren noch nicht in größerem Umfang tätig. Imperialistische Ausplünderung und der Zwang zu verstärktem Export sowie das Bevölkerungswachstum zwangen zu einem immer größeren Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln. Die Expansionsaussichten waren enorm: Verbrauchte z.B. ein Land wie die Niederlande 1970 pro ha landwirtschaftlich genutzter Fläche 700 kg Dünger, waren es in Brasilien erst 20 kg. Ein zusätzlicher Vorteil für die Kapitalisten war die günstige Versorgung mit Erdöl und -gas vor allem aus Mexiko und Venezuela. Das Lohnniveau war eines der nie-

drigsten der Welt, und zudem erhöhten die eingesparten Transportkosten die Profite der Konzerne. Die als Abwehrmaßnahme gegen imperialistische Ausbeutung von einigen Ländern erlassenen Importbeschränkungen konnten den Chemiekonzernen bei Produktion im Lande nicht gefährlich werden. All dies waren Gründe für die Kapitalisten, um in Südamerika förmlich einzufallen.

Die BASF z.B. gründete ihr erstes Werk außerhalb der BRD 1959 in Brasilien, heute besitzen die Kapitalisten dort allein 16 Werke sowie ca. zehn Verkaufsstellen; in ganz Südamerika sind es 25 Werke. Produziert werden hauptsächlich Pflanzenschutzmittel und Dünger wie auch Massenprodukte wie Styropor, Tonbandkassetten und Farben. Die Glaxurit do Brasil (100%ige BASF-Tochter) hat unmittelbar neben ihrem größten Kunden, VW do Brasil, eine Lackfabrik gebaut. Bis 1983 haben die BASF-Kapitalisten über 1 Mrd. DM im Land investiert, heute beutet der Konzern 5500 Beschäftigte in Brasilien aus. Das gesamte Anlagevermögen der westdeutschen Chemiekapitalisten in Brasilien beträgt 1254 Mio. DM (Stand 1981, abzgl. Abschreibungen). Bayer, BASF und Hoechst erzielen Umsätze von je über 1 Mrd. DM pro Jahr. Die BASF-Kapitalisten verstärken inzwischen ihren Export von in Brasilien hergestellten Produkten – die Kapitalanlage in Niedriglohnländern macht sich bezahlt.

Quellenhinweis: Kurt Microw, Die Diktatur der Kartelle, Hamburg 1978



Bayer Südamerika: Über 3 Mrd. DM Umsatz mit 15000 Beschäftigten. Bild: Bayer-Werk in Brasilien.

gungsgesellschaften benannt. Unter dem Gesichtspunkt der „Wettbewerbsfähigkeit“ werden diese sodann zu den drei Nachfolgekonzernen gruppiert. Die Aktien der alten IG werden im Verhältnis 100:25 umgetauscht. Mit für damalige Verhältnisse riesigem Grundkapital werden die Bayer AG (388 Mio. DM), BASF AG (340 Mio. DM) und die Hoechst AG (286 Mio. DM) gegründet.

Drei kleinere, aber schlagkräftige Konzerne waren entstanden, die die Ausgangslage für die deutschen Chemiekapitalisten für den erneuten Kampf um den Weltmarkt deutlich verbesserten. Diese hatten selbst schon während des Krieges die Teilung der IG – eines mit damaligen Mitteln kaum noch steuerbaren Mammutkonzerns – in kleinere Einheiten geplant: „Die Transaktionen lagen in der zweiten Hälfte 1944 fertig in den Schubladen einschließlich aller Details“ (IG-Anwalt und späteres Bayer-Vorstandsmitglied Silcher im Nürnberger Prozeß).

Nachdem die materiellen Voraussetzungen für die erneute Eroberung des Weltmarktes derart geschaffen waren, bezogen sich die drei Nachfolgekonzerne ganz offen auf die verbrecherische Tradition und Geschichte der IG Farben und ihrer Führung. So führte der neue Vorstandsvorsitzende Winnacker bei der Gründung der Hoechst AG aus: „Wir fühlen uns mit den Herren des alten Aufsichtsrates und Vorstandes der IG Farbenindustrie sowie mit allen alten Freunden der Firma eng verbunden und sind glücklich darüber, eine so große Zahl alter Freunde heute bei uns begrüßen zu dürfen.“

Das Bankkapital setzte voll auf die erneute Expansion der Chemiemonopole; und die Voraussetzungen für die politische Umsetzung dieser Pläne war mindestens personell mit der neuen Bundesregierung gesichert. Den Aufsichtsratsvorsitz der BASF übernahm Hermann Abs, von dem gar das Gerücht umgeht, er habe als einer der formellen Neugründer der BASF seinen Anteil von DM 20000 aus eigener Tasche gezahlt. Im Aufsichtsrat der Hoechst AG findet sich der schon erwähnte Bankier Leisler Kiep, dessen bei der CDU tätige Sohn Walther wiederum Schwiegersohn des wegen seiner Zuständigkeit für Auschwitz als Kriegsverbrecher verurteilten IG-Vorstandsmitglied Fritz ter Meer ist.

Die Beschlagnahme des Auslandsvermögens der IG bezog sich hauptsächlich auf Verkaufsniederlassungen und Patentrechte. Kapitalexport und Auslandsproduktion im heutigen Sinne hatte es praktisch nicht gegeben. Mit Hilfe des noch vorhandenen Personals und der bestehenden Verbindungen konnten die drei Nachfolge-

konzerne bereits ein Jahr nach ihrer Neugründung wieder Exportraten von über 33% verzeichnen. Ihr Gesamtumsatz lag schon 1954 jeweils über 1 Mrd. DM. Dabei konzentrierten sich die drei Konzerne langfristig auf unterschiedliche Produktionsschwerpunkte. Heute sind bei der BASF die Petrochemischen Grundstoffe größter Geschäftsbereich, bei Hoechst die Sparte Pharma und bei Bayer neben der Pharma der Unternehmensbereich der Agfa Gevaert.

Seit Gründung der EG und dem erfolgreichen Vordringen der westdeutschen Chemiekapitalisten in den europäischen Markt wird dieser als Binnenmarkt betrachtet. Die BASF z.B. weist in ihrer Umsatzstatistik nicht mehr wie früher die BRD und Westeuropa getrennt aus, sondern faßt unter „Europäische Gemeinschaft“ zusammen.

Die erste Welle des Kapitalexports in den 60er Jahren konzentrierte sich auf

Südamerika. Um sich gegen imperialistische Ausplünderung zu wehren, hatten mehrere Staaten Importbeschränkungen erlassen, gleichzeitig konnten die europäischen Konzerne vor allem bei Massenchemikalien und Dünger wegen der hohen Transportkosten nicht mehr konkurrieren. Die zweite Welle in den 70er Jahren richtete sich gegen die wichtigsten Konkurrenten und ihren Markt, die USA.

Auslandsinvestitionen in Mio. DM

Jahr	Bayer	BASF	Hoechst	Summe
1972	400	211	470	1081
1973	396	244	376	1016
1974	657	325	735	1717
1975	936	438	732	2106
1976	446	448	675	1569
1977	475	407	586	1468
1978	614	505	606	1725
1979	1007	549	788	2344
1980	1154	607	897	2658
1981	983	704	878	2565

Heute erzielen Bayer, BASF und Hoechst einen Gesamtumsatz von über 15 Mrd. DM in den USA und beuten ca. 45000 Lohnabhängige aus.

Alle drei Nachfolgekonzerne können nur im internationalen Konkurrenzkampf überleben und Profite erzielen, wenn sie Zugang zu allen Märkten, zu den Rohstoffquellen und billigen Arbeitskräften haben. Die weltweiten materiellen Interessen jedes einzelnen Konzerns sind mit denen der IG Farben schon gar nicht mehr vergleichbar. Rumänische Ölquellen, einige polnische Chemiefabriken und die Aussicht auf billige Zwangsarbeit wirken heute fast harmlos. Wer will also behaupten, die BRD-Imperialisten hätten heute kaum eigenständige Interessen, für die sie einen Krieg riskieren würden?

Quellenhinweis: Bayer AG, Hoechst AG, BASF AG: Geschäftsberichte 1952 bis 1981; O. Reichelt, Das Erbe der IG Farben; Curt Duisberg, Nur ein Sohn; Wolfgang Heintzeler, Der Rote Faden; Deutsche Bundesbank, Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland, Juni 1983

Ostansprüche und Osthandel: Chemiekapitalisten voller Hoffnungen

„Noch ist die Dauer der Liquidation der IG Farbenindustrie AG zeitlich nicht abzusehen. Dennoch wird die Löschung des Namens im Handelsregister nicht erfolgen können, weil die Firma als solche mit Rücksicht auf ihren in der sowjetischen und polnischen Zone liegenden Vermögensbesitz erhalten bleiben muß. Die Verfügung über diesen gewaltigen Vermögensbereich ist jedoch erst nach dem Tage X der Wiedervereinigung einigermaßen übersehbar.“ (W.O. Reichelt, „Das Erbe der IG Farben“, 1956)

War die Verfügung der Aktionäre über das westliche Vermögen durch den Aktienumtausch rasch gesichert, blieben bei der Entflechtung die Ansprüche auf genau 45 Werke und Beteiligungen in den erwähnten Gebieten offen, dazu einige Forderungen aus noch offenstehenden Prozessen. Da die Liquidatoren diese Ansprüche bekanntlich auch bis heute nicht einlösen konnten, besteht die IG Farben in Liquidation bis zum heutigen Tag weiter (Bilanzsumme 1982: 51,6 Mio. DM). Die Aktien sind mehrheitlich im Besitz von Kapitalisten, denen die Anlage in Ostansprüchen offenbar durchaus zukunftssträchtig und gewinnversprechend erscheint. Tatsächlich ist der Kurs der Aktien an der Frankfurter Börse zeitweilig auf bis zu 20 DM geklettert (z. Zt. 10 bis 20 DM), während er kurz nach Abschluß der Ostverträge nur 2,50 DM betragen hatte.

„Ostbeziehungen in der Normalisierung“ feierte die BASF den Abschluß der Ostverträge, als sie als eine der ersten westdeutschen Firmen 1973 ein Büro in Moskau einrichtete. Grund der Euphorie waren die enormen Umsatzsteigerungen im Osthandel, die die BASF wie die anderen Chemiekonzerne in diesen Jahren erzielte. Hatte die BASF in der UdSSR 1965 erst 23 Mio. DM umgesetzt, so waren es 1970 schon 100 Mio. DM, und der Gesamtumsatz im Osthandel stieg von 393 Mio. DM 1973 (dem ersten Jahr, in dem für die BASF ein gesonderter Posten „Ost-

europa“ in der Umsatzstatistik lohnend erschien) auf 639 Mio. DM 1974. Vier Produktionsanlagen waren allein in der UdSSR im Bau bzw. schon fertiggestellt. Die Hoechst-Kapitalisten steigerten ihren Ostumsatz von 460 Mio. 1973 über 606 Mio. 1974 auf 1630 Mio. DM 1977.

Seit Ende der siebziger Jahre stagnieren die Umsätze im Osthandel durch verstärkte Eigenproduktion und vorsichtigere Außenhandels- und Verschuldungspolitik der osteuropäischen Staaten. Eher ein Ansporn als ein Grund, den Drang der IG-Nachfolger zur Ostexpansion – mit welchen Mitteln auch immer zur Zeit betrieben – zu dämpfen.

Quellenhinweis: W.O. Reichelt, „Das Erbe der IG Farben“, Düsseldorf 1956; Bayer AG, BASF AG, Hoechst



1974: BASF-Vorstandsvorsitzender Seefelder begrüßt den sowjetischen Chememinister Ossipenko zu Verhandlungen über Anlagen- und Produktlieferungen in die UdSSR.

Öffentliches Gelöbnis abgesagt

Göttingen. Das für den 3.10. geplante öffentliche Gelöbnis von 800 Wehrpflichtigen im Jahnstadion ist abgesagt, weil „Gewalttätigkeiten größeren Ausmaßes nicht mehr ausgeschlossen werden konnten. Ein dem Anlaß entsprechender Verlauf der Zeremonie war nicht mehr gewährleistet.“ (Presseerklärung der Bundeswehr) Das Gelöbnis findet jetzt in der Kaserne statt. Die Aktionseinheit, darunter der BWK, richtet sich eindeutig gegen die Kriegspläne der in der NATO verbündeten Imperialisten und vermindert die Festlegung auf Gewaltlosigkeit. Gewerkschaften und Schüler beteiligten sich.

Kundgebung gegen „Deutsche Volksunion“

Passau. Ca. 300 Demonstranten beteiligten sich an Protesten gegen eine Veranstaltung der DVU (Deutsche Volksunion) in der Nibelungenhalle. Die Faschisten hatten rund 1000 Teilnehmer für den 13. August aus der BRD, Österreich und Italien (Südtirol) unter den Losungen mobilisiert: „Einheit für Deutschland;

Hamburg. Ca. 500 Menschen demonstrierten am 13.8. gegen die türkische Militärjunta und deren Unterstützung durch die BRD. Sie bekundeten ihre Solidarität mit den ca. 8000 Gefangenen, die seit dem 7.7. mit einem Hungerstreik die KZ-Bedingungen zur Vernichtung der Häftlinge bekämpfen. Demonstriert wurde gleichzeitig gegen die Türkeihilfe der BRD, sowie gegen die Auslieferung politisch Verfolgter an die Junta. Die Demonstranten verlangten die Freilassung des türkischen Antifaschisten C. K. Altun aus der Auslieferungshaft in Westberlin.



Freiheit für Europa.“ Zugleich wurde der Anschluß Südtirols an „den deutschen Staat“ Österreich propagiert. Die Gegendemonstranten stellten auf Transparenten fest: „Freys (Vorsitzender der DVU) Europa bedeutet Krieg!“ und forderten u.a. das Verbot faschistischer Propaganda und die Anerkennung der Grenzen zu den Volksdemokratien. Die Stadt Passau mußte, im Gegensatz zum vergangenen Jahr, aufgrund von Protesten die Raumzuteilung an die DVU durch die Verwaltungsgerichte besorgen lassen.

Hungerstreik gegen Haftbedingungen

Am 13.8. traten in der Justizvollzugsanstalt für Frauen in Vechta Gefangene in Hungerstreik. Insgesamt 30 Gefangene schlossen sich an. Der Hungerstreik richtete sich gegen die geplante Überbelegung des Gefängnisses, konkret gegen die Doppelbelegung auf dem Langstrafenflur. Eine Zelle ist ca. 9 m² groß und derzeit mit je einer Gefangenen belegt. Im Fernsehraum, wo jetzt schon zwei von sechs Gefangenen auf dem Fußboden sitzen müssen, würden sich dann elf Gefangene zusammendrängen müssen. Justizminister Remmers mußte von einem „bedauerlichen Mißverständnis“ reden, eine Doppelbelegung sei generell nicht beabsichtigt gewesen. Am 22.8. brachen die Gefangenen den Hungerstreik ab. Falls die Gefängnisleitung in Vechta dennoch die Doppelbelegung durchführt, ist beabsichtigt, den Hungerstreik, mit einem Durststreik verbunden, wieder aufzunehmen.

Gegen Kautionsfreigelassen

Westberlin. Im Juni dieses Jahres wurden im Rahmen der Ermittlungen gegen die Zeitschrift „Radikal“, wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung nach § 129a“, B. Härlin und M. Klöckner verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, als Gründungsmitglieder der „Radikal“ für die in der Zeitung abgedruckten Erklärungen der Revolutionären Zellen verantwortlich zu sein. Gegen die Inhaftierung der beiden hatten verschiedene Gruppen protestiert. Die in der ÖTV organi-

sierten Richter und Staatsanwälte schrieben in einer Stellungnahme: „Erstaunlicherweise läßt man es hier nicht mit presserechtlichen Vorwürfen bewenden, sondern fährt das schwere Geschütz des §129a Strafgesetzbuch auf ... Dieses Kernstück der heftig umstrittenen Antiterrorismus-Gesetzgebung aus dem Jahre 1976 ... erweist sich hier als ein Instrument, mit dem ureigenste Pressetätigkeit kriminalisiert werden kann.“ Der Justizsenator und der Kammergerichtspräsident in Westberlin verteidigten daraufhin die Fortdauer der Untersuchungshaft. Nach Beschwerde der Verteidiger beim Bundesgerichtshof wurden die Angeklagten jetzt gegen eine Kaution von jeweils 30000 DM freigelassen. Der Prozeß soll im Oktober dieses Jahres stattfinden.

Geringe Strafen für üble Polizeimethoden

Düsseldorf. Am 12. August hat die 14. Große Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf das Urteil im Prozeß gegen vier Polizisten der Altstadt-Wache verkündet. Die Polizisten waren angeklagt worden, nachdem publik geworden war, daß sie obdachlose Stadtreicher in der Düsseldorfer Innenstadt mit übelsten Methoden traktiert und mißhandelt hatten, um sie zu vertreiben (s.a. Pol. Ber. 12/83). Der Hauptangeklagte Polizeikommissar Rieper wurde zu zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt, die anderen zu auf Bewährung ausgesetzten Strafen zwischen sechs und 21 Monaten. Für Rieper hatte selbst die Staatsanwaltschaft viereinhalb Jahre verlangt.



Freudestrahlend erklärte Lee Iacocca, der Manager von Chrysler, die Firma werde den 800 Mio. Dollar-Kredit der US-Regierung sieben Jahre vorfristig zurückzahlen, so gut gingen die Geschäfte. Allein im 2. Quartal 1983 hat Chrysler 310 Mio. Dollar Profit gemeldet. Zur Rettung der Profitlichkeit des Konzerns hatte die Gewerkschaft UAW vor Jahren Lohnkürzungen hingenommen. So beträgt das Lohngefälle gegenüber Ford und General Motors zwei Dollar je Stunde. Jetzt, nach Iacoccas Erklärung, fordert die Gewerkschaft UAW ein Dollar mehr sofort und Lohnangleichung an Ford in zwei Jahren. Erste Verhandlungen mit Chrysler sind daran gescheitert, daß sich Iacocca weigert, die Lohnangleichung auch auf den Inflationsausgleich auszuweiten. Im November berät die UAW über die Lohnforderung bei Chrysler; der Tarif läuft im Januar aus. Dabei wird auch eine Rolle spielen, daß die Tarife in Kanada (Bild) durch den Kursverlust des kanadischen Dollars bei nomineller Gleichheit in Dollars faktisch niedriger sind (vgl. Pol. Ber. 24/82).

Wehrkunde

„Kein Fachmann für das Gewissen“ — Ausrichtung auf Kriegserziehung

Stuttgart. Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder hat mit seinem Verweigerer-Erlaß erneut demonstriert, daß er seinen CDU-Kollegen immer einen Schritt voraus sein möchte. In der Verwaltungsvorschrift wird festgehalten, daß beim Thema „Friedenssicherung“ als „Fachleute aus der Praxis“ nur Jugendoffiziere und Vertreter von Behörden, die mit Ersatzdienst zu tun haben, zum Unterricht hinzugezogen werden können, nicht aber Vertreter von Kriegsdienstverweigerer-Organisationen. Als Begründung erklärte der Kultusminister, daß nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer „Ideologien“ in die Schule tragen würden, die dort keinen Raum hätten. Außerdem: „Es gibt keinen Fachmann für das Gewissen des einzelnen.“

Gleichzeitig gab Mayer-Vorfelder die gemeinsame Erklärung seiner CDU/CSU-Kollegen vom 13. Juni 1983 als verbindliche Richtlinie für die Behandlung des Themas „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht“ bekannt. Zum Verhältnis Wehrpflicht — Recht auf Kriegsdienstverweigerung erklärt diese: „Die Ableistung des Wehrdienstes ist die generelle, in der Verfassung verankerte Pflicht aller jungen Männer. Das Recht des einzelnen Wehrpflichtigen, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, ist vom Grundgesetz gewährleistet (Art. 4 Abs.3).“ Um an der Ausrichtung des Unterrichts keinen Zweifel aufkommen zu lassen, wird die Aufgabe der Schule wie folgt festgeschrieben: „Die unterrichtliche Aufarbeitung von Fragen der Friedenssicherung soll dazu beitragen, die Notwendigkeit und den Auftrag der Bundeswehr für die äußere Sicherung unserer Demokratie einsichtig zu machen.“ (s. dazu Pol. Berichte Nr. 16, S. 15)

Scheinbar heftig, nämlich gekoppelt mit der Aufforderung, anderenfalls zurückzutreten, forderte die Schüler-Union den Kultusminister zur Zurücknahme des Verweigerer-Erlasses auf. Daß es sich eher um einen Streit um die Wahl der Waffen als um tatsächliche Differenzen handelt, deutet die Begründung an: Durch das „Anhörungsmonopol“ der Jugendoffiziere in den Schulen würden „unnötige Vorbehalte vieler Schüler gegenüber der Bundeswehr und ihrem Verteidigungsauftrag“ geschaffen. Auch die Junge Union

konnte ihren Mißmut über Mayer-Vorfelders Aktion nicht verhehlen, bekräftigte aber zugleich ihre Zustimmung zu dessen Anstrengungen in der „Friedenserziehung“ und regte überdies noch an, die Ausbildung der Lehrer in punkto Sicherheitspolitik zu verbessern.

Dagegen kritisiert die Organisation von Kriegsdienstverweigerern Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstverweigerer (DFG/VK): „Wenn wir dies (auf Wunsch von Lehrern oder Schülern in der Schule zu sprechen, d. Verf.) ab dem nächsten Schuljahr nicht mehr tun dürfen, so verkommt die Friedenserziehung zur Wehrkunde durch Manipulation.“

In einem Brief an Kultusminister Mayer-Vorfelder hat auch der Gesamt-elternbeirat der Stadt Stuttgart gegen den Verbots-Erlaß protestiert. Er ist der Auffassung, daß das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung nicht nur individueller Ausweg, sondern „auch ein wichtiger Bestandteil der im Grundgesetz geregelten Friedensordnung“ ist.

Die Stellungnahme der GEW bezeichnet den Erlaß als „unzureichend“ und „untauglich“ für die in der Landesverfassung vorgeschriebene Erziehung „zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe“. Vorgeworfen wird dem Kultusminister, er habe damit „die positiven Ansätze des Papiers der CDU-Kultusminister ... zunichte gemacht“. Die militärische Verteidigung ist nach Darlegung der GEW nur ein Komplex in einem Kata-



Friedensdemonstration von ca. 300 Schülern in Stuttgart, Mai 1980.

log von Inhalten, die bei der Friedenserziehung zu behandeln sind, der von den Kultusministern aber überbetont werde.

Gleichzeitig forderte die GEW die Lehrer erneut zur Teilnahme an Aktivitäten anlässlich des Antikriegstags sowie der Friedenswoche vom 15. – 20. Oktober auf. Die Landesvertreterversammlung der GEW hatte bereits am 17./18. Juni eine Entschließung zur Friedenspolitik gefaßt, in der verschiedene Aktionen für den Widerstandstag der Schulen (20.10.) vorgeschlagen werden, wie z.B. Sitzstreiks und Ansprachen in der Pause, Behandlung des Themas Rüstung und Frieden in Unterrichtsstunden und ähnliches. Mayer-Vorfelder hatte kurz darauf mit der Drohung geantwortet, er werde jeden Lehrer mit Disziplinarstrafen belegen, der sich an solchen Aktionen beteilige. In derselben Pressekonferenz, in der er seinen Verweigerer-Erlaß bekanntgab, kündigte er ergänzend an, daß er jetzt die organisatorischen Voraussetzungen für eine große Zahl von Verfahren geschaffen habe. Das Kabinett habe ihm zugesagt, notfalls im Wege der Amtshilfe, 60 bis 70 Verwaltungsbeamte für die disziplinarrechtliche Verfolgung von Lehrern zur Verfügung zu stellen.

NRW

Altenheimbau zur Kostensenkung?

Bielefeld. Für 120 alte Leute soll in Bielefeld-Baumheide ein Heim unter der Trägerschaft des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes errichtet werden. In der Anstalt Bethel soll der geronto(alters)-psychiatrische Bereich um 60 bis 80 Plätze erweitert werden.

Man möchte glauben, es brechen rosige Zeiten für Bielefelds Alte an. Doch wohl weniger die Nächstenliebe als handfeste Kostengründe haben bei der Stadt Bielefeld die Heimplatzeuphorie ausbrechen lassen. Für die Kosten der Heime ist der Landschaftsverband zuständig, weil er die Trägerschaft hat. Die Stadt selbst zahlt nur eine Pauschale für die Heimplätze. Die ambulante Altenbetreuung, d.h. die Hilfe und Pflege für alte Menschen in ihren eigenen Wohnungen wird dagegen direkt aus dem Sozialetat der Stadt bezuschußt.

Der Schluß liegt nahe, daß die Stadt auf Umverteilungskurs geht: statt ambulanter Altenhilfe auf die (für die Stadt) billigere Heimpflege zu setzen. Nach Aussagen des Vereins „Freie Altenhilfe“ werden Anträge über drei Stunden häuslicher Pflege vom Sozialamt pedantisch geprüft und häufig abgelehnt. Diesen alten Menschen bleibt dann nur der Weg ins Altenheim. Sie

tauchen dann auf den Wartelisten für Heimplätze auf, Argument für den Mangel an Heimplätzen.

Tatsächlich sind Heimplätze erheblich teurer als die ambulante Pflege zu Hause. In Bielefeld kostet ein Heimplatz auf der Pflegestation rund 3000 DM, während die ambulante Pflege zu Hause für drei Stunden am Tag 1300 DM im Monat kostet. Solche Kostengründe sind es, die etwa die CDU-Politik beflügeln. Die Vertreter des christlichen Lagers wie die Gattin des Bundespräsidenten, Veronika Carstens, rühmen dann auch die ambulante Altenpflege. Solche Argumente ziehen jedoch nur, solange die Geldersparnis auf der Hand liegt. Der SPD-Stadtrat in Bielefeld befürwortet die Altenheimpflege eben nur, weil die Ko-

sten auf den überregionalen Landschaftsverband abgeschoben werden können.

Die Alten selber bevorzugen meist die ambulante Pflege, weil sie so ihre Selbständigkeit erhalten können und nicht weitgehend entmündigt ihren Lebensabend fern der vertrauten Umgebung im Heim fristen müssen. So fordert der Bielefelder Verein „Freie Altenhilfe“ den Ausbau der ambulanten Altenhilfe. Weil viele alte Menschen auch in ihrer Wohnung isoliert sind, fordert der Verein die Unterstützung von Altenwohngemeinschaften durch die Stadt und hat auch schon selbst eine gegründet. Kürzlich wurde für diesen Zweck ein leerstehendes Krankenhausgebäude für ein paar Stunden vom Verein besetzt.

Kommunalpolitik

Stadthalle statt Schulbücher – oder wie man Bauunternehmer reich macht

Neumünster. „Die städtische Haushaltswirtschaft muß darauf abgestellt werden, die Verbrauchsausgaben knapp zu halten und sparsam zu wirtschaften. Um so mehr Mittel stehen dann für Arbeitsplatz- und zukunftsichernde Investitionen zur Verfügung“ (CDU-Wahlkampfbrochure zur Kommunalwahl im März 1982 in Neumünster). Neumünster ist eine Stadt mit 80000 Einwohnern in Schleswig-Holstein. Seit der Kommunalwahl hat die CDU die absolute Mehrheit im Stadtrat (vorher SPD/FDP). Gleich nach der Wahl ging die CDU daran, drastische „Sparmaßnahmen“ durchzusetzen. Da der Haushalt für 1982 bereits beschlossen war, verhängte die CDU-

Mehrheit kurzerhand eine fünfzehnprozentige Haushaltssperre für alle Verwaltungsausgaben und städtischen Zuschüsse, die nicht gesetzlich festgelegt sind. Im Verwaltungshaushalt 1983 wurde von vornherein gekürzt und gestrichen und für 1984 ist noch mehr geplant. Einige Beispiele, die zeigen, daß die CDU gerade die Ausgaben kürzt, die der lohnarbeitenden Bevölkerung zugute kommen:

– So wurde der Posten „Freie Lernmittel“ für die Berufsschulen im Vergleich zum Vorjahr um 29% gekürzt und sodann mit einer Haushaltssperre von 16,5% belegt. Das Ergebnis ist, daß die Berufsschüler nicht einmal mehr Fachbücher, geschweige denn

Taschenrechner u.ä. gestellt bekommen.

– Der Honorarposten für nebenamtliche Mitarbeiter in den städtischen Jugendheimen wurde gekürzt, so daß die Öffnungszeiten der Jugendheime reduziert werden mußten.

– Die Honorare für Volkshochschulreferenten wurden um 20% gekürzt.

– Freiwerdende Stellen in der Stadtverwaltung sollen nicht oder erst nach einer gewissen Zeit neu besetzt werden.

– Arbeiten im Garten- und Tiefbauamt sollen an private Kapitalisten vergeben und dadurch die Zahl der städtischen Arbeiter reduziert werden.

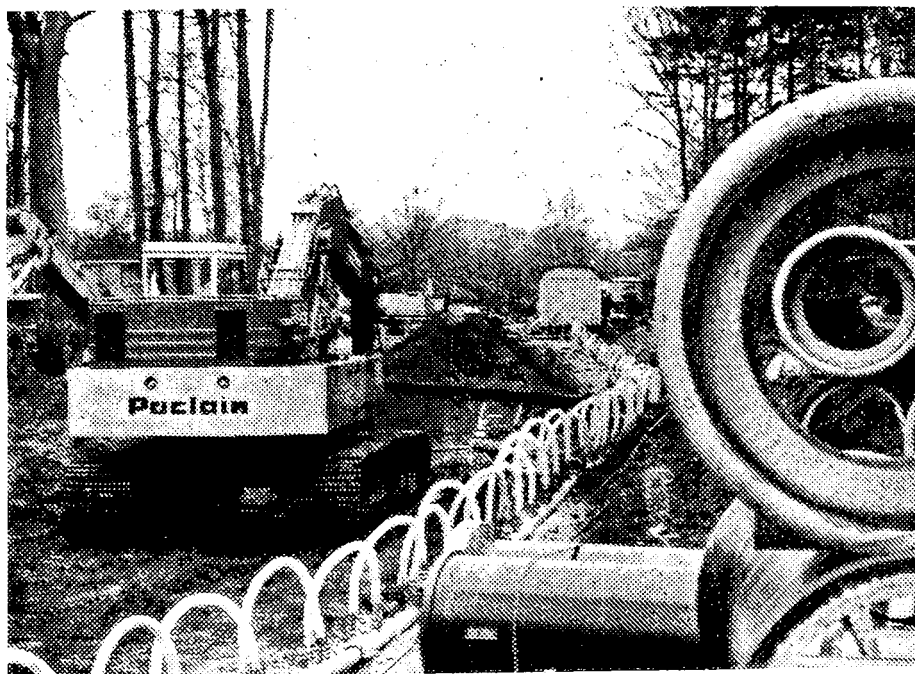
– Der Personalbestand der Berufsfeuerwehr soll durch Übertragung der Aufgaben auf Freiwillige Feuerwehren abgebaut werden.

– Einstellung der städtischen Seniorenreisen, Anbieten durch private Reiseveranstalter und Streichung der freiwerdenden städtischen Stellen.

– Übertragung der Trägerschaft für die Begegnungsstätte im „Haus der Jugend“ auf einen freien Träger und Einsparung der bisherigen Stellen und sonstiger Ausgaben.

Die CDU begründet diese Maßnahmen damit, daß sie Gelder für den Investitionshaushalt braucht und Investitionen ja Arbeitsplätze schaffen würden. Nicht besonders originell, wenn man bedenkt, wieviele Stellen dafür im öffentlichen Dienst gestrichen werden. Die Stadt hat allein in den letzten beiden Jahren 18 Hoch- und 52 Tiefbaumaßnahmen durchgeführt mit Kosten von insgesamt 75 Millionen DM. Und die Projekte in diesem Jahr werden die Summe noch um einiges übersteigen. Man findet in Neumünster kaum noch ein paar zusammenhängende Straßenzüge, an denen sich keine Baustelle befindet. Und was nicht alles gebaut wird: Eine Trasse durch den Stadtwald, ein Verwaltungsneubau (25 Mio. DM), eine Stadthalle (50 Mio. DM), eine Südumgehung, die den Stadtteil Gadeland direkt mit der Autobahn verbinden soll usw. Allerdings ist die CDU auch wählerisch. Für den Bau einer Kindertagesstätte wurden nicht einmal die 30000 DM Planungskosten freigegeben.

An zwei Beispielen wollen wir zeigen, was es mit dieser Bautätigkeit auf sich hat. Zuerst der Bau der Trasse durch den Stadtwald. Sie soll zwei Stadtteile am nördlichen Stadtrand miteinander vierspurig verbinden. Bisher gibt es eine zweispurige Verbindung, die den Nachteil hat, daß man ungefähr eine Minute länger fahren muß. Da es sich um zwei reine Wohngebiete handelt, wird die Straße sowie so recht selten benutzt. Für die Trasse wurden etliche Bäume in einem Naherholungsgebiet gefällt, was viele Proteste zur Folge hatte. Wenn keiner so eine Straße braucht, warum wird sie



Die Trasse im Stadtwald: CDU-Ratsherr Michel verdient.

dann gebaut? Die Antwort findet man auf der Baustelle selbst. Dort stehen die Wagen der Firma Michel Bau KG. Dazu muß man wissen, daß der Bauunternehmer Michel der finanzpolitische Sprecher der CDU-Rathausfraktion ist.

Der Bau der Stadthalle wurde im Frühjahr begonnen und soll 50 Mio. DM kosten. Sie soll ein Theater mit 600 Sitzplätzen und allen technischen Raffinessen, einen Festsaal und eine Gastwirtschaft beinhalten. Allein die Unterhaltung des Gebäudes wird die Stadt jährlich 1,65 Mio. DM kosten, was „bei Setzung sachgerechter Prioritäten haushaltsmäßig verkraftbar erscheint“. Daß die Halle jemals ausgenutzt wird, ist absolut unwahrscheinlich. An dem Bau beteiligt sich natürlich u.a. auch die Michel Bau KG und die BIG Bau des ehemaligen CDU-MdL Herbert Gerisch. So werden aus dem Lehrbuch eines Berufsschülers, dem Wochenendausflug eines Rentners und dem Lohn eines städtischen Arbeiters dicke Bankkonten einiger Bauunternehmer.

Sozialer Wohnungsbau Wiederbelebung der „Schlichtbauweise“

Hamburg. Die Versorgung der Lohnabhängigen in Hamburg mit guten Wohnungen ist schlecht. Ca. 1/3 aller Wohnungen stammt aus der Zeit zwischen 1950 und 1965. Sie sind zwar noch ziemlich neu, aber im Vergleich mit Neubauten z.B. aus dem Jahre 1936 weit unter Vorkriegsniveau: 3-Zimmer-Wohnung Neubau 1936 (Stadtteil Wilhelmsburg): 64,8 m²; 3-Zimmer-Wohnung Neubau 1950 (Billstedt): 44,7 m²; 3-Zimmer-Wohnung Neubau 1963 (Farmsen): 53 m². Ein Großteil dieser Wohnungen ist bereits wieder renovierungsbedürftig. Hinzu kommen noch die uralten Mietskasernen mit Baudatum vor 1919.

Die durchschnittliche Wohnfläche ist in Hamburg von 48,5 m² 1953 auf 93 m² 1979 gestiegen. Aber durchschnittliche Wohnfläche bedeutete schon 1979: durchschnittlich 123 m² für ein Einfamilienhaus/Eigenheim, 84 m² für eine Eigentumswohnung und nur 75 m² im Mietwohnungsbau. Hier war eine Durchschnittswohnung 1982 nur noch 71 m² groß, die Tendenz ist weiter sinkend.

Merklich besser gebaut worden ist in Hamburg im sozialen Wohnungsbau nur zwischen etwa 1970 und 1980. Die durchschnittliche Wohnfläche ist deutlich gewachsen, Wohn- und Kinderzimmer wurden größer, Balkone erhielten Flächen, auf denen man mehr machen konnte als nur Wäsche auf-

hängen. Vereinzelt wurden sog. Maisonettenwohnungen gebaut, mit Wohn- und Schlaftrakt auf verschiedenen Ebenen. In solchen Wohnungen verläuft die Reproduktion größerer Familien oder Familien von Schichtarbeitern wesentlich ungestörter. Insgesamt hat sich diese Bauweise aber nur wenig ausgewirkt, weil zum gleichen Zeitpunkt die Bautätigkeit in Hamburg drastisch gesunken ist: von knapp 18000 Wohnungsneubauten 1970 auf unter 4000 1979.

Die relativ gut ausgestatteten Sozialwohnungen der 70er Jahre werden heute als Luxuswohnungen bezeichnet. Bei einer Neubausiedlung werden bisher geltende Bauvorschriften außer acht gelassen: die „Modellwohnungen“ in Hamburg Allermöhe brauchen keine Kellerräume mehr zu haben je Wohnung, Abstellfläche in der Wohnung kann fehlen, die Decken sind niedriger, Dusche statt Badewanne tut's schon lange, Wasch- und Trockenräume werden angeblich auch nicht mehr benötigt. Die Anfangsmieten im sozialen Wohnungsbau werden dadurch allerdings keineswegs niedriger, lediglich die staatlichen Aufwendungen sollen sinken bei dieser Neuauflage des „Schlichtwohnungsbaus“.

Seit langer Zeit setzt der Hamburger Senat zudem auf „Eigentumsbildung“. Von 2403 öffentlich geförderten Wohnungsneubauten 1979 gehörten 42,6% privaten Bauherren und waren 43% 1- und 2-Familienhäuser. Über die Hälfte aller Eigenheime wurde mit staatlichen Mitteln „gefördert“.

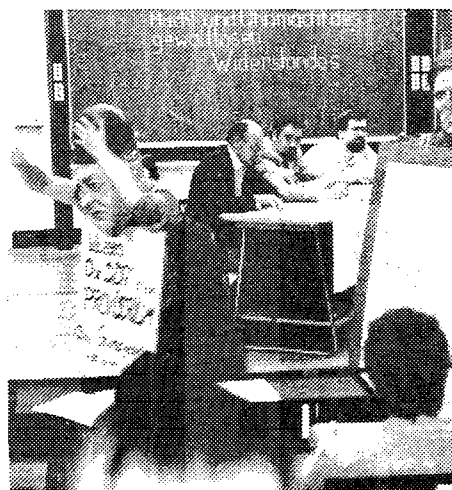
Studentenparlamente Per Gesetz: CDU-Stu- denten im Aufwind

Braunschweig. Ende Juni ist an der TU erstmals ein Studentenparlament gewählt worden. Damit ist eine langjährige Auseinandersetzung der Studentenschaft mit Hochschulleitung und Landesregierung vorerst negativ entschieden, denn es ist nicht gelungen, die eigene Satzung und Wahlordnung mit rätendemokratischen Strukturen zu verteidigen.

Während die Studentenschaft Satzungs- und Finanzautonomie zu verteidigen suchte, machten Landesregierung und Uni-Präsidentin immer neue Vorstöße, vor Ort unterstützt durch den CDU-Verband RCDS und in neuerer Zeit durch den in Braunschweig offenen reaktionären LHV. Die Grundlage der Angriffe waren ab 1976 mit der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes und des 1978 nachfolgenden Niedersächsischen Hochschulgesetzes gegeben, in denen die Forderungen

der Studentenbewegung nach Satzungsautonomie und politischem Mandat nachdrücklich abgelehnt waren und nun die Hochschulen entsprechend den jeweiligen Kräfteverhältnissen nach und nach befriedet werden konnten. Die in Braunschweig wie anderswo z.T. erstaunlich heftigen Abwehrkämpfe gegen die Angriffe der Reaktion scheiterten letztlich, weil es weder landesweit noch bundesweit über die VDS gelang, einen gemeinsamen Widerstand unter einheitlichen Forderungen zu organisieren.

Die Zwischenbilanz der Reaktion ist für sie zufriedenstellend: Heute ist die Vollversammlung nach der Satzung nicht mehr oberstes beschlußfähiges Organ, sondern darf nur noch Emp-



Protest auf der 17. Juni-Veranstaltung des RCDS

fehlungen aussprechen; die Wahrnehmung des politischen Mandats wird durch Ordnungsgelder und Gerichtsurteile behindert, angestrengt abwechselnd vom RCDS und vom Präsidenten. Die einen nahmen Anstoß am Aufruf zur Sammlung „Waffen für El Salvador“, der andere beanstandete jüngst ein Extra-Info des AStA zum 50. Jahrestag der Verschleppung und Ermordung von MIAG-Arbeitern in Rieseberg bei Braunschweig. Und die neue Wahlordnung fördert den Aufschwung der reaktionären Studenten: Der RCDS konnte seine Stimmen ver- und seine Sitze verzehnfachen (von 1 auf 11), so daß sie mit den drei Sitzen des LHV jetzt 25% im StuPa einnehmen. Zudem verweigern basisgruppenorientierte Kräfte dem mit Ach und Krach zustande gekommenen MSB/Unorganisierten-AStA die Unterstützung und drücken sich um die inhaltliche Kritik der reaktionären Positionen. Solche Politik ermuntert den RCDS, bei der bevorstehenden HRG-Novellierung sein „Bundesstudentenparlament“ zu propagieren und damit die VDS als den bundesweiten Dachverband der ASten zu zerschlagen.

HAW will flexible Arbeitszeiten – Betriebsrat besteht auf 40-Stunden-Woche

Hamburg. Seit vier Wochen verhandeln Betriebsrat und Geschäftsführung der HAW über eine Betriebsvereinbarung zur Regelung der Überstunden. Die Verhandlungen wurden durch verschiedene Umstände ausgelöst und werden auch jetzt noch von ihnen beeinflusst:

1. Der Betriebsrat kontrolliert seit über einem Jahr die Überstunden, um die Ausdehnung des 8-Stundentags zu begrenzen. Er setzt sein Recht, Überstunden abzulehnen, auch gezielt ein, um die Interessen der Belegschaft in anderen Fragen durchzusetzen – zuletzt erfolgreich gegen die Versuche der Geschäftsführung, die Tarifierhöhungen anzurechnen.

2. Beim Arbeitsgericht beantragte der Betriebsrat, HAW für die Zukunft zu untersagen, bei Androhung einer Geldbuße bis zu 20000 DM Überstunden ohne seine Genehmigung anzuordnen. In erster Instanz gewinnt der Betriebsrat. Jetzt verhandelt das Landesarbeitsgericht die Berufung und wird erst am 2.12.83 wieder tagen, wenn die Verhandlungen im Betrieb mit aller Wahrscheinlichkeit beendet sind.

3. Die Geschäftsführung reagierte auf diese Vorstöße des Betriebsrats mit

der Anrufung einer Einigungsstelle, um eine Betriebsvereinbarung zu erzwingen, die die Zustimmung des Betriebsrats zum größten Teil der anfallenden Überstunden regelt. Einer Einigungsstelle kann der Betriebsrat sich nicht entziehen, ist also gezwungen, über eine Betriebsvereinbarung zu verhandeln, die er gar nicht will.

Unter diesen Bedingungen nimmt der Betriebsrat Verhandlungen auf, bevor die Einigungsstelle tagt. Er hofft damit, das betriebliche Kräfteverhältnis besser zur Geltung zu bringen, da eine Einigungsstelle eine Betriebsvereinbarung unter Abwägung der Interessen beider Seiten beschließen müßte. Die Verhandlungen werden also stark vom Charakter des Betriebsverfassungsgesetzes geprägt, das die Vermittlung der Interessen von Kapital und Lohnarbeit in den entscheidenden Mitbestimmungsparagraphen vorsieht (siehe auch Kasten auf Seite 22).

Die Geschäftsführung tritt in den Verhandlungen mit einem weitreichenden Konzept auf. Sie will alle Hindernisse beseitigen, die einem flexiblen Einsatz der von ihr ausgebeuteten Lohnabhängigen entgegensteht. Zur

Sicherung der reibungslosen Profitproduktion bei optimaler Ausnutzung der beschäftigten Arbeiter und Angestellten will sie vom Betriebsrat die Zustimmung:

- zur zeitweiligen Verlängerung des Acht-Stundentags,
- zum vorübergehendem Wechsel einzelner Arbeiter zwischen den Schichtgruppen und
- zu möglichen Verschiebungen der wöchentlichen Arbeitszeit, also statt von montags bis freitags soll z.B. von dienstags bis samstags gearbeitet werden.

Bei sogenannten Notfällen, worunter Störungen der laufenden kontinuierlichen Produktion verstanden werden, will die Geschäftsführung das Recht, sofort Überstunden anzuordnen oder andere entsprechende Maßnahmen zu treffen, ohne den Betriebsrat fragen zu müssen.

Diese Interessen sind weitgehender, als Hitlers Arbeitszeitordnung von 1938 es zuläßt. So wurde das auch vom Betriebsrat kritisiert. Abgestritten haben es die Vertreter der Geschäftsführung nach Auskunft des Betriebsrats nicht, aber sie mußten doch einsehen, daß sie sich damit nicht gegen den Betriebsrat werden durchsetzen können. Der Betriebsrat hat die Belegschaft informiert, daß über folgende Forderungen des Betriebsrats Einigung erzielt wurde:

- Überstunden sollen nicht gegen den Willen des betroffenen Arbeiters angeordnet werden,

Betriebsverfassung – Zwangsschlichtung vorgesehen

Das Betriebsverfassungsgesetz verbietet den Betriebsräten, für die Durchsetzung von Forderungen Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Es sieht für den Fall, daß Streitigkeiten über mitbestimmungspflichtige Tatsachen entstehen, eine sogenannte Einigungsstelle vor:

§ 76 Betriebsverfassungsgesetz Einigungsstelle

(1) Zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat ... ist bei Bedarf eine Einigungsstelle zu bilden.

(2) Die Einigungsstelle besteht aus einer gleichen Anzahl von Beisitzern, die vom Arbeitgeber und Betriebsrat bestellt werden, und einem unparteiischen Vorsitzenden, auf dessen Person sich beide Seiten einigen müssen. Kommt eine Einigung über die Person des Vorsitzenden nicht zustande, so bestellt ihn das Arbeitsgericht ...

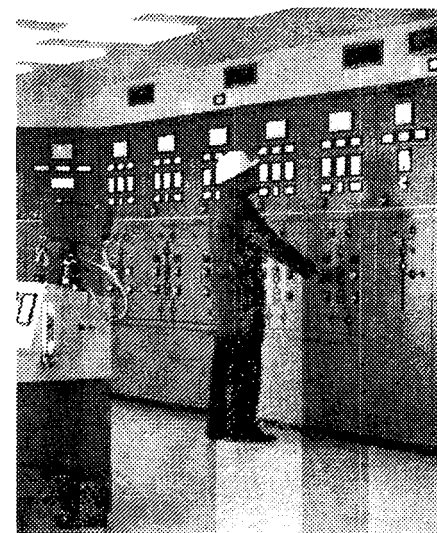
Die Einigungsstelle entscheidet dann mit der Stimme des Vorsitzen-

den die „Meinungsverschiedenheit“. Die Entscheidung der Einigungsstelle ist bindend für beide Seiten, kann aber wiederum vor dem Arbeitsgericht angefochten werden.

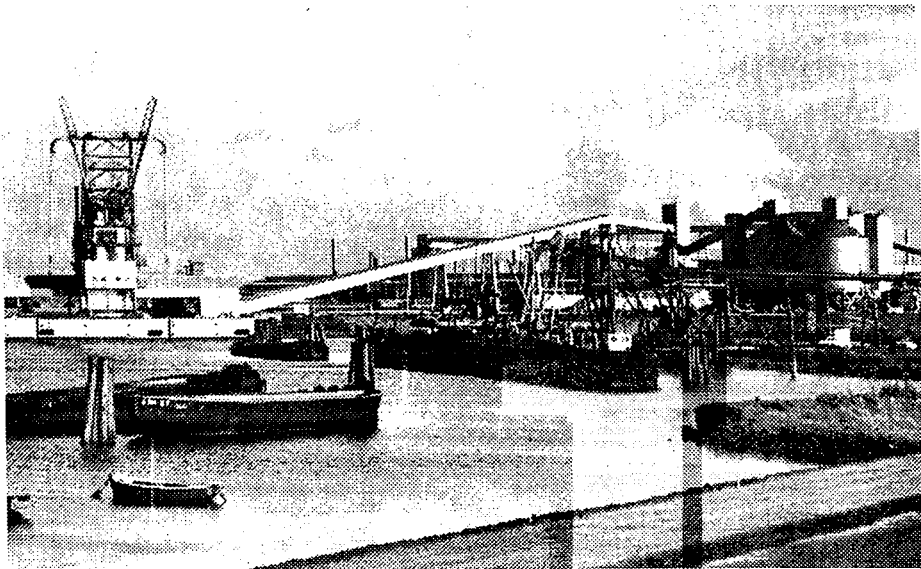
Obwohl zur Vermittlung gegensätzlicher Interessen gedacht, brauchen die Betriebsräte in den Einigungsstellen ihren Standpunkt nicht aufgeben. Sie können verlieren, aber auch gewinnen. Eine Einigungsstelle kann die vom Betriebsrat abgelehnten Überstunden z.B. dann mit der Stimme des Vorsitzenden genehmigen, weil dieser sich von den dringenden „wirtschaftlichen Gründen“ des Kapitalvertreters hat beeindrucken lassen. Der Betriebsrat muß sich deshalb von diesen Gründen noch lange nicht beeindrucken lassen und beharrt auf seinem Standpunkt, daß Überstunden eine zu große Belastung für die Arbeiter sind.

Die Vorsitzenden der Einigungsstelle, meistens Arbeitsrichter, denken bei den Entscheidungen sicher an

ihren Geldbeutel. Sie werden nach Gebührenordnung abgerechnet und das sind stattliche Summen. Entscheidet so ein Mensch gegen die Betriebsräte, welcher Betriebsrat wird ihn dann wieder für eine Einigungsstelle vorschlagen?



Schaltwarte: Arbeit in Conti-Schicht mit Besetzung von nur zwei Mann bei oft gefährlicher Arbeit.



HAW, Hamburg: Mit 600 Mio. DM Kredit vom Senat aufgebaut. 2,8 Pfg/kWh Strompreis, garantiert bis zum Jahr 2000, sichern hohe Extraprofite.

- Überstunden können durch Freizeit ausgeglichen werden, Überstundenzuschläge müssen ausgezahlt werden,
- nach Nachtschichten sollen keine Überstunden gemacht werden,
- kurzfristiger Wechsel von einer auf die andere Schicht ist nur möglich mit Zustimmung des Arbeiters und des Betriebsrats, Freischichten müssen dabei eingehalten werden,
- es werden Mindestschichtbesetzungen festgelegt, die nicht unterschritten werden sollen; der Betriebsrat will nach Beratung in den Abteilungen Normalschichtbesetzungen festlegen, die in die Betriebsvereinbarung aufgenommen werden.

Verschiedene Zugeständnisse der Kapitalisten also. Warum? Die Geschäftsführung erwartet vom Betriebsrat, daß mit der Betriebsvereinbarung sämtliche Streitpunkte aus der Welt sind. Sie möchte nicht länger mit der Ablehnung von Überstunden „erpreßt“ werden, wie mehrfach betont wurde. Deshalb soll die Betriebsvereinbarung vor allem regeln, was geschieht, wenn der Betriebsrat Überstunden ablehnt. Zu diesem Zweck soll eine ständige Einigungsstelle gebildet werden. Was aber geschieht, wenn die Zeit drängt, und die Einigungsstelle kann nicht mehr tagen? Wird der Betriebsrat dann nicht wieder mit Forderungen auftreten? Und können wir Überstunden anordnen, wenn Geldbußen drohen? Diese Fragen quälen die Geschäftsführer und sie wollen gerne Antwort. Der Betriebsrat gibt sie ihnen. Sie müßten sich daran gewöhnen, daß der Betriebsrat auch mal Überstunden ablehnt. Eben daran können sich die Kapitalisten nicht gewöhnen, weil es ihr Befehlsrecht über die von ihnen ausgebeuteten Arbeiter beschneidet.

Die Verhandlungen sind noch nicht beendet. Im September sollen abschließende Verhandlungen geführt werden. Scheitern die Verhandlungen, wird die Einigungsstelle tagen. Das wäre dann ein neues Kapitel in der Auseinandersetzung.

Arbeitsordnung PWA schränkt damit Rechte ein

Mannheim. Seit dem 1. Januar 1983 gilt für die insgesamt 11 000 Beschäftigten des Konzerns Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg eine neue, erstmals gemeinsame Arbeitsordnung (AO). Lediglich im Werk Miesbach (Oberbayern) hat sie keine Gültigkeit, weil der Betriebsrat die Unterschrift verweigert hat.

Zu dem PWA-Problem, daß der Versuch einer Arbeitsordnung vor zehn Jahren gescheitert war, äußerte Dr. Becker von der Geschäftsleitung: „Zum damaligen Zeitpunkt sei auch das Klima für eine solche Neufassung noch nicht vorhanden gewesen.“ Was das jetzige „Klima“ inzwischen möglich macht, soll im folgenden an einigen Beispielen aufgezeigt werden.

Arbeitsplatzregelung: Nach §3 Arbeitsordnung kann den Beschäftigten bis zur Dauer von einem Monat ohne Einschaltung des Betriebsrats ein anderer Arbeitsplatz zugewiesen werden. Eine Vergleichsabrechnung erfolgt vierteljährlich. Bisher galt: Entlohnung wie in der neuen Abteilung, mindestens jedoch vertraglicher Lohn der alten Abteilung.

Kündigungsschutz älterer Beschäftigter: In vielen Manteltarifen ist ein gewisser Kündigungsschutz ab 55 Jah-

ren geregelt. Das Kündigungsschutzgesetz sagt, daß jemand, der vorzeitig in Rente gehen möchte, deswegen weder aus sozial gerechtfertigten noch aus Gründen der sozialen Auswahl gekündigt werden kann. Die PWA-Arbeitsordnung sagt in § 4.4, daß einem solchen Mitarbeiter „unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist und mit Zustimmung des Betriebsrates gekündigt werden kann, wenn der Arbeitsplatz entfällt oder durch die Versetzung des Mitarbeiters in den Ruhestand einem anderen Mitarbeiter ein Arbeitsplatz erhalten werden kann“.

Eingriffe in den Persönlichkeitsbereich: AO § 15,1: „Lohn- und Gehaltsansprüche können nur mit schriftlicher Genehmigung der zuständigen Personalabteilung abgetreten werden.“ Das bedeutet, daß praktisch jedem Ratenkaufvertrag, der eine Lohnpfändungsklausel enthält, von der Firma zugestimmt werden müßte. An der gesetzlich festgelegten Auszahlung eines Teillohns an einen Dritten möchte die Firma auch noch verdienen: Sie berechnet laut AO bei Lohn- und Gehaltspfändungen 6% des zu überweisenden Betrags als Verwaltungskosten.

Inzwischen hat jeder der von der AO betroffenen Beschäftigten deren Erhalt unterschrieben. Verstöße dagegen sind Kündigungsgründe. Bei der Auslegung und Anwendung zeigen sich schon jetzt gegensätzliche Standpunkte in Einzelfragen. Die Geschäftsleitung hat deshalb mit den Betriebsratsvorsitzenden der einzelnen Werke ein Seminar zur Einführung in die AO abgehalten. Für die Belegschaften wird es schwer sein, den jetzigen Gesamtbetriebsrat zur Kündigung dieser AO zu bewegen.

„Offensive Personalpolitik“ Sanierung einer ehemaligen AEG-Tochter

München. „Die AEG bahnt sich einen Weg nach oben durch eine steinige Schlucht mit viel Dornen und Gestrüpp“ (Heinz Dürr). Auf diesem Weg wurde im August 1982 Signalbau Huber Designa (SHD) als 100%ige AEG-Tochter mit insgesamt 410 Beschäftigten für nur 3 Mio. DM mit einem Zahlungsziel 1984 an den mittelständischen Unternehmer und Parteifreund Müller aus Baden-Württemberg abgestoßen. Bereits ein halbes Jahr später konnte Müller auf einer Pressekonferenz die Ergebnisse der geglückten Sanierung bekanntgeben: „Das Wachstum bei SHD, deren Stammkapital 11 Mio. DM beträgt, liegt real bei 5% – 6% in diesem Jahr (die Jahre zuvor machte SHD Verluste) ... die Produktpalette wurde auf zwei Geräte-

typen gekürzt“ und daraus folgend eine „offensive Personalpolitik“ betrieben. Die offensive Personalpolitik bestand darin, als erste mittelständische Amtshandlung 100 Entlassungen anzukündigen und ohne Sozialplan gleich 15 davon auszusprechen.

Nach Einspruch des Betriebsrats und Aufstellung eines Sozialplans wurden 70 Beschäftigte entlassen. Die Differenz bis 100 plant die Geschäftsleitung durch „Eigenkündigungen“ zu erreichen; bei gleichzeitigem Einstellungsstopp. Bereits im Dezember, nachdem 20% der Belegschaft im Werk München entlassen war, beantragte die Geschäftsleitung für den Schaltbau und das Geräteprüffeld pro Mann 40 Überstunden. Der Betriebsrat lehnte die Überstunden ab; gemacht wurden allerdings noch mehr. Im Februar wurden im Schaltbau die Vorgabezeiten gekürzt, und aus dem durch die Entlassungen ohnehin stark zusammengeschrumpften Geräteprüffeld wurden zwei Beschäftigte in die Wartung versetzt. Anschließend wurden dann im Juni drei Beschäftigte aus der Wartung entlassen und der Vertrag mit einem Subunternehmer mit neun Beschäftigten in der Wartung gekündigt. Im Angestelltenbereich mußten Vertriebs- und Verkehrringenieure ihren Versetzungen in Vertriebsniederlassungen anderer Städte zustimmen, um einer Entlassung zu entgehen. Mit der Einführung der EDV in Arbeitsvorbereitung, Lagerverwaltung und Rechnungsführung wird die Arbeit in diesen Bereichen auch weiter verdichtet. Seit zwei Monaten ist die Unternehmensberaterfirma Polzer aus Stuttgart tätig, die durch Tätigkeitsbeschreibungen und Untersuchungen über Organisation und Koordination der Abteilungen untereinander den Auslastungsgrad erfassen und erhöhen soll. Müller auf der Pressekonferenz: „Ich bin gestärkt in der Auffassung, daß ein Unternehmen dieser Art und Größe mit einem mittelständischen Konzept erfolgreich geführt werden kann.“

Buchhandel/Verlage Bayern Tariferhöhung brachte meist nichts ein

München. Ihre erklärte Absicht, in diesem Jahr keinerlei Tariferhöhung zuzugestehen, verwirklichten viele Kapitalisten nach Abschluß der Tarifverhandlungen. Für viele Beschäftigte stehen die 3,2% nur auf dem Papier.

Einige wenige Beschäftigte der Branche, die im Verlag wissenschaftlich arbeiten oder eine Buchhandels-Filiale leiten, können es tariflich auf 3515 DM bringen. Eine Abteilungsleitung oder die Qualifikation für spezielle und

leitende Aufgaben wird nach fünf Tätigkeitsjahren mit maximal 2710 DM entgolten. Und die große Mehrheit der Beschäftigten hat fünf Jahre nach der Ausbildung ihren tariflichen Endlohn erreicht: 2325 DM. Dieses niedrige Lohnniveau gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, sehr differenzierte außertarifliche Zulagen zu bezahlen. Wenn gleich im Durchschnitt in den Verlagen um 20% und in den Buchhandlungen um 10% über Tarif gezahlt wird, so sind diese Zulagen individuell zugestanden und jederzeit streichbar. Sie bilden einen Anreiz zur Identifikation mit den Kapitalinteressen und ein Potential für Belohnung und Bestrafung durch den Kapitalisten. Da diese Zulagen nicht an bestimmte Tätigkeiten gebunden sind und es keine faßbaren Kriterien ihrer Zuteilung gibt, haben die Betriebsräte auch kaum Möglichkeiten, eine Gleichbehandlung der Beschäftigten durchzusetzen.

Jahr für Jahr werden nun die Zulagen dazu benutzt, betriebsinterne Lohnerhöhungen oder -senkungen durchzuführen, die mit dem Tarifkampf und dessen Ergebnis nicht das Geringste mehr zu tun haben. Diese Praxis bildet einen der zentralen Gründe, warum in der Branche noch so relativ wenig Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert sind. Nach einer Umfrage der Münchner Fachgruppe der HBV hatte auch die diesjährige Tarifierhöhung wieder äußerst unterschiedliche Auswirkungen. So wurden in einigen wenigen Verlagen und Buchhandlungen die 3,2% aufs Effektiventgelt berechnet und auch tatsächlich ausgezahlt. In einigen anderen Betrieben wurde die Erhöhung aufs Tarifentgelt berechnet. In wieder anderen Betrieben wurde die Erhöhung voll mit den Zulagen verrechnet, während einige Kapitalisten außer der Erhöhung noch bei den Zulagen drauflegten. Innerhalb dieser Regelungen wird aber nochmals variabel vorgegangen. So berichtete der Betriebsrat des Saur-Verlages, daß die Mehrheit der Beschäftigten 3,2% auf den Tarif berechnet erhalten habe, einige 3,2% aufs Effektiventgelt berechnet, bei einigen anderen aber die Erhöhung mit den Zulagen verrechnet wurde. Eine Form von Kurzarbeit war das Tarifverhandlungsergebnis beim Kösel-Verlag: Der Kapitalist setzte die völlige Anrechnung der Erhöhung durch, der Betriebsrat erreichte, daß für ein Jahr die 38-Stunden-Woche eingeführt wird. In der Buchhandlung Kaiser mußte zwar ebenfalls die Anrechnung hingenommen werden, in Verhandlungen und mittels einer Betriebsvereinbarung konnte aber durchgesetzt werden, daß die Auszubildenden überhaupt keiner und die Beschäftigten der unteren Tarifgruppen einer weniger starken Kürzung unterliegen.

Personenbezogene Daten Landesbeauftragter Bayern gegen Löschung

München. Der bayerische Landesbeauftragte für Datenschutz hat am 12.8.83 seinen Tätigkeitsbericht 1982 veröffentlicht. Er rühmt darin: „... erfreulich gut war stets das Verhältnis zur Staatsregierung und Verwaltung“ (S. 2). Daß seine Arbeit die Bewohner des Landes Bayern vor staatlichen Übergriffen schützen würde, ist nicht die Absicht des Datenschutzbeauftragten. So stellt er als notwendig hin: „In Zeiten wirtschaftlicher Engpässe verstärkt sich die Notwendigkeit zur Überprüfung staatlicher Leistungen, so daß zur Empfangsberechtigung weitere Differenzierungen eingeführt werden ... Als Beispiele seien die jüngste Datenerhebung zum Kindergeld erwähnt sowie die erleichterte Möglichkeit zur Übermittlung von Sozialdaten für die Bekämpfung der Schwarzarbeit.“ (S. 10)

Ebenso stellt er als notwendig dar den von der Innenministerkonferenz eingerichteten „Meldedienst Landfriedensbruch und verwandte Straftaten“. In die mit diesem Meldedienst einzurichtende Datei sollen Personen aufgenommen werden, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, schweren Hausfriedensbruchs, schweren Gewalttätigkeiten, Plünderungen, besonders gemeingefährlicher Straftaten oder wegen der Aufforderung zu solchen Straftaten eingeleitet worden ist, „wenn diese Verfahren in einem Zusammenhang mit einer politisch bestimmten Veranstaltung oder einem solchen Aufzug stehen“. (S. 82)

Zynisch ist: Hat jemand beim Landeskriminalamt einen Antrag auf Löschung seiner personenbezogenen Unterlagen gestellt, und wird dieser Antrag abgelehnt, so ist „aus datenschutzrechtlicher Sicht“ nichts dagegen zu sagen, wenn er dafür auch noch Gebühren bezahlen muß. (S. 80)

Bekanntlich überprüft ein Datenschutzbeauftragter die termingerechte Löschung von gespeicherten Daten. Da er aber im Falle z.B. von „Befürchtungen wegen terroristischer Gewalttaten“ eine Löschung nicht wünscht, setzt er sich für ein Gesetz über Datenschutz in „Archivverwaltungen“ ein, in dem „die Lösungsregelungen für die Betroffenen sichtbar durchbrochen werden“. (S. 161)

Angesichts des diesbezüglichen Engagements des Datenschutzbeauftragten wiegt es dann nicht mehr viel, wenn er kritisiert, daß Volksschulen Listen über alle Schulanfänger an die örtliche Kreissparkasse weitergeben.

Arbeitsbedingungen der Assistenzärzte in den Krankenhäusern – ein Protokoll

Hannover. Tagesablauf eines Assistenzarztes in einem kirchlichen Krankenhaus:

8 Uhr: Umziehen; Bericht der Stationschwester über die vergangene Nacht, zwei Neuaufnahmen ... Kurze Visite dort, anschließend Patientenvorstellung beim Oberarzt;

8 Uhr 45: tägliche Stationsarbeit: intravenöse Spritzen, Infusionen anlegen, Blutentnahmen, wo es schwierig ist; Neuzugänge aufnehmen, Aufnahmeuntersuchungen, Aufnahmebogen; Stationsvisite, Therapiepläne überprüfen, Gespräche am Krankenbett, nächste Entlassungen einplanen ... dazwischen Telefonate mit Hausärzten, Angehörigen.

11 Uhr 45: zwei Arzneimittelvertreter sind da, sollen warten ...

14 Uhr 20: Anfrage der Krankenkasse, rufe später zurück.

14 Uhr 30: Anruf Intensivzimmer, Blutdruckabfall bei Patient J., komme. Eventuell durchgebrochenes Magengeschwür? Telefonat mit dem Oberarzt, Blutgruppe, Blutkonserven bestellen, Chirurgen verständigen, Patientenübergabe, Hektik ...

15 Uhr 45: Patient wird operiert ... Kaffee auf Station ...

16 Uhr: Bereitschaftszimmer, Beine hoch ...

16 Uhr 45: Pieper: Fahrradunfall, türkisches Kind ... Fuß sieht böse aus, Erstversorgung, Chirurg wird verständigt ...

17 Uhr: *Wiederbeginn regulärer Stationsdienst*, Angehörige warten schon ...

aus der Küche.

19 Uhr: *Wiederbeginn Bereitschaftsdienst* ...

19 Uhr 40: Pieper: Arbeitsunfall, Augenverletzung, Sichtung, wahrscheinlich Metallsplitter, Augenverband, Weiterleitung Augenarzt, telefonische Voranmeldung ...

20 Uhr 15: Telefon, Hausarzt meldet Patient mit Schlaganfall an.

20 Uhr 40: Patient trifft ein, EKG-Kontrolle; Halbseitenlähmung rechts, Sprachstörungen, Bluthochdruck, wahrscheinlich zuckerkrank, 78 Jahre ... Aufnahmebogen, i.v.-Spritzen, Infusion ... Labor verständigen zur Blutzuckerkontrolle ...

21 Uhr: Blutzucker (BZ) 280, geht noch ... Insulin, BZ-Kontrolle 2 Stunden später.

21 Uhr 30: Bereitschaftszimmer, Fernsehen ...

22 Uhr 15: Rundgang über die Station; sehen, ob was anliegt, besser jetzt als nach Mitternacht ... C1: Knochenoperierter Patient hat Schmerzen, kann Analgetikum bekommen ... Bei Patient S., der heute am Darm operiert worden ist, ist erneut der Verband durchgeblutet ... mal sehen ... sicherheitshalber Anruf beim chirurgischen Hintergrunddienst, Oberarzt will selbst nachsehen ... MI Frauen: Diabetikerin hat BZ von 44, fühlt sich aber noch ganz wohl; soll essen, in einer Stunde BZ-Kontrolle ...

22 Uhr 45: MII Frauen: Patient F. unruhig, zieht sich an, rennt auf dem Flur umher, will nach Grünberg ... versuchsweise starken, schwarzen Tee, sonst Beruhigungsmittel i.m. ... Auf MIII Männer riecht es nach Kaffee, jetzt genau das Richtige ... Anruf zuhause, Kinder schlafen, für morgen Abend haben sich Helga und Thomas zu Besuch angesagt, konnte man nicht absagen ...

23 Uhr 20: Pieper: Kopfplatzwunde in der Ambulanz, wahrscheinlich Alkohol ... „Geburtstagsfeier ... Gartenzaun ...“ – Schon gut, wenigstens klare Angaben, keine Bewußtlosigkeit, kein Erbrechen, Frau zuhause ... Naht, Verband, Wundstarrkrampfimpfung, Bericht ...

23 Uhr 40: Intensivzimmer ruhig, zwei Betten frei ...

23 Uhr 55: Bereitschaftszimmer, melde mich beim Pförtner zum Duschen ab ...

1 Uhr 50: Anruf Pförtner, ob ich Blutprobe mache; er hat mich ja schon aufgeweckt, und die 40 DM kann man dann auch noch mitnehmen ...



„... unisono eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes gefordert ... ausufernde(n) Entwicklung im Krankenhaussektor (eindämmen) ...“ (DÄ, 47/82) – Dr. K. Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer, N. Blüm, Bundesminister Soziales, Dr. H.W. Muschallik, Kassenärztliche Bundesvereinigung, vor der Konziertierten Aktion, November 1982.

12 Uhr 10: Visite beendet, Vertreter abfertigen, Kurantrag für Patienten M. ausfüllen, Kollege H. möchte Bereitschaftsdienst tauschen, geht klar ...

12 Uhr 50: Kollege H. berichtet über Patient aus Intensivzimmer ...

13 Uhr: reguläre Dienstzeit beendet, *Beginn Bereitschaftsdienst* ... Hole den Pieper von der Pforte, melde mich zum Essen ab ...

13 Uhr 15: Pieper: Bitte in die Ambulanz, Hundebiß ...

13 Uhr 35: Fortsetzung des Mittagessens ... rufe zuhause an, alles wohl-auf.

14 Uhr: Im Bereitschaftszimmer Beine hoch ...

17 Uhr 20: Laborkarten kontrollieren, Infusion bei Frau Z. neu anlegen, i.v.-Spritzen, Frau G. klagt wieder über Schmerzen, Frau R. möchte mich allein sprechen ... Therapiepläne müssen bei Patient B. und L. geändert werden, zusätzliche Untersuchungen für morgen ... Entlassungspapiere fertig-machen für die Patienten, die morgen gehen ...

18 Uhr 30: Kollege H. möchte mir das Intensivzimmer für die Nacht übergeben ... Komme. Magenoperierter Patient aus Op zurück, kreislaufstabil, schläft ... bei den übrigen planmäßiger Verlauf, zwei freie Intensiv-Betten ...

18 Uhr 50: Hole mir das Abendessen

Ärzte,,schwemme“ – der Dienstherr nutzt sie zum Angriff auf Lohn und Arbeitsbedingungen

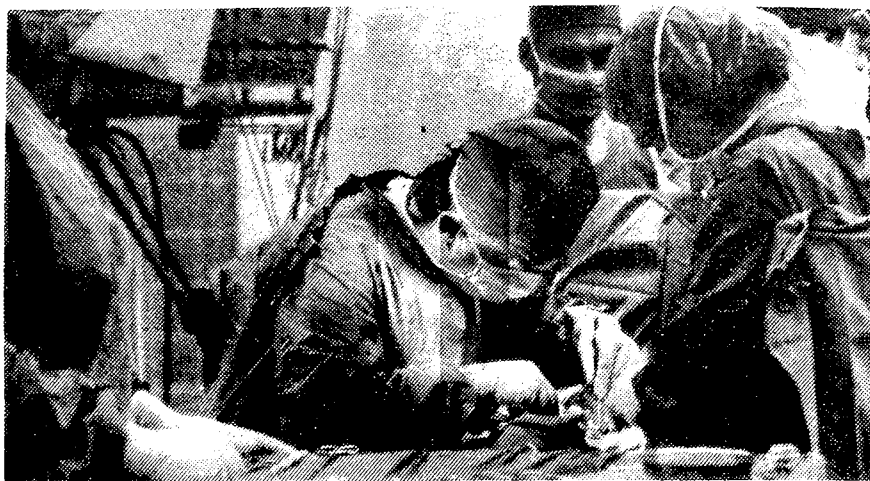
Jeder kennt die Wartezeiten, sei es in der Arztpraxis oder im Krankenhaus. Gleichzeitig tauchen in der bürgerlichen Presse immer wieder Meldungen über die Ärzteschwemme auf. Tatsächlich beginnt sich der Arbeitsmarkt mit frisch examinierten Ärzten zu überfüllen. Was von Ärzteverbänden und den Studentenvertretungen schon lange vorhergesagt und von anderer Seite als Panikmache des Ärztestandes bezeichnet wurde, ist eingetreten. Ende April 1983 waren im Regierungsbezirk Braunschweig 121 Ärzte arbeitslos, davon 49 ausländische. Im Bundesgebiet waren 1973 292 Ärzte arbeitslos. 1982 waren es bereits 2552 und im April 1983 schätzungsweise 2800. Damit stellen Ärzte 4–5% aller Arbeitslosen mit Hochschulausbildung.

Diese Entwicklung hat vielfältige Ursachen, wurde aber bewußt eingeleitet. Auf Drängen der Bundesregierung haben die medizinischen Fakultäten bereits Ende der 70er Jahre eine „Überlastquote“, d.h. ein Überangebot von 15% Medizinstudenten beschlossen. In den Krankenhäusern wurden seitdem ausreichende Arztstellen nicht geschaffen, wenngleich es dort einen großen Bedarf gibt, wie die große Zahl der Überstunden und der Bereitschaftsdienste zeigt.

Jahr für Jahr drängen etwa 11 500 junge examinierte Mediziner auf den Arbeitsmarkt. Gab es früher jährlich ca. 6 500 freiwerdende Krankenhausstellen, die zur Weiterbildung geeig-

net waren, so sind es heute nach Schätzungen ca. 3 000, weil die Krankenhausärzte wegen schwerer werdender Niederlassung länger dort verbleiben. Mehrere Suchende also auf eine Stelle! Die Folge ist, daß heute zig Bewerbungen auf Stellen eingehen, die bis vor kurzem nicht besetzt werden konnten. Viele müssen Stellen antreten in einem Fach, das sie nicht anstreben. Bei der Einstellung werden Ärzte gezwungen, sich zu unbezahlten Überstunden zu verpflichten. Frauen werden gefragt, ob sie eine Schwangerschaft beabsichtigen. Es gibt Chefärzte, die nur Ärzte einstellen, die vorher $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ Jahr bei ihnen „hospitiert“, d.h. kostenlos gearbeitet haben. Entlassungen in der Probezeit häufen sich. Tarifverträge, so z.B. die Freizeitabgeltung der Bereitschaftsdienste, werden unterlaufen. Ausländischen Ärzten wird in großem Umfang die Arbeitserlaubnis nicht verlängert. Immer mehr Ärzte, die keine Erfahrung im Krankenhaus sammeln konnten, weichen in eine Arztpraxis aus.

Der Dienstherr im Krankenhaus wird versuchen, diese Lage auszunutzen, um das Lohnniveau der Assistenzärzte zu senken. Der niedersächsische Kultusminister Oschatz hat bereits angekündigt, Möglichkeiten zu schaffen, die Gehaltseingangsstufen der ausgebildeten Lehrer herabzusetzen, nachdem es bei den Referendaren schon erfolgt ist. Der Angriff auf das Gehalt der Assistenzärzte wird nicht lange auf sich warten lassen.



Über 178 000 Ärzte gibt es in Westdeutschland. Davon sind Anfang 1983 ca. 148 000 berufstätig. Etwa 75 000 arbeiten in einem Krankenhaus. Jährlich drängen etwa 11 500 examinierte Medizinstudenten auf den Arbeitsmarkt. Demgegenüber stehen zur Zeit nach Schätzungen des Marburger Bundes (Standesorganisation der angestellten Ärzte) ca. 3 000 freiwerdende Stellen zur Verfügung, die für eine Weiterbildung geeignet sind. Im April 1983 gab es schätzungsweise 2 800 arbeitslose Ärzte. 1973 waren es noch 292.

2 Uhr 10: Wieder im Bett, Magendruck

...
3 Uhr 15: Notarzt kündigt telefonisch älteren Patient mit Herzschmerzen an, – hoffentlich kein Infarkt ...

3 Uhr 25: Patient trifft ein, kreislaufstabil, EKG unauffällig, nach Nitro-Kapsel Besserung ... wohl kein Infarkt, aber sicherheitshalber Intensivüberwachung, Blutentnahme für das Labor, Analgetikum, Infusion, Monitor, Aufnahmebogen ...

4 Uhr: wieder im Bett, merke Magendruck stärker, nehme Antazidum, kann nicht einschlafen, Uhr schlägt $\frac{3}{4}$

...
5 Uhr 45: Junge Patient mit akutem Asthmaanfall ... komme sofort, Intensivzimmer ... Infusion ...

6 Uhr 30: Könnte mich noch eine Stunde hinlegen, kann aber ja doch nicht mehr schlafen, also Duschen, Rasieren.

7 Uhr: Frühstück ... War der Dienst ruhig? ... Bescheiden ...

7 Uhr 30: Jetzt noch ein bißchen diktieren ...

8 Uhr: Kurzer Bericht an Kollegen H. über Neuaufnahmen, *anschließend Stationsarbeit*: i.v.-Spritzen usw., Telefonate, Anordnungen, wie gehabt ... jedenfalls kann ich heute pünktlich um 13 Uhr Feierabend machen, falls kurz vorher ein Zugang kommt, springt ja der Kollege ein ... der Rasen müßte eigentlich noch gemäht werden, hoffentlich sind wenigstens die Kinder ruhig ...

16 Uhr 45: *wieder im Dienst*, man schlägt sich so durch bis 19 Uhr, der Kollege spricht mit den Angehörigen, macht die Spritzen, Infusionen, ich kann diktieren ... um 19 Uhr Feierabend, um 20 Uhr Besuch, hoffentlich nicht so lange ... Vor vier Jahren konnte ich so einen Dienst auch noch besser ab, vom Magen habe ich damals nichts gemerkt. Dabei sind wir mit rund fünf Bereitschaftsdiensten im Monat ja noch ganz gut dran.

Warum wir Assistenten den neuen Tarifvertrag noch nicht durchgesetzt haben? Zunächst hat bei uns der Dienstherr klargestellt, daß in einem so kleinen Haus natürlich keine zusätzlichen Planstellen geschaffen werden können, d.h.: mehr Freizeit nur bei Intensivierung der Arbeit und zur Belohnung noch ein vermindertes Einkommen – dann lieber alles beim alten lassen!

Weiter: die jungen Kollegen, die jetzt von der Universität kommen, sind eher bereit, für mehr Freizeit auf einen Teil des Einkommens zu verzichten, ebenso bei Ärzteehepaaren. Wir etwas älteren, meist mit Kindern und der Frau zuhause und noch etwa ein Reihenhaus gekauft ... wir rechnen mit den rund 800 Mark durch die Bereitschaftsdienste. Und das weiß natürlich auch der Dienstherr.

Die bereits am 27.10.80 zwischen der ÖTV und den Dienstherren von Bund, Ländern und Gemeinden vereinbarten Tarifverhandlungen zur Begrenzung und Neubewertung der Bereitschaftsdienste für Krankenpflegepersonal, medizinisch-technisches Personal und Ärzte (Sonderregelung 2a, 2c, 2e III des BAT) werden am 8.7.81 aufgenommen. In den folgenden Tarifverhandlungen wenden sich die Dienstherren immer wieder gegen eine Begrenzung der Anzahl der Bereitschaftsdienste sowie den zwingenden Anspruch auf Freizeit. Die durch die ÖTV Anfang 1982 eingeleiteten Flugblattaktionen und Betriebsversammlungen sowie eine durch Ärzte angestrebte Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 23.2.82, worin die Höhe der Bereitschaftsdienste und die Freizeit geregelt ist, zwingen die Dienstherren zu Zugeständnissen. Am 22.11.82 wird der neue Tarifvertrag abgeschlossen (zum 1.1.83), der eine Begrenzung der Bereitschaftsdienste und einen Freizeitausgleich beinhaltet. Die Krankenhausträger versuchen nun, durch neue Dienstpläne, zeitversetzten oder geteilten Dienst, Neueinstellungen zu verhindern und den Tarifvertrag zu unterlaufen.

Forderungen der ÖTV zu den Tarifverhandlungen

– „Die Zahl der Bereitschaftsdienste ist auf vier im Kalendermonat zu begrenzen. Keine Möglichkeit auf freiwilliger Basis, zusätzliche Bereitschaftsdienste zu leisten.
– Das Festschreiben von Höchstbegrenzungen für den Bereitschaftsdienst, und zwar auf 24 Stunden, wenn nur Bereitschaftsdienst geleistet wird, und auf 16 Stunden, falls in diese Zeit ein voll als Arbeitszeit zu bewertender Anteil von 50% fällt. Im Anschluß an Be-

reitschaftsdienst soll ein Anspruch auf Freizeit im gleichen zeitlichen Umfang bestehen.
– Die Zuordnung des Bereitschaftsdienstes soll neu geregelt werden, und zwar bei einer Arbeitsleistung innerhalb des Bereitschaftsdienstes von 0–15% eine Bewertung als Arbeitszeit von 50%; von 15–30% eine Bewertung von 70% und 30–40% eine Bewertung von 85%.
– Beschäftigte, die im Wechseldienst tätig sind, dürfen nicht zum Bereitschaftsdienst herangezogen werden.“

Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts vom 24.2.82

„Ein angestellter Krankenhausarzt ist vom nachfolgenden allgemeinen Tagesdienst freizustellen, wenn ihm nach einem an den Tagdienst anschließenden werktäglichen Bereitschaftsdienst in der Zeit zwischen 21 Uhr und dem Be-

ginn der nachfolgenden allgemeinen Tagesarbeitszeit keine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens sechs Stunden zur Verfügung stand. Nach den tariflichen Bestimmungen ist die zweimalige wöchentliche Heranziehung eines angestellten Krankenhausarztes zum Bereitschaftsdienst zulässig.“ (Akt.Z. 4 AZR 223/80)

Auszüge aus dem am 22.11.82 abgeschlossenen Tarifvertrag (BAT 2c)

§ 17 – Überstunden

(1) Der Arzt ist verpflichtet, sich auf Anordnung des Arbeitgebers außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit an einer vom Arbeitgeber bestimmten Stelle aufzuhalten, um im Bedarfsfall die Arbeit aufzunehmen (Bereitschaftsdienst) ...

(2) Zum Zwecke der Vergütungsberechnung wird die Zeit des Bereitschaftsdienstes einschl. der geleisteten Arbeit wie folgt als Arbeitszeit gewertet: a) Nach dem Maße der während des Bereitschaftsdienstes erfahrungsgemäß durchschnittlich anfallenden

Arbeitsleistungen wird die Zeit des Bereitschaftsdienstes wie in Tab. 1 angegeben als Arbeitszeit gewertet. Ein hiernach der Stufe A zugeordneter Bereitschaftsdienst wird der Stufe B zugeteilt, wenn der Arzt während des Bereitschaftsdienstes in der Zeit von 22–6 Uhr erfahrungsgemäß durchschnittlich mehr als dreimal dienstlich in Anspruch genommen wird. b) Entsprechend der Zahl der vom Arzt je Kalendermonat abgeleisteten Bereitschaftsdienste wird die Zeit eines jeden Bereitschaftsdienstes zusätzlich wie in Tab. 2 aufgeführt als Arbeitszeit gewertet.

(5) Die Zuweisung zu den einzelnen Stufen des Bereit-

schaftsdienstes erfolgt als Nebenabrede zum Arbeitsvertrag. Die Nebenabrede ist mit einer Frist von drei Monaten jeweils zum Ende eines Kalenderjahres kündbar.

(7) Im Kalendermonat dürfen in den Stufen A und B nicht mehr als sieben, in den Stufen C und D nicht mehr als sechs Bereitschaftsdienste angeordnet werden. Diese Zahlen dürfen vorübergehend überschritten werden, wenn sonst die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre ...

Wird der Arzt an einem Kalendertag, an dem er eine Arbeitszeit von mindestens 7,5 Stunden abgeleistet hat, zu einem Bereitschaftsdienst der Stufe C oder D herangezogen, der min-

destens 12 Stunden dauert, soll ihm nach diesem Bereitschaftsdienst eine Ruhezeit von mindestens 8 Stunden gewährt werden; dies gilt nicht, wenn die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt wäre ...

Unbeschadet der Unterabsätze 3 und 4 ist, von Notfällen abgesehen, dem Arzt nach einem Bereitschaftsdienst von mindestens 12 Stunden in dem erforderlichen Umfang Arbeitsbefreiung zu gewähren, wenn er nachweist, daß seine Inanspruchnahme während des Bereitschaftsdienstes über 50% hinausgegangen ist ... Der Arzt, der ständig Wechselschichtarbeit zu leisten hat, soll im Anschluß an eine Nachtschicht nicht zum Bereitschaftsdienst herangezogen werden.

Tab. 1: Bewertung der Arbeitsleistung innerhalb des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit

Stufe	Arbeitsl. innerhalb des Bereitschaftsd.	Bewertung als Arbeitszeit
A	0 bis 10 v.H.	15 v.H.
B	mehr als 10 bis 25 v.H.	25 v.H.
C	mehr als 25 bis 40 v.H.	40 v.H.
D	mehr als 40 bis 49 v.H.	55 v.H.

Tab. 2: Bewertung der Zeit der je Kalendermonat abgeleisteten Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit

Zahl der Bereitschaftsdienste im Kalendermonat	Bewertung als Arbeitszeit
1. bis 8. Bereitschaftsdienste	25 v.H.
9. bis 12. Bereitschaftsdienste	35 v.H.
13. und folgende Bereitschaftsdienste	45 v.H.

Tarifvertrag wird unterlaufen – Stellungnahmen des Marburger Bundes

„Das seit Januar 83 geltende Tarifrecht wird in zahlreichen Krankenhäusern unterlaufen. Die Einführung von geteilten und zeitversetzten Diensten scheint sich großer Beliebtheit zu erfreuen, um eine Grundvoraussetzung zur Erfüllung des Tarifvertrages zu umgehen: die Aufstockung des Personals ...“ (Arzt im Krankenhaus 5/83)

„Anstatt die neuen tariflichen Vereinbarungen einzuhalten, zunächst also als Voraussetzung den Stellenplan zu erweitern, versuchen viele Arbeitgeber, eine Reduzierung der Arbeitsleistung während der Bereitschaftsdienste durch zeitversetzten oder geteilten

Dienst zu erreichen ... Indem man die Zeiten, die während eines Bereitschaftsdienstes besonders arbeitsintensiv waren, als Vollarbeit anordnet, will man eine Verkürzung der Dauer des Bereitschaftsdienstes erreichen und eine Voraussetzung für die Gewährung von Ruhezeiten streichen. Daneben läßt man nicht aus dem Auge, daß sich ein kürzerer Bereitschaftsdienst auf die Stufenzuteilung auswirkt und so die Kosten für den Bereitschaftsdienst sinken ... Eine steigende Zusammenlegung bisher selbständiger Bereitschaftsdienste einzelner Fachabteilungen ist zu erkennen ...“ (Arzt im Krankenhaus 4/83)

Quellenhinweis: ÖTV-Gesundheitsreport 4/81; ÖTV-Magazin 8/82; Informationen der ÖTV-Hauptabteilung Gesundheitswesen; Arzt im Krankenhaus – Zeitschrift des Marburger Bundes; BAT

US-Telefonarbeiter: Streik für höheren Lohn

Seit dem 7.8. streikten 675000 Arbeiter und Angestellte gegen die US-Telefongesellschaft AT & T. Am letzten Wochenende stimmte die Verhandlungskommission der Gewerkschaften einem neuen Vertrag zu, über den die Mitglieder bis zum 25.8. abstimmen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von drei Jahren. Im ersten Jahr sollen die Löhne um 5,5% erhöht werden, im zweiten und dritten Jahr um je 1,5% plus einer Inflationsanpassung. Vor dem Streik hatten die Kapitalisten ein Angebot vorgelegt, das die drei beteiligten Gewerkschaften zurückgewiesen hatten: Für neu Eingestellte wollten die Kapitalisten keine Lohnerhöhung zugestehen und hatten ansonsten für das erste Jahr eine maximale Erhöhung von 3,5% zugesagt, für das zweite und dritte Jahr nur eine Inflationsanpassung der Löhne. Die Gewerkschaften, von denen die Communication Workers of America (CWA) mit 525000 Mitgliedern die Führung in den Verhandlungen innehatte, hatten einen Lohnanstieg in Höhe des Produktivitätsanstieges bei AT&T von 7% gefordert. Bei AT&T wer-

Beschlüsse des Zentralrats der PLO

Anfang August hat der Zentralrat der PLO seine erste Sitzung nach dem 16. Palästinensischen Nationalrat abgehalten. Er drückte seine Anerkennung für die Haltung des palästinensischen Volkes im besetzten Palästina aus, die es ermöglicht, den Kampf um die „unveräußerlichen nationalen Rechte der Palästinenser“ fortzusetzen. „An erster Stelle steht dabei der Kampf um die Rückkehr in die Heimat, um Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf seinem nationalen Boden.“ In den Beziehungen zu Syrien



sieht der Nationalrat die Notwendigkeit, alle Mißbelligkeiten durch einen sofortigen Dialog zu beseitigen. Er beschloß daher, ein Komitee aus Mitgliedern des Nationalrats zu bilden. Um den Kampf im

Bequa zu beenden, soll ein Militärausschuß gebildet werden, der den Waffenstillstand überwacht. Der Zentralrat ist gewillt, die Beziehungen „zwischen dem patriotischen Syrien, dem libanesischen und dem palästinensischen Volk“ zu stärken. Er rief dazu auf, in der nationalen Errettungsfront zu kämpfen. Er forderte die libanesische Regierung auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen, „um die politische Präsenz der PLO und ihrer sozialen und kulturellen Institutionen abzusichern“. Abschließend betonte er die Notwendigkeit, „die Beziehungen der PLO zu allen arabischen patriotischen und progressiven Kräften zu klären“.

den 97% der Gespräche automatisch vermittelt. Der Versuch der Kapitalisten, den Streik durch den Einsatz von leitenden Angestellten zu brechen, mißlang.

Pakistan: Kampf gegen das Kriegsrecht

Seit dem 14.8., dem offiziellen Unabhängigkeitstag, werden in Pakistan zahlreiche Aktionen gegen das Militärregime Zia-ul-Haqs durchgeführt. Ge-

fordert wird die Aufhebung des Kriegsrechts und die Rückkehr zur Demokratie. Seit am 17.8. 102 Häftlinge aus einem Gefängnis befreit wurden, werden starke Polizeieinheiten zur Bewachung der Gefängnisse und Banken eingesetzt. Aktionen und Demonstrationen werden durchgeführt, obwohl Zia-ul-Haq angekündigt hatte, mit aller Härte gegen Proteste vorzugehen. Bisher wurden 715 Personen festgenommen, 14 getötet.

DDR fordert Auslieferung

Der Generalstaatsanwalt der DDR hat erneut den Generalstaatsanwalt in Braunschweig aufgefordert, den Mörder Decker an die DDR auszuliefern. D. hatte im Mai 1982 als Grenzschutzbeamter der DDR seinen Streifenführer erschossen und war in die BRD geflüchtet. D. ist in der DDR am 17. Mai 1983 wegen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden. Bisherige Auslieferungsbegehren hatte die Justiz der BRD abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt hatte die BRD den Auslieferungsantrag gegen den in der DDR wegen Mordes zu lebenslanger Strafe verurteilten Grenzbeamten Höhne. H. wurde Anfang August in Göttingen zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Aus der Urteilsbegründung: Ursprung der Morde sei das Fehlen der Freizügigkeit in der DDR. Seit 1975 ist das der fünfte Mord an DDR-Grenzbeamten, den die Justiz der BRD derart honoriert.

Aufmarsch der USA gegen Nicaragua

Der US-Flugzeugträger „Coral Sea“ ist der letzten Woche vor der Küste Nicaraguas mit 70 Düsenjägern an Bord eingetroffen. Das US-Schlachtschiff „New Jersey“ hat den Heimathafen Pearl Harbour mit Kurs auf die Pazifikküste Nicaraguas verlassen. Die US-Imperialisten vervollständigen den Aufmarsch zu den Kriegsbildungen gegen Nicaragua, die

Anfang September beginnen sollen. Der Oberkommandierende des US-Südkommandos gab den baldigen Bau einer Landebahn an der Grenze zwischen El Salvador, Honduras und Nicaragua bekannt. Honduras kündigte zugleich die weitere Aufstellung von Spezialeinheiten an der Grenze zu Nicaragua an. Die von den US-Imperialisten ausgehalte-

nen nicaraguanischen konterrevolutionären Banden eröffneten jetzt den bisher größten Angriff im Norden Nicaraguas. Der Verteidigungsminister Nicaraguas erklärte, daß die Banden an der Küste einen Ort zu erobern versuchten, um dann eine Gegenregierung aufzustellen. Die Zahl der konterrevolutionären Truppen wollen die US-Imperialisten von derzeit schätzungsweise 8000 auf 12000 bis 15000 im nächsten Frühjahr steigern. Ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt wollen die US-Imperialisten ihre Kriegsbildungen durchführen. Der am 8. August an die Macht geputschte Präsident Guatemalas hat zusammen mit dem Präsidenten von Honduras den Wiederaufbau eines Militärpaktes zwischen Honduras, Guatemala und El Salvador gefordert, der sich gegen Nicaragua richtet. Die Präsidenten von Mexiko, Panama und Costa Rica haben dagegen den Aufmarsch der US-Truppen verurteilt und deren Abzug verlangt. Bild: Ausbildung honduranischer Truppen durch die US-Armee.



1.7.1997: Hongkong zurück an VR China

Die VR China will ihre Souveränität über die jetzige britische Kolonie Hongkong am 1.7. 1997 wieder herstellen. Die chinesisch-britischen Gespräche sollen sich nach Angaben des Generalsekretärs der KP Chinas, Hu Yaobang, nur mit der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Prosperität Hongkongs nach 1997 befassen. Thatcher hatte verlangt, daß alles so bleiben solle wie unter britischer Regie.

Italien

Sozialisten stellen Ministerpräsidenten, die Reaktion hat das Programm diktiert

Mit Bettino Craxi dirigiert jetzt zum ersten Mal ein Sozialist das römische Regierungsschreiben. Aber die Noten hat die Reaktion geschrieben. Die Christdemokraten, die in trauter Umarmung mit dem Großindustriellenverband in den Wahlkampf gezogen waren, haben dafür am 26. Juni eine krachende Wahlniederlage kassiert. Und doch steht die neue Regierung nach Programm und Zusammensetzung eher noch rechts von ihrer Vorgängerin unter dem gestandenen Reaktionär Fanfani. Ein bemerkenswertes Beispiel, was man in einer bürgerlichen Republik aus einem für die Bourgeoisie „unerfreulichen“ Wahlergebnis so machen kann.

Mit 16 von 30 Regierungsgliedern verfügen die Christdemokraten im neuen Kabinett über die absolute Mehrheit. Die sechs „klassischen“, einflussreichsten Ressorts (Äußeres, Inneres, Verteidigung, Justiz, Finanzen und Schatz) sind mit vier Christdemokraten und Republikanern, deren Sekretär Spadolini (jetzt Verteidigungsminister) sich auf Wahlplakaten zusammen mit der britischen Premierministerin Thatcher präsentierte, besetzt.

Nach Fertigstellung des Regierungsprogramms tönten Christdemokraten und Republikaner mit einigem Recht, es entspräche voll ihren Vorstellungen. Auch die Confindustria signalisierte sogleich Zufriedenheit. Woher die Begeisterung?

In den nächsten drei Jahren „dürfen“ die Reallöhne nicht steigen. Sie sollen also sinken. Auf Drängen der Christdemokraten und Republikaner mußte Craxi ausdrücklich klarstellen, daß mit den blockierten Reallöhnen

die Löhne „pro Arbeitsstunde“ und nicht die Lohnstückkosten (die in den letzten Jahren auch schon gefallen sind) gemeint sind.

Schon das Rahmenabkommen mit dem Kapitalistenverband, zu dem die vorige Regierung am 22. Januar die Gewerkschaften genötigt hatte, lief auf Lohnsenkung hinaus. Aber darin waren wenigstens die betrieblichen Zusatztarife, die ebenfalls Lohnbestandteile einschließen, nur für 18 Monate blockiert. Jetzt also für drei Jahre. Die am 22. Januar ebenfalls vereinbarte Arbeitszeitverkürzung um 40 Stunden jährlich bis 1985 soll nach der Regierungserklärung, wenn überhaupt, ohne jeden Lohnausgleich stattfinden.

Wie der Lohnstopp *durchgesetzt* werden soll, hat Craxi bisher noch offen gelassen. Aber schon pfeifen die Spatzen von den Dächern, daß staatliche Zwangseingriffe bei den (tariflich vereinbarten) Inflationszuschlägen anstehen, wenn die Gewerkschaften nicht spüren.

Um der Lohnsenkung nachzuhelfen, sind umfangreiche „Reformen“ bei der Sozialversicherung geplant: Senkung der Leistungen der Kurzarbeitergeldkasse, der einzigen praktisch funktionierenden Arbeitslosenversicherung mit Leistungen bis zu 90% des Lohns für zwei Jahre; verstärkte „Anreize für Mobilität“, also Leistungsstreichungen bei Nichtannahme eines schlecht bezahlten oder weit entfernten Arbeitsplatzes; Kürzung der am 22. Januar eben erst neu vereinbarten Familienzuschläge, die in Italien über eine Ausgleichskasse mit Beitragspflicht der Kapitalisten gezahlt werden. Das alles zusammen soll 1984 fast 4000 Milliar-

den Lire (6,8 Milliarden DM) einbringen.

Weiter ist die Einfrierung der Gesundheitsausgaben auf dem jetzigen, im europäischen Vergleich niedrigen Anteil am Sozialprodukt geplant, u.a. durch Einführung weiterer „Selbstbeteiligungen“. Das Mietgesetz, das vergleichsweise niedrige Höchstmieten vorschreibt, soll gelockert werden. Ein Bekenntnis zur Raketenstationierung rundet das Programm ab.

Der größte Gewerkschaftsbund CGIL, dem auch zahlreiche Sozialisten angehören, hat das Programm als Ausdruck der Offensive der Großbourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung kritisiert. Nach anderthalb Jahren tariflosem Zustand und über 200 Streikstunden haben jetzt die Textil- und die Nahrungsmittelarbeiter abschließen können. Die neuen Löhne entsprechen dem – ungünstigen – Kompromiß vom 22. Januar, die Arbeitszeitverkürzungen bleiben weit dahinter zurück. Die Metallkapitalisten sträuben sich weiter gegen einen Abschluß. Entgegen den anfänglichen Erwartungen mancher Gewerkschafter hat Craxis Einzug ins Ministerpräsidentenamt die Kampfbedingungen nicht verbessert.

Quellenhinweis: l'Unità Juli/August 1983; Rassegna Sindacale 4/1983

Dänemark

Weitere Spargesetze in Aussicht

Am 17.8. veröffentlichte die dänische Regierung den Finanzierungsvorschlag für den Staatshaushalt 1984: 10 Mrd. Kr. sollen eingespart werden, davon ein großer Teil im Sozialbereich, u.a. durch höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und einen Extrabeitrag zur Krankenversicherung, Streichung von Kindergeld und Entlassung von 3285 Beschäftigten beim Staat in den kommenden vier Jahren.

Am 9.9. soll das Parlament in einer Sondersitzung über den verminderten sogenannten „Blockzuschuß“ – Bewilligung von Geldern für die Kommunen – entscheiden. 1,35 Mrd. Kr. sollen diese 1984 weniger erhalten, weitere 1,575 Mrd. Kr. 1985. Dies wird auch Mittelkürzungen vorwiegend im sozialen Bereich zur Folge haben, denn Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten und Sozialhilfe werden von den Kommunen finanziert. Erhöhung der Gebühren, Entlassung und Rationalisierung, Schließung von Krankenhäusern und Abteilungen stehen in großem Ausmaß bevor.

Die Regierung will so die Privatisierung von weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes durchsetzen. Unter dem finanziellen Druck haben auch einige



Seit mehr als anderthalb Jahren herrscht in der Metallindustrie tarifloser Zustand. Bild: 200000 Metaller demonstrieren am 10. Juni in Turin.

Kommunen mit Privatisierungen begonnen, z.B. von Reinigungs- und Transportarbeiten. Innenministerin Schall-Holberg hat eine große Untersuchung im Mai 1984 angekündigt, welche Bereiche in Krankenhäusern privatisiert werden können. 20% der Ausgaben will sie so senken.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten prangern die Privatisierungspläne an. Als letzte Maßnahme haben die Gewerkschaften aber folgende „Lösung“ bereit: Sie wollen eigene Betriebe gründen, die mit den privaten konkurrieren können. Eine solche gewerkschaftseigene Reinigungsfirma gibt es schon.

Da die LO-Führung inhaltlich die gleiche Zielsetzung verfolgt – Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der dänischen Wirtschaft – ist eine Organisation des Kampfes gegen die Maßnahmen von dieser Stelle nicht zu erwarten. Im Gegenteil, die LO wirft der Regierung vor, sie investiere nicht richtig. Folgerichtig ist daher, daß die LO-Führung im August 1983 selbst eine Investitionsfirma gegründet hat, die in „zukunftsorientierte“ Betriebe Gewerkschaftsgelder investieren soll, was aber innerhalb der Gewerkschaft auf Widerstand stößt. Der Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der vom Sozialabbau Betroffenen ist gegenwärtig noch zersplittert.

Die Minderheitsregierung hat für die Kürzung der Kommunegelder im Moment noch keine klare Mehrheit. Sie droht, Neuwahlen auszuschreiben.

Quellenhinweis: Politiken, lfd. Nr.; Land og Folk, 3.8.83; LO-Bladet Nr. 11 bis 16/83.

Chile

PCD soll Gewerkschaften christdemokratisieren

Anläßlich des „4. nationalen Protesttages“ am 11.8. kam es in Chile zu den härtesten und umfangreichsten Auseinandersetzungen zwischen der Volksbewegung und den Militärs seit dem Sturz der Allende-Regierung im September 1973. Allein in Santiago hatte die Militärjunta 18000 Polizisten und Soldaten zur Unterdrückung des Protestes aufgeboten. 27 Menschen wurden ermordet, 1500 festgenommen.

Die Junta ist in Chile isoliert. Selbst die kleinen und mittleren Unternehmer, einstmals die feste Stütze des Regimes, opponieren und beteiligen sich an Aktionen. Das Großbürgertum unterstützt in erheblichen Teilen die chilenischen Christdemokraten (PCD). Ursache hierfür ist die seit 1929/30 tiefste Wirtschaftskrise, die sich 1982 in einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 14% und einer Arbeitslosenquote von 33% ausdrückte.

Die Verhaftung des Vorsitzenden der PCD, Valdes, brachte die Junta unter schweren Druck der Imperialisten; Kohl und Genscher „engagierten sich persönlich“ und drohten mit EG-Maßnahmen. Neben der ungehinder- ten Ausbeutung der chilenischen Arbeiter stünden immerhin 18 Mrd. Dollar Auslandsschulden auf dem Spiel, sollte es nicht gelingen, nach einem möglichen Fall der Junta eine ebenso imperialistenabhängige Regierung zu installieren. Nichts anderes ist die der PCD zugedachte Rolle.



Am 11.9. soll der 5. nationale Protesttag stattfinden (Bild: 11.8.).

1973 hatte die PCD die Militärs zum Eingreifen gegen das „Chaos der Allende-Regierung“ aufgefordert und hernach deren Sturz begrüßt. Sie rief jetzt zur Beteiligung an den von den Gewerkschaften geleiteten Protesttagen auf, wobei sie vehement für „aktive Gewaltlosigkeit“ eintrat. Valades Freilassung nach vier Tagen erfolgte u.a. mit dem Hinweis, daß er weder gegen die „Rechtsordnung“ noch gegen den „inneren Frieden“ verstoßen habe. Befriedigt registrierte das konservative Blatt Mercuri die Fähigkeit der PCD, die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Protesten zum Ausdruck zu bringen. Mit ausdrücklicher Unterstützung des Papstes kritisierte die katholische Kirche die Junta und richtete einen Aufruf an alle „Lager“ zu Versöhnung, Dialog und Gewaltfreiheit.

Pinochet hat Anfang August mit der Bildung eines mehrheitlich zivilen Kabinetts reagiert. Die Imperialisten wollen den Statthalterwechsel jetzt nicht unbedingt. Kann sich die Junta halten, so das Kalkül, können PCD und Kirche an ihrem Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung arbeiten. Zielstrebig bereiten sich die US-Imperialisten darauf vor, daß sich die Volksbewegung nicht christdemokratisieren läßt: Mit der chilenischen Armee wird ab 19.8. ein vierwöchiges Marinemanöver vor der chilenischen Küste durchgeführt.

Quellenhinweis: FAZ ab 6.7.83; Arbeiterkampf v. 8.8.83.

Sri Lanka

Maßnahmen gegen die Opposition

Bei den Ausschreitungen in Sri Lanka gegen die Volksgruppe der Tamilen (ca. 20% der Gesamtbevölkerung) hat es nach jüngsten Berichten rund 300 Tote, 100000 Obdachlose, 18000 zerstörte Häuser und 17 zerstörte Produktionsbetriebe mit rd. 4000 Arbeitsplätzen vorwiegend im Textilbereich gegeben. Gleich im Abschluß wurde von Regierungsseite ein Gesetzentwurf im Parlament zur Verabschiedung vorgelegt und verabschiedet, der jedes Eintreten für einen separaten Staat innerhalb Sri Lankas verbietet und jeden Abgeordneten verpflichtet, darauf einen Eid zu leisten. Da die Tamil United Liberation Front (TULF), die diese Forderung erhebt, mit 17 Sitzen im Parlament vertreten ist (von 168), ist sie damit aus dem Parlament ausgeschlossen. Die Kommunistische Partei, die einen Sitz hat und zwei andere linke Organisationen wurden im gleichen Zuge verboten.

Die Tamilen stellen die Mehrheit der Bevölkerung im Norden des Landes und die Mehrheit der in der Hauptexportbranche arbeitenden Teearbeiter (teils zählen sie zu den Bewohnern Sri Lankas, teils wurden sie von den englischen Kolonialisten um die Jahrhundertwende aus Tamil Nadu (südlicher Bundesstaat Indiens) als Kontraktarbeiter auf die Plantagen geholt). Ein großer Teil der Textilexportproduktion befindet sich in den Händen von Ceylon-Tamilen. Da die Angriffe gezielt gegen tamilische Häuser, Fabriken und Einrichtungen gingen, wird vermutet und auch teilweise bestätigt, daß die Regierung selber die Ausschreitungen lanciert hat, um die Kontrolle über die Produktionsstätten zu erhalten (dafür würde auch sprechen, daß zum Wiederaufbau der zerstörten Fabriken vergebene Regierungskredite an die Auflage gebunden sind, daß der Staat die Mehrheit des Aktienkapitals halten muß).

Die Gesetzesmaßnahmen der Regierung stehen im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe anderer in jüngster Zeit gefaßten Beschlüsse: Die Amtszeit des mit umfangreichen Vollmachten ausgestatteten Präsidenten Jayewardene und des Parlaments wurde um sechs Jahre verlängert, das Anti-Terrorismusgesetz (das die Inhaftierung ohne Haftbefehl und richterliche Überprüfung erlaubt), die Vorschrift, daß die Todesursache ziviler Opfer von Anti-Terroraktionen der Streitkräfte und der Polizei nicht mehr untersucht zu werden braucht, sowie die Verhaftung

von 4000 Oppositionellen wurde beschlossen.

Die Regierung von Sri Lanka hat jetzt insbesondere die USA, EG-Länder und den Internationalen Währungsfond um Aufbauhilfen angegangen. Die EG-Länder stehen bei Im- und Exporten an erster Stelle. Entsprechende Auflagen gegen die Arbeiterbewegung und Organisationen der Opposition werden nicht ausbleiben.

Quellenhinweis: FAZ von 19.8.1983; Handelsblatt v. 28.7.1983; Neue Zürcher Zeitung, versch. Ausgaben

Brasilien

Gewerkschaften unter Staatsaufsicht gestellt

Nach dem Generalstreik am 21. Juli hat die brasilianische Regierung zu scharfen Unterdrückungsmaßnahmen gegen alle die Gewerkschaften gegriffen, die eine hervorragende Rolle in der Organisation des Streiks übernommen hatten. Sowohl die Gewerkschaften der Erdölarbeiter als auch die gesamte Gewerkschaft der Metallarbeiter in Sao Paulo sind unter Staatsaufsicht gestellt. Der Angriff der Regierung richtet sich insbesondere gegen die Gewerkschaft der Metallarbeiter in



Tausende demonstrierten im März gegen die IWF-Politik der Regierung.

Sao Bernardo, einem Vorort von Sao Paulo, in dem die Autofabriken der imperialistischen Konzerne wie z.B. VW und Daimler ihre Werke haben.

In Sao Bernardo ist der Präsident der Metallarbeitergewerkschaft Jair Meneguelli verhaftet worden unter der Anklage „Verstoß gegen die nationale Sicherheit“, das Vermögen der örtlichen Metallgewerkschaft hat die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und die Gewerkschaft ist ebenfalls unter Staatsaufsicht gestellt worden.

Die brasilianischen Gewerkschaften hatten zu dem Generalstreik aufgeru-

fen, nachdem schon in den vergangenen Monaten in verschiedenen Städten Streiks und Demonstrationen gegen die Plünderpolitik der Regierung stattgefunden hatten. Die Proteste richteten sich gegen die bedingungslose Unterwerfung der Regierung unter die Forderungen der imperialistischen Gläubigerbanken und deren Zusammenschluß IWF.

Die Automobilarbeiter hatten seit 1978 eine herausragende Rolle beim Aufbau der brasilianischen Gewerkschaften gespielt. Als sie 1980 nach 41 Tagen einen Streik gegen die Automobilkonzerne erfolglos abbrechen mußten, verhaftete die Regierung elf Funktionäre der Metallarbeitergewerkschaft und ließ sie von Militärgerichten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilen. Diese Strafen sind inzwischen von Zivilgerichten aufgehoben worden. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter konnte sich festigen, obwohl die Automobilkapitalisten Tausende entließen.

Der Internationale Metallarbeiterbund (IMB) hat eine Grußbotschaft an die brasilianische Metallgewerkschaft gesandt und erklärt: „Wir sind zutiefst empört über die behördliche Übernahme der Metallgewerkschaft von Sao Bernardo, die sich einmal mehr im Kampf für Demokratie und Gerechtigkeit in Brasilien mutig in vorderster Linie befindet. Ohne Gewerkschaftsrechte sind weder wirtschaftliche noch soziale Fortschritte möglich. Die ganze Welt richtet besorgte Blicke auf Brasilien, in der Hoffnung, daß dieses Land nicht in die bösen Zeiten der Militärdiktatur zurückfällt.“ Der IMB will Unterstützungsaktionen für die brasilianischen Metallarbeiter organisieren und koordinieren.

Quellenhinweis: IMB-Nachrichten, Nr. 10/1983; Adresse des IMB: Internationaler Metallgewerkschaftsbund, 56bis Route des Acacias, CH-1227 Genf, Schweiz

VR China

Noch mehr Anreize für ausländisches Kapital

Im Oktober wird Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff nach China reisen, um dort u.a. ein Investitionsschutzabkommen mit der chinesischen Regierung abzuschließen. Die Sache drängt, denn der VW-Konzern z.B. plant mit einer Shanghaier Automobilfabrik ein Gemeinschaftsunternehmen (joint venture) mit Investitionen von 500 Mio. DM. Diese Automobilfabrik soll später jährlich 30000 PKW und 100000 Motoren ausstoßen.

Die Fabrik wäre das erste große Gemeinschaftsunternehmen eines chinesischen Staatsbetriebes mit einem imperialistischen Konzern. Im Frühjahr 1983 bezifferte die VR China das Volu-

men der ausländischen Direktinvestitionen auf insgesamt 1,7 Mrd. \$. Davon entfielen auf Gemeinschaftsunternehmen nur 223 Mio. \$. Das meiste ausländische Kapital steckt vermutlich in den 872 Kompensationsgeschäften, bei denen das imperialistische Kapital Maschinen und Material, die chinesische Seite die Arbeitskräfte stellt und die Anlagen mit den darauf hergestellten Produkten bezahlt werden. Auch für die Aufschließung von Bergwerken sind solche Kompensationsgeschäfte abgeschlossen worden. In den nächsten Jahren werden außerdem die ausländischen Direktinvestitionen in der Förderung des chinesischen Offshore-Öls sprunghaft wachsen. Bislang gab es zwölf solcher Projekte, u.a. mit japanischen Ölkonzernen. Nach einer Ausschreibung 1982 für Förderrechte im südchinesischen Meer haben 33 Ölkonzerne, darunter die weltgrößten, ihre Angebote eingereicht, und die ersten Verträge sind schon abgeschlossen. Ähnlich wie bei den Verträgen der arabischen OPEC-Länder mit den Ölkonzernen sind die Investitionen für Schürfung und Förderung Sache der Konzerne, die dafür einen Anteil am geförderten Öl bekommen.

Offensichtlich ist für die chinesische Regierung die Bilanz ihrer nunmehr vierjährigen Politik, imperialistisches Kapital ins Land zu holen, nicht besonders erfolgreich ausgefallen – sieht man von den Ölkonzernen ab. Die Gemeinschaftsunternehmen sind zumeist klein, modernste Technologie ist kaum ins Land gekommen, meist handelt es sich um lohnintensive Fertigungen, die von den traditionellen Niedriglohnländern oder von Hongkong in die VR China verlagert worden sind. Jetzt hat die chinesische Regierung beschlossen, rückwirkend ab 1.1.83 die Steuern auf ausländische Kapitalerträge in der VR China um 50% zu senken und in bestimmten Fällen (bei Gemeinschaftsunternehmen mit hochwertiger Technologie oder im kritischen Energie- und Transportsektor) jahrelange Steuerbefreiung zu gewähren. Die Steuersenkung gilt auch für die Zinseinkünfte ausländischer Banken in China, die dadurch zur Kreditvergabe an chinesische Betriebe ermutigt werden sollen.

Schon im letzten Sommer hat die parteioffizielle „Volkszeitung“ ihre Leser für die historisch fortschrittliche Rolle der imperialistischen Konzerne zu erwärmen versucht. Sie stellte als deren Vorzüge für Entwicklungsländer heraus, daß sie den Kapitalmangel lindern, innovatorisch wirken, Managementverfahren verbreiten und die Importe einschränken helfen. Als negativ vermerkte die Zeitung lediglich den Gewinntransfer und die Kontrolle über die nationalen Ressourcen.

Quellen: China aktuell (div. Ausgaben); Beijing Rundschau 23.83

UdSSR

Partei und Regierung verstärken Kampagne für mehr „Arbeitsdisziplin“

Andropow wolle mit Zuckerbrot und Peitsche die sowjetischen Arbeiter zu Höchstleistungen antreiben, um die seit Jahren andauernde „Stagnation und Wachstumsschwierigkeiten“ der Wirtschaft zu überwinden, so etwa der gehässige Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, ähnlich die übrige BRD-Presse. Aber weder sind die Beschlüsse und Debatten der Parteigremien und Staatsorgane der UdSSR über die Steigerung der Effektivität der Wirtschaft Ausfluß einer Krise, noch etwa werden die Arbeiter in der Sowjetunion künftig „mit Strafen und Prämien“ so geknechtet und zu Höchstleistungen angetrieben, daß jeder Arbeiter in der BRD sich nur mit Schaudern abwenden kann und froh

sein muß, für freiheitlich-demokratische Ausbeuter bis zum Umfallen schufteten zu dürfen.

Die jüngsten Beschlüsse des ZK der KPdSU und verschiedener Staatsorgane zur Wirtschaftspolitik beschäftigen sich mit schon seit längerem bestehenden Problemen. Bereits der 26. Parteitag der KPdSU hatte Anfang 1981 als eine der Hauptaufgaben für den elften Fünfjahresplan die „Überleitung der Wirtschaft auf einen intensiven Entwicklungsweg“ beschlossen. Eine weitere Erhöhung der Produktion solle nicht in erster Linie durch Aufbau neuer Anlagen erzielt werden, sondern mit „der rationelleren Nutzung des Produktionspotentials des Landes“ – schließlich sei bereits heute das zur Ver-

fügung stehende Arbeitskräftepotential knapp und es werde sich im Laufe der 80er Jahre nur noch wenig erhöhen.

Bedeutet die Forderung der Führung der Sowjetunion nach einem „überdurchschnittlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität“ aber nicht einfach Steigerung der Arbeitsintensität und wird somit nichts anderes als ein Programm zur gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter eingeleitet?

In allen Erklärungen und Diskussionsbeiträgen wird das ausdrücklich bestritten. So etwa faßt die Zeitschrift „Sowjetunion heute“ zusammen, niemand dürfe an eine Beseitigung „sozialer Begrenzungen des wirtschaftlichen Wachstums“, die „eine übermäßige Differenzierung der Gesellschaft nach Besitzwerten, eine Erhöhung der Arbeitsintensität ... verhindern“. Stattdessen, so z.B. Andropow, solle mit der Mechanisierung und Automatisierung der Produktion der hohe „Anteil von manueller, nicht mechanisierter Arbeit ... der allein in der Indu-

Mindeststandards bei Löhnen und Sozialversicherungen in den USA und der UdSSR

Anfang August vermeldete das Census Bureau der USA, daß inzwischen ca. 15% der US-Bevölkerung von einem Einkommen leben müssen, das unter der offiziellen Armutsgrenze liegt. Die Armutsgrenze ist definiert als die Einkommenshöhe, die für eine regelmäßige Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse nicht mehr ausreicht. Mehr als acht Millionen Familien in dieser Elendsschicht können sich keine regelmäßige Ernährung leisten. Ein Vergleich der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Mindeststandards der Löhne und der Sozialversicherungen der Arbeiter und Angestellten zwischen den USA und der UdSSR läßt den Schluß zu, daß in der UdSSR die Entwicklung einer solchen Elendsschicht kaum möglich ist.

Mindestlohn: Der gesetzliche Mindestlohn beträgt in den USA derzeit 3,35 Dollar pro Stunde, das Monatsbruttoeinkommen bei durchschnittlicher Arbeitszeit also ca. 600 Dollar, im günstigsten Fall ergibt dies für einen Arbeiter, der seine Arbeitskraft zwölf Monate im Jahr verkaufen kann, ein Jahreseinkommen von 7200 Dollar, das Nettoeinkommen liegt gerade über der Armutsgrenze. In der UdSSR beträgt der derzeitige Mindestlohn 75 Rubel, dieser Lohn ist steuerfrei, das notwendige Mindesteinkommen liegt nach westlichen Schätzungen für einen Zwei-Personen-Haushalt bei 70 Rubel.

Arbeitslosenversicherung: In den USA müssen die Kapitalisten in den meisten Staaten die Versicherungsbeiträge zahlen, das Arbeitslosengeld beträgt höchstens 50% des vorigen Lohns und wird höchstens 26 Wochen nach einer Woche Wartezeit gezahlt. In der UdSSR gibt es keine Arbeitslosenversicherung. Gibt die Gewerkschaft die Zustimmung zur Entlassung eines Arbeiters, muß der Betrieb zwei volle Wochenlöhne zahlen; bei Arbeitsplatzwechseln, die zwischen Betrieben vereinbart sind, muß einer der beiden Betriebe den zuletzt erzielten Lohn bis zum neuen Arbeitsbeginn zahlen.

Rentenversicherung: In den USA müssen Kapitalisten und Lohnabhängige jeweils 6,7% des Bruttoeinkommens für die meisten Beschäftigten in die staatliche Rentenversicherung zahlen. Anspruch auf die volle Altersrente haben Männer und Frauen ab dem 65. Lebensjahr, wenn sie nach 1950 eine Beitragszahlung von mindestens einem Quartal pro Jahr und mindestens zehn Quartalszahlungen in zehn Jahren nachweisen können. Die Mindestrente betrug 1981 117 Dollar für eine, 170,50 Dollar für zwei Personen pro Haushalt, die Höchstrente 400 Dollar für eine Person. In der UdSSR zahlen die Betriebe einen mit der Gewerkschaft vereinbarten Anteil des Lohnfonds in die Sozialversicherung, die vom sowjetischen Gewerkschaftsverband verwaltet wird. Anspruch auf die volle Altersrente haben Frauen ab 55 Jahren und

Männer ab 60 Jahren, wenn sie zuvor 20 bzw. 25 Jahre gearbeitet haben. Für die Kolchosbauern ist die Rentenversicherung seit 1970 der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten angeglichen worden. Die Mindestrente entspricht dem Mindestlohn zum Zeitpunkt des Renteneintritts, das bedeutet auch, daß keine Anpassung der Renten von Arbeitern vorgenommen wird, die in früheren Jahren in Rente gegangen sind.

Krankenversicherung: In den USA existiert außer der Krankenversicherung für Rentner keine Pflichtversicherung. In einzelnen Branchen sind tarifliche Regelungen für Zuschüsse der Kapitalisten für die privaten Krankenversicherungen getroffen. Ein Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es nicht. Die Leistungen der privaten Krankenversicherungen umfassen, wenn die Beiträge niedrig sind, nicht einmal die Gesamtkosten für einen Arztbesuch. In der UdSSR ist die Krankenversicherung ein Teil der allgemeinen Sozialversicherung, jeder Arbeiter und seine Familienangehörigen sind versichert, ärztliche und medikamentöse Behandlungen für alle Versicherten kostenlos. Der Lohn wird bei Krankheit bis zu drei Monaten weitergezahlt, ist die Krankheit arbeitsbedingt, bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Kann ein Arbeiter nach drei Monaten noch nicht wieder arbeiten, erhält er vorübergehend eine Rente.

Quellenhinweis: The World Almanac 1983; The Wall Street Journal v. 3.8.83; Nowosti-Jahrbuch UdSSR; P. Stiller, Systeme der sozialen Sicherung in der UdSSR, Polen, DDR und der CSSR, München 1981

strie 40 Prozent erreicht“, beseitigt werden.

Aber wird mit der vorgesehenen Umwälzung der Produktionsanlagen durch Einführung von Industrierobotern, mikroelektronischer Steuerung usw. nicht die Herausforderung „einfacher“, aber höchst intensiver und die Arbeitskraft schnell verschleißender Maschinenarbeit befördert, und ist die Behauptung, daß der Arbeiter „von schwerer, ermüdender manueller Arbeit befreit“ werden soll, somit nicht bloße Propaganda?

Man braucht der Führung der UdSSR nicht zu unterstellen, daß ihr die Interessen der am schwersten Arbeitenden am nächsten liegen, wenn man feststellt, sie beabsichtige nicht die Herausforderung einer Schicht von Niedriglöhnern, in stumpfsinniger Akkordarbeit an modernster Maschinerie beschäftigt: Angesichts der starken Rechtsstellung der Gewerkschaften wären solche Absichten auf jeden Fall zum Scheitern verurteilt.

In den nach Branchen organisierten Gewerkschaften in der UdSSR sind fast 99% aller Arbeiter und Angestellten sowie die überwiegende Mehrheit der Kolchosbauern organisiert, insgesamt 130 Mio. Mitglieder. Die Gewerkschaften sind unabhängig von den Staatsorganen, insbesondere unterliegt ihr Finanzgebaren keiner staatlichen Kontrolle. Die Gewerkschaften schließen jährlich mit den Betriebsleitungen Kollektivverträge ab, die nicht nur Bestimmungen über die Entlohnung enthalten, Festlegungen über Arbeitszeit und Arbeitsschutz, sondern auch die „gegenseitigen Verpflichtungen der Betriebsleitung und des Kollektivs der Arbeiter und Angestellten zur Erfüllung der Produktionspläne“, ferner Festlegungen für den Wohnungsbau und andere soziale Versorgungseinrichtungen, die durch den Betrieb finanziert werden. Vor Abschluß dieser Kollektivverträge müssen sie zur Diskussion und Billigung auf Betriebsversammlungen vorgelegt werden.

Ohne Zustimmung der jährlich neu gewählten betrieblichen Gewerkschaftsleitungen können die Betriebsleitungen keine Entlassung vornehmen, keine Änderung der Entlohnung oder Arbeitsbedingungen durchführen. Vor Inbetriebnahme einer Produktionsanlage muß eine Abnahme durch gewerkschaftliche Sicherheitsinspektoren erfolgen, wie insgesamt die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen der Kontrolle durch die Gewerkschaften unterliegt.

Die Bestimmungen über den Mindestlohn und die Sozialversicherungen (s. Kasten) lassen die Herausforderung einer Elendsschicht von Arbeitern, die bereit sind, zu jeder Bedingung zu schuften, ebenfalls nicht zu – wenn

also gegen diese starke Rechtsstellung der Gewerkschaften ein brutales Programm zur Steigerung der Arbeitsintensität auf keinen Fall möglich ist, was will die Führung der Sowjetunion dann erreichen?

Das Plenum des ZK der KPdSU hat mit einem Beschluß „Aktuelle Fragen der ideologischen und politischen Massenarbeit der Partei“ die Mitglieder und Zellen der KPdSU aufgefordert, alles zu unternehmen, um die Arbeitsdisziplin zu steigern. Die Betriebsleitungen sind aufgefordert, die Maßnahmen bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin strikt anzuwenden, z.B. unentschuldigtes Fehlen soll mit Anrechnung auf den Urlaub geahndet werden,



Die Gewerkschaften in der UdSSR haben Kontroll- und Vorschlagsrechte bei der betrieblichen Sicherheit. Bild: Arbeitsschutzkommission der Gewerkschaften bei einer Inspektion.

Trunkenheit bei der Arbeit mit Lohnabzügen bis hin zur Entlassung („Andropow droht“, kommentiert die FAZ, man könnte zum Vergleich dazu etwa verschiedene „Arbeitsordnungen“ in den Betrieben der BRD empfehlen, wo solche Vorfälle sofort mit fristloser Kündigung enden).

Was nun veranlaßt die Führung der KPdSU sowie Obersten Sowjet und Ministerrat der UdSSR eine Kampagne zur Steigerung der Arbeitsdisziplin einzuleiten, obwohl alle Erfahrungen mit früheren ähnlichen Kampagnen eher magere Erfolge erwarten lassen? Andropow dazu: „Der Sinn der sozialistischen Disziplin besteht in der vollen Hingabe eines jeden an seinem Arbeitsplatz. Das zu erreichen ist allerdings schwieriger, als Verspätete am Werkort abzufangen ... Vieles hängt hier natürlich von der gut organisierten ideologischen und politischen Erziehungsarbeit ab. Diese Arbeit aber muß sich unbedingt auf ... die Vervollkommnung der vielfältigen Formen und Mittel des moralischen und materiellen Anreizes stützen.“

Der Oberste Sowjet hat zu dieser „Vervollkommnung“ auf seiner Tagung am 16./17. Juni das Gesetz „Über Arbeitskollektive und die Erhöhung ihrer Rolle bei der Lenkung der Betriebe, Institutionen und Organisationen“ beschlossen. Dieses Gesetz verallgemeinert das in verschiedenen Betrieben in den letzten Jahren erprobte „Brigadesystem“: Die Brigaden, das entspricht in etwa Abteilungen, schließen mit der Betriebsleitung Verträge über Produktionsziele ab, bei deren Erreichen oder Überschreiten Prämienauszahlungen fällig werden. Tschernenko, Sekretär des ZK der KPdSU, zum Zweck: „In den Kollektiven, die zu dieser Form der Arbeit

übergegangen sind, sind die Arbeitsproduktivität und die Arbeitsdisziplin höher. Hier ist für jeden Arbeiter der Zusammenhang zwischen seiner Arbeit und seinem Verdienst deutlicher sichtbar. Hier zeigen sich eindrucksvoll der Geist kameradschaftlicher gegenseitiger Hilfe und der erzieherische Einfluß der hochorganisierten sozialistischen Arbeit.“

Die Führung der Sowjetunion mag sich so einen gewissen Schub bei der Arbeitsintensität versprechen: Wenn erst einmal Lohnbestandteile direkt vom Produktionsergebnis der einzelnen Abteilung abhängen, können Maßnahmen der Betriebsleitung gegen „Bummelanten“ vielleicht eher als Ausdruck von „kameradschaftlicher Hilfe“ die Zustimmung der Gewerkschaftskomitees finden. Daß aber mit diesem Gesetz den Betriebsführungen eine Peitsche zur rücksichtslosen Antreiberei in die Hand gegeben wäre, kann kaum behauptet werden.

Quellenhinweis: Gert Meyer (Hrsg.), Das politische und gesellschaftliche System in der UdSSR, Quellenband, Pahl-Rugenstein, 1980; Sowjetunion heute, 7/83; UZ, 19.8.83



„Der Bienenkorb“

Existenzialistische Bilder über das Kleinbürgertum im Franco-Regime

Madrid 1943. Die Franco-Faschisten haben den Bürgerkrieg gewonnen und ihr Terrorregime ausgebreitet, das Elend des Volkes durch die Zerstörungen des Krieges und die brutale Ausbeutung ist groß. Das ist der Hintergrund des Filmes „Der Bienenkorb“ nach dem gleichnamigen Roman von Camillo Jose Cela. Der Roman entstand 1943 und ist in der BRD vor 15 Jahren zum letzten Mal aufgelegt worden, im Buchhandel also nicht mehr erhältlich.

Hauptschauplatz des Films, der streng nach der Buchvorlage verfilmt sein soll, ist das Madrider Kaffeehaus „La Delicia“. Hier treffen sich gegen das Regime eingestellte Intellektuelle, verkannte Poeten, die kümmerlich ihr Dasein fristen und auf Preise in faschistischen Dichterwettbewerben spekulieren, Studenten, Prostituierte, Offiziere und Beamte des Regimes, zwielichtige Existenzen, die sich mit kleinen Gaunereien durchs Leben schlagen. Dieses Kaffeehauspublikum liefert dem Film das Material für seine Beobachtungen, die Szenen wechseln ständig zwischen dem Kaffeehaus, der Verfolgung von Tischgesprächen, kleinen Streitereien und Eifersüchteleien, und knappen Ausschnitten aus dem Alltag.

Da ist der linke Literat, ständig in Sorge vor der Polizei, nachts in einem Bordell untergebracht und ab und zu zum Sattessen bei seiner Schwester, die sich mit einem

faschistischen Beamten verheiratet hat. Oder die Schuhverkäuferin, die sich zunächst als Tanzpartnerin reicher Männer, später als Gelegenheitsprostituierte verkauft, um Geld für die Genesung ihres schwindsüchtigen Verlobten zu besorgen. Die kleinen Gauner, die mit Ausweisen linker und rechter Organisationen den Bürgerkrieg überstanden haben, jetzt einen Franco-Orden als Aushängeschild tragen und auf Leute mit Geld lauern, die sie ausnehmen können oder von denen sie wenigstens einen Kaffee schnorren können. Die behütete Tochter aus gutem Haus, die sich mit ihrem Zukünftigen, einem angehenden Juristen, in einem Stundehotel trifft und dort zufällig auf ihren hochhehrbaren Vater stößt. Eine Pensionswirtin, die mit ihren Dauergästen in ständigem Streit liegt über die miserable Essensqualität.

Der Film schildert diese kleinen, oft belanglosen Ereignisse nüchtern und mit großer Liebe für das Detail. Einen Handlungsfaden gibt es nicht. Das Kaffeehaus liefert den Rahmen für die oft bissige Zeichnung der einzelnen Personen, für die Entlarvung der kleinbürgerlichen Überlebensstrategien unter dem Faschismus. Die Szenen sind ausgezeichnet gefilmt, die wohl dem Roman entnommenen Dialoge witzig und prägnant.

Die bürgerliche Kritik hat den Film mit Lorbeeren überhäuft. Der Film zeige die spanische Gesellschaft unter Fran-

co, die Resignation, den Lebensmut etc etc. Von einem Bild der spanischen Gesellschaft kann aber keine Rede sein, die Lage der Massen ist nur kurz eingeblendet, die politische Situation liefert nur den Hintergrund für die Beobachtung einzelner Vertreter des Kleinbürgertums, ihres Alltags. Der Autor des „Bienenkorb“, Cela, beschrieb im Vorwort zur ersten Auflage des Buches genauer seine Auffassungen: „Der Bienenkorb ist nichts weiter als ein blasser Abglanz, ein bescheidener Schatten der alltäglichen rauen, innigen und schmerzlichen Realität. Ein Stück Leben, das ohne Rückhalte, ohne seltsame Tragödien, ohne Mitleid erzählt ist ... Ob gewollt oder nicht, ist das Leben das, was lebt – in uns und außerhalb von uns. Wir sind nur das Gefährt, das Gefäß, wie es die Apotheker nennen.“

Diese existenzialistische Ideologie, die der Film meisterhaft vermittelt, ist wohl der eigentliche Grund für den Jubel der Filmkritik und für die gegenwärtige Resonanz des Films. Wie die Bienen im Bienenkorb die Bedingungen ihrer Existenz nicht selbst bestimmen können, so wenig können die Menschen ihr Geschick bestimmen und müssen halt Anpassungs- und Überlebensstrategien entwickeln. Das verleitet den Kritiker der FAZ zu der perversen These, ein solcher Lebensmut wie im Franco-Spanien sei im Sozialstaat nicht denkbar.

XAP oder Composer statt Arbeit

„Warum müssen Sie arbeiten?“ fragen die kleinen grünen, ansonsten menschenähnlichen Bewohner des dritten Planeten im Abraxasnebel den gefangenen Iwan Iwanowitsch, der bis dahin Buchhalter einer Sparkasse und ein etwas benachteiligter Mensch war. „Um Geld zu verdienen“, ist die Antwort, über die sich die Abraxasbewohner halb totlachen, denn sie müssen nicht für Geld arbeiten. Computer rechnen das Notwendige aus, Composer stellen das Gewünschte her. Gelernt wird nur freiwillig und gearbeitet ebenso in der Entwicklungsabteilung für bessere kostenlose Gebrauchsgüter. Iwan soll mit einem Raumschiff auf die Erde zurückkehren und sie beherrschen. Außerdem kommt er zu Frau und Kindern, was ihr auf der Erde nicht geglückt war. Die Rückkehr beweist ihm die Dummheit der Menschen. Nur weil sie ihn nicht kennen, lassen ihn sämtliche Militärs erst einmal beschießen. Sie liefern auch nicht auf Iwans Aufforderung hin alle Waffen ab, sondern nur Gerümpel. Also läßt Iwan den Computer alles auch nur im entferntesten nach Militär Aussehende (auch Orden, Zollhäuser etc.) in Luft auflösen, schafft die Arbeit ab, indem er Computer und Composer verteilt, die alles außer Grenzen und Waffen machen können. Dann verläßt er mit seiner Großfamilie die Erde lieber wieder. Zwar kann man so das Problem der Kriege nicht lösen, dennoch ist es ein lustig zu lesendes Buch.

Hans Neff, XAP oder Müssen Sie arbeiten? fragte der Computer, detebe 21052, 8,80 DM

Wie geht die Hlg. Dreifaltigkeit in Quarks?

Wer den Science-Fiction-Roman „Der Pflanzen-Heiland“ des Autors Thomas R.P. Mielke kennt, ist vorgewarnt: Auch in dem jetzt bei Heyne erschienenen Band, „Das Sakriversum“, pflegt er katholisch angehauchten Natur-Mystizismus. Am 8. März 2018 explodieren Neutronenbomben. Niemand überlebt außer: 1. ein legitimer Nachfahre des Baumeisters der größten gotischen Kathedrale (dieser Baumeister ist wiederum ein illegitimer Sohn des Papstes Bonifaz VIII.), 2. das zwergenhübsche Völkchen der „Schander“, dessen Urahnen sind ein aus der illegitimen

Verbindung desselben Baumeisters mit einer Äbtissin entsprungenes Zwillingsspaar, das unter dem Kirchendach versteckt in fortgesetzter Inzucht während genau 700 Jahren eine von den „Weltlichen“ getrennte Entwicklung hervorbrachte, und 3. die „Bankerts“, auch zwerghenwüchsig, teils unter der Nordhälfte der Kathedrale aus dort untergebrachten leiblichen Früchten der Geistlichkeit hervorgegangen, teils ergänzt aus allerlei kleinwüchsigen Mißgeburten der „Weltlichen“ sowie mißglückten genetischen Experimenten. Wie sich nun diese Ausgangskonstellation über gut 500 Seiten dahinentwickelt, ist eine quälende Lektüre. Ermüdend wirkt vor allem das Schwadronieren der sog. „Logenmeister“. Die Menschheit sei untergegangen, weil sie dem Wissen Vorrang vor dem Glauben gegeben habe. Dabei sei alles ganz einfach: Einheit von Geist, Materie und Seele, im Original: „Das sind sie, die Symbole des Dreiecks. Ihr habt das immer nur rein wissenschaftlich gesehen. Weißt du denn nicht, daß *Quarks* die letzten Elementarteilchen sind, die sich nicht nach der einen oder anderen Richtung spalten lassen, sondern immer in drei Teile zerfallen?“ Nach solch erbaulichen Belehrungen soll man sich dann auch nicht wundern, daß allein der Glaube ausreicht, um ein Fluggerät in die Lüfte zu bringen. Wie's endet? Nachdem sich die verschiedenen Sorten Überlebenden zusammengerauft haben, stellt sich die erreichte Einheit von Gott, Mensch und Natur als Spießparadies dar mit „Tanz um die Erde“ und Kindersegen.

Thomas R.P. Mielke, Das Sakriversum, Heyne SF 3997, 9,80 DM

Französisch-deutsche Rechtsstaatlichkeit

Im Juni hat der Deutsche Taschenbuchverlag in der Reihe „Zeitgeschichte“ das dritte Buch des französischen Politikwissenschaftlers Grosser veröffentlicht, eine Zusammenfassung von Reden und Artikeln aus der Zeit von 1975 bis 1980. Frei nach dem Motto „So demokratisch wie heute war Deutschland noch nie“ kommentiert Grosser die politische Entwicklung in der BRD – trotz einiger ihm bedenklich erscheinender Vorgänge. Grosser ist von bundesrepublikanischen Gegnern des Radikalerlasses häufig als prominenter Gegner dieser Sorte Unterdrückung angeführt wor-

den. Die Kritik, die er in den vorliegenden Aufsätzen an dieser und anderen staatlichen Maßnahmen führt, läßt die Frage offen, warum. Gegen den Radikalerlaß führt Grosser an, daß er einerseits unnötig sei, weil sich in der BRD überhaupt nicht so viele Radikale im öffentlichen Dienst befänden, daß eine Gefährdung des Staatswesens zu befürchten sei. Zum anderen bewiese Frankreich zu genüge, daß eine stabile Demokratie auch einen guten Teil Kommunisten unter den Staatsbediensteten vertragen könne – solange sich diese nicht in hohen Staatsämtern befänden. Als penetrant angeführter Beleg dienen ihm dafür die französischen Steuerbeamten, die Mitglied der Kommunistischen Partei oder der von der KPF unterstützten Gewerkschaft CGT sind und trotzdem die Steuern bei Armen und Reichen eintreiben. Mit dieser Argumentation umgeht Grosser die Tatsache, daß die BRD-Regierung die Entlassung von Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst unter Berufung auf den Radikalerlaß in den seltensten Fällen mit Dienstvergehen begründet hat, sondern gerade darauf pocht, daß ein Entlassungsgrund vorliegt, wenn der Beamte nicht die Garantie bietet, jederzeit für die Verfassung einzutreten. Seine staatstreue Kritik ließ Grosser in dem Augenblick fallen, in dem alle westdeutschen Bundestagsparteien zur „Gemeinsamkeit der Demokraten“ aufriefen. Aufmunternd kommentierte er während der Schleyer-Entführung in der französischen Zeitung „Le Monde“: „Die Entscheidung wäre einfacher, wenn man Barbarei mit Barbarei beantworten könnte. Angesichts von Erpressung, Mord und Folter (denn wenn das Festhalten von Kranken und Kindern in überhitzten Flugzeugkabinen und mit der Drohung ihres baldigen Todes keine Folter ist, wie wäre dann Folter zu definieren?) – angesichts solcher Methoden ist jedes Land, das sich als demokratisch und zivilisiert versteht, so gut wie wehrlos.“ Wenige Tage nach diesem Kommentar hat sich erwiesen, wie wenig hilflos die BRD sowohl gegenüber den in Isolationshaft und unter Kontaktsperre gehaltenen Gefangenen der RAF als auch gegenüber den Flugzeugentführern in Mogadischu war – durchaus im Sinne Grossers.

Alfred Grosser, Versuche Beeinflussung, Zur Kritik und Ermunterung der Deutschen, dtv-Zeitgeschichte Nr. 10128, 9,80 DM

Die Nation im Schulunterricht Instruktionsschrift für Lehrer in Baden-Württemberg

Als besondere Aufgabe der inzwischen abgeschlossenen Lehrplanrevision für die allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg hatte der CDU-Minister Mayer-Vorfelder die intensivere Behandlung der „deutschen Frage im Unterricht“ proklamiert. Allein solche Revision kann nur fruchten bei entsprechender Instruktion des durchführenden Personals. Dafür hat der Minister aus den Äußerungen westdeutscher, vornehmlich konservativer Wissenschaft Passendes zum Thema zusammensuchen und „vorzugsweise für die Hand des Lehrers“ – für jene kostenlos – unter dem Titel: „Deutschland – die geteilte Nation“ publizieren lassen.

In diesem Sinn und um der Sammlung von Aufsatzfragmenten den Anschein wissenschaftlicher Geschlossenheit zu vermitteln, hat der Geschichtsprofessor Golo Mann zur Einführung einige „Gedanken über die Nation der Deutschen“ geschrieben.

Auf die Frage: „Eine ‚Nation‘, was ist das?“, weiß er die Antwort: „Eine Masse von Menschen, die ... wenigstens eines gemeinsam haben: Sie ... fühlen sich einer Sache zugehörig, die ‚Nation‘ genannt wird, sie haben ‚Nationalgefühl‘.“ Die Nation fühlt sich der ‚Nation‘ zugehörig, hat ‚Nationalgefühl‘. Das ist der dürre Inhalt jener „Bestimmung“. Als Gipfel konservativer Definitionskunst stellt sich uns dar: eine Tautologie. Und wer darein kein Einsehen hat, dem schleudert der Professor entgegen: „Andere Bestimmungen führen in die Irre“. So haltlos und unwissenschaftlich derartige „Bestimmungen“ auch sind, als quasi kultusministeriell haben sie Sinn, sie verbieten, in der Geschichte der Entstehung der Nation und der weiteren Aufrechterhaltung ihrer Einheit den Ausdruck von Klasseninteressen zu suchen.

Entstanden sind die Nationen in Europa als Bündnis der verschiedensten Klassen – Bauern, Plebejer und Bourgeois – gegen den Feudalismus, um zu erreichen, was die Bourgeoisie *allein* nicht konnte, nämlich jenen zu stürzen. Mit der Beseitigung der feudalen Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse hat die Nation ihre positive geschichtliche Rolle erfüllt. Hauptnutznießer war aber allemal die Bourgeoisie, indem die kapitalistische Produktionsweise sich ohne Schranken entwickeln konnte.

Unter der Bearbeitung der Prof. Mann verschwinden solche materiellen Beweggründe und die ganze Geschichte verwandelt sich in eine Selbstentäußerung des Geistes, in ihr wirken „Geist und Wille“, sie „stellt Fragen“ – so „die deutsche“ – und der „Geist der Zeit verlangt nach Lösungen“. Aus dieser Sichtweise haben dann die Franzosen 1789 eine Revolution nicht gemacht, um sich von feudaler Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, sondern, „um den mystischen Begriff der unteilbaren Nation“ zu verwirklichen; eine Sache, die den Tadel des Professors erfährt, weil sie „sehr viel Blut kostete“ (von Aristokraten!).

Dagegen freilich stachen die Deutschen im 19. Jahrhundert positiv ab, denn „eine Nation brauchten sie nicht erst zu werden, das waren sie seit annähernd tausend Jahren“. Diese Behauptung bringt der Prof. Mann unter Rekurs auf seine vorige Definition der „Gefühlsnation“ fertig, um damit vergessen zu machen, daß die deutsche Bourgeoisie eine wirkliche Beseitigung der feudalen Gesellschaftsverhältnisse nie zustande gebracht hat. Nebenbei erhebt er damit alle Feigheit, allen Verrat wirklicher revolutionärer Volksbewegungen an die feudale Reaktion von den Bauernkriegen bis 1848 zu ebenso vielen Tugenden der deutschen Bourgeoisie. Die schließliche Installation eines deutschen Nationalstaats durch Bismarck rangiert dann als „großer Erfolg“. Dabei unterschlägt der Professor geflissentlich, daß dieser Staat von Anfang an ein Militärzuchthaus zur Verteidigung des privaten Eigentums und der kapitalistischen Ausbeutung gegen die wachsende revolutionäre Arbeiterbewegung gewesen ist.

Er geht weiter zu einer widerwärtigen Apologie des imperialistischen ersten Weltkrieges. Der wird hingestellt als „das Verhängnis“, welches „kam“. „Das deutsche Reich wurde in diesen Wirbel von Narreteien gerissen“, usw. Er unterschlägt die *nachgewiesenen* Kriegsziele und -vorbereitungen der deutschen Bourgeoisie, von Regierung und Militär vor Beginn des Krieges, um dann ein paar Sätze weiter ganz ungeniert zu bemerken, „wie beklagenswert schlecht die Politik war, welche die großartigen militärischen Leistungen fruktifizieren sollte!“

Das Ende dieses Krieges wurde herbeigeführt durch die seit 1916 und besonders nach der russischen Oktoberrevolution zunehmenden Kämpfe der Arbeiter, Meutereien bei Marine und Heer, die schließlich zur Revolution von 1918 führten. Die anfängliche Einheit der Nation hatte sich als grausamer Betrug der Arbeiter und Volksmassen entpuppt.

Diese Tatsachen verschweigen der Prof. Mann und die ganze Broschüre, denn sie widerlegen das von ihm als „ungebrochenes Gesetz“ postulierte „nationale Lebensprinzip“. Die ungeheuerliche Bemerkung „ohne die Kommunisten wäre es zum ‚Dritten Reich‘ überhaupt nicht gekommen“, kann man nur als dunkle Drohung gegen jeden verstehen, der sich der nationalen Einigung unter den Interessen der Bourgeoisie widersetzt. Dem Minister wie dem Professor geht es aber offensichtlich nicht nur darum, historische Tatsachen zu frisieren, sondern eine idealistische Geschichtsauffassung unter allen Lehrern durchzusetzen, die nur eine Apologie der Geschichte der deutschen Bourgeoisie und ihrer gegenwärtigen imperialistischen Interessen zum Ergebnis haben kann.

Quellenhinweis: Deutschland – die geteilte Nation, hrsg. v. Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg, Heidelberg 1983

„Kollektive Selbstverteidigung“

Deutscheuropa-Strategie, NATO und Westeuropäische Union (III)

Die beiden ersten Abhandlungen zu dieser insgesamt vierteiligen Serie (s. Pol. Ber. Nr. 7 u. Nr. 8/83) haben v.a. die historische Kontinuität jener Versuche der Aufrichtung Deutscheuropas behandelt – und zwar von der „Zollverein“-Expansion (Mitte des letzten Jahrhunderts) bis hin zum Beitritt der BRD zu WEU und NATO. Dabei wurde deutlich, daß die seinerzeitigen „Fabrikanten“ und späteren reichsdeutschen Monopole sowohl das Mittel des „Anschluß“-Krieges wie auch der Allianzbildung bzw. Ausnutzung solcher Allianzen zwecks Herstellung eines (Kontinental-)Europas unter ihrer ökonomisch-politischen Führung angewandt haben. Wie insbesondere Teil II verdeutlichte, war letzteres das leitende Motiv für die Adenauer-Regierung zum Beitritt zur Westeuropäischen Union und NATO. Der nun nachfolgende dritte Teil sowie der etwas später erscheinende Schlußteil werden sich daher mit den wesentlichen Gesichtspunkten dieser Mitgliedschaft der BRD in den genannten Allianzen befassen.

Zur Beurteilung dieser Mitgliedschaft ist es vorgängig notwendig, sich einiger wichtiger Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen zu vergewissern:

Diese Charta wurde am 26.6.1945 in San Franzisko von jenen – gegen die faschistischen Achsenmächte (in Europa und Fernost) und ihre (Zwangs-)Verbündeten – „Vereinten Nationen“ unterzeichnet. Dem öffentlich bekundeten Selbstverständnis dieser Unterzeichner-Staaten zufolge bildete diese Charta fortan die Geschäftsgrundlage eines weltweiten „Systems der kollektiven Sicherheit“. Dieses System ging von der prinzipiellen Friedfertigkeit seiner Mitglieder aus; jedes Mitglied, das eine Aggression gegen einen anderen Mitgliedstaat dieser Vereinten Nationen beging, sollte für diesen Bruch der Charta daher mit legitimen kollektiven Strafmaßnahmen zur Rechenschaft gezogen werden. Es umschloß dieses System der kollektiven Sicherheit (auf Grundlage der UN-Charta) somit stets den möglichen Aggressor aus den eigenen Reihen: nämlich den prinzipiell (bzw. zunächst) als friedfertig unterstellten Mitgliedsstaat, der sich durch Bruch der Charta selbst zum Aggressor stempelte. Gegenüber einem solchen, in diesem Moment offenkundig gewordenen Angriff, regelt der Abschnitt „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“ (Kapitel VII der Charta der UN) die Frage der Sanktionen (Art. 39 bis 51) und bekräftigt in diesem Zusammenhang ausdrücklich das „naturgegebene Recht der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat ...“ (Art. 51)

Während somit dieser Abschnitt der Charta ausdrücklich alle Mitglieder der Vereinigten Nationen zusammengefaßt als einen Aggressions-Verhinderungs-Pakt bestimmt und keineswegs aus dem Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung einen Quasi-Ersatz-Pakt gegen mögliche Aggressionen ableitet oder zugesteht – regelt der daran anschließende Abschnitt (Kapitel VIII, „Regionale Abmachungen“) die einzige und sehr wichtige Ausnahme:

„(Art. 52) Diese Charta schließt das Bestehen regionaler Abmachungen oder Einrichtungen zur Behandlung derjenigen die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffenden Angelegenheiten nicht aus, bei denen Maßnahmen regionaler Art angebracht sind; Voraussetzung hierfür ist, daß diese Abmachungen oder Einrichtungen und ihr Wirken mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen

vereinbar sind ...“ Als allererstes dieser Ziele nennt die Charta in Art. 1 die Unterdrückung von Angriffshandlungen; der Art. 52 sollte somit (in Verbindung mit jenem Ziel des Art. 1) z.B. Regionalpakte zur Abwehr von Angriffshandlungen ermöglichen – und zwar dort, wo diese Art von Maßnahme angebracht war. Da alle Mitglieder der Vereinten Nationen als prinzipiell friedfertig unterstellt wurden, konnte diese besondere Bildung von Regionalpakten (im Rahmen des Systems der kollektiven Sicherheit der UN) ihren legitimen Anlaß nur im Vorhandensein von Aggressionen bzw. Aggressionsgefahren außerhalb der Vereinten Nationen haben. Tatsächlich spricht der Art. 53 der Charta der UN von „regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik“ eines „Feindstaates“ gerichteten Abmachungen. – „Der Ausdruck ‚Feindstaat‘ ... bezeichnet jeden Staat, der während des zweiten Weltkrieges Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.“ (1)

Bei diesen „Feindstaaten“ handelte es sich um „Deutschland“ (bestehend aus den vier damaligen Besatzungszonen, Italien, Finnland, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Italien, Österreich und Japan. Für alle diese Staaten hatte die Antihitler-Koalition demokratische Friedens-Diktate beschlossen; diese sind 1947 bzw. 1955 mit allen diesen Staaten – mit Ausnahmen „Deutschlands“ und Japans (Separat-Friedensvertrag diktiert durch die USA unter Umgehung der UdSSR) abgeschlossen worden. Sie enthalten allesamt Schlußklauseln, in denen die unterzeichnenden Vereinten Nationen ihre Unterstützung hinsichtlich eines Aufnahme-Antrages in die UNO zusichern. Somit gab es in Europa schließlich nur einen „Feindstaat“ – nämlich „Deutschland“. Denn im Gegensatz zur DDR hatte die BRD von Anbeginn zusammen mit den USA, Großbritannien und Frankreich jeglichen Schritt hin zur Abfassung bzw. Unterzeichnung eines ähnlichen demokratischen Friedensvertrages blockiert (2). Alle diese bis hierhin entwickelten Sachen sind daher von wesentlicher Bedeutung hinsichtlich der NATO und der WEU sowie des Beitritts der BRD zu diesen Allianzen.

Zunächst einmal wird deutlich, daß die Gründung der NATO von seiten der beteiligten Mitglieder der Vereinten Nationen einen Bruch der Charta der UN darstellte: Art. 5 des NATO-Vertrages beruft sich auf jenes „Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung“ (Charta, Art. 51), wohingegen doch eindeutig durch die Charta geregelt ist, daß dieses Recht ein „naturgegebenes Recht“ aller Mitglieder ist und keineswegs ein exklusives, aus dem sich Sonderpakte zur Aggressions-Verhütung unterhalb der Ebene der UNO legitimieren lassen. Desgleichen wird deutlich, daß die NATO keine regionale – gegen das Wiederaufleben einer Aggressionspolitik eines Feindstaates gerichtete – Abmachung im Sinne der UN-Charta, Art. 52 bis 54 darstellt.

Sodann wird deutlich, daß die Umwandlung des – ehemals als „Westunion“ bezeichneten – Brüsseler Pakts in die Westeuropäische Union durch Beitritt der BRD (und Italiens) ebenfalls einen Bruch der Charta der UN darstellte:

Der Brüsseler Pakt (zwischen Großbritannien, Frankreich und den drei Benelux-Ländern) vom 17.3.1948 entstand durch Erweiterung des ursprünglichen britisch-französischen Pakts von Dünkirchen (1947); beide Pakte wurden (mit Ausnahme Luxemburgs) seitens der beteiligten westeuropäischen Kolonialmächte zur Vergewisserung wechselseitigen Schutzes gegen revolutionäre Umwälzungen (im jeweiligen „Mutterland“) abgeschlossen – das war das wesentliche und aktuelle praktisch-politische Bedürfnis, was zur Abfassung und Unterzeichnung trieb. Im Vertrags-Wortlaut ist die Sache relativ gut getarnt und vor allem durch die jeweilige Präambel und nachfolgende Bestimmungen ist der Zweck einer regionalen Abmachung gegen das Wiederaufleben einer deutschen Aggressionspolitik suggeriert worden. Dies ließ beide, den Dünkirchener Pakt und den Brüsseler Pakt in Übereinstimmung mit der UN-Charta (Kapitel VIII) erscheinen, zumal es Pakte mit derselben Zwecksetzung zwischen den ost/südost-europäischen Staaten gab.

Mit der Erweiterung des Brüsseler Paktes zur Westeuropäischen Union durch Beitritt der BRD und Italiens verlor dieser Pakt selbstredend seinen Charakter eines regionalen Abkommens im Sinne der UN-Charta; d.h. die Hereinnahme eines „Feindstaates“ (nämlich der BRD) in diesen Regional-Pakt bedeutete ebenfalls – genauso wie die Gründung der NATO – einen Bruch der UN-Charta durch die beteiligten Mitglieder der Vereinten Nationen. Alle diese Sachen sind seitens der damaligen Bundesregierung mit Genugtuung als aus dem Weg geräumte Barrieren auf der „Straße“ nach Deutscheuropa registriert worden – dies wird z.B. anhand der Ausführungen des seinerzeitigen Berichterstatters des Bundestagsausschusses „für Fragen der europäischen Sicherheit“, Dr. Jaeger, CDU, deutlich. Im Zusammenhang mit den Beratungen zu den Pariser Verträgen stellte er am 24.2.1955 u.a. folgendes fest:

„Der Brüsseler Vertrag wurde am 17. März 1948 zwischen den fünf westeuropäischen Staaten Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Großbritannien abgeschlossen als ein ‚Vertrag ... zur kollektiven

Selbstverteidigung'. (Präambel) Die militärischen Absichten des Vertrages sollten im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen erfüllt werden und insbesondere eine Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik verhindern. — Inzwischen haben sich die Zielsetzungen des Vertrages weitgehend geändert ... Die militärische Zielsetzung ist, soweit sie sich gegen Deutschland richtete, gegenstandslos geworden. Im Protokoll vom 23. Oktober 1954 (betreffs des Beitritts der BRD zur WEU bzw. NATO, d. Verf.) wird deshalb die Stelle der Präambel, die sich gegen eine deutsche Aggressionspolitik richtet, gestrichen und durch den neuen Gedanken ersetzt, daß der Vertrag die Einheit Europas fördern und seiner fortschreitenden Integration Antrieb geben solle ... (3)

Der ursprüngliche Charakter des Brüsseler Paktes als einem Vertrag zwecks wechselseitige Beistands gegen revolutionäre Umwälzungen in diesen u.a. westeuropäischen (Mitglieds)-Ländern ist selbstverständlich gewahrt worden — was der seinerzeitige Bundeskanzler Dr. Adenauer am 15.12.1954 im Bundestag u.a. folgendermaßen hervorhob:

„Ich komme jetzt zu den Verträgen über den Beitritt der Bundesrepublik zum Brüsseler Pakt und zur NATO. Der Brüsseler Pakt hat ... in erster Linie eine politische Bedeutung und Zielsetzung, während die Aufgaben der NATO gegenwärtig noch vorwiegend militärischer Natur sind. — Der Brüsseler Pakt in seiner ursprünglichen Form stellt einen frühen Versuch eines Zusammenschlusses europäischer Staaten zur Verwirklichung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, kultureller und militärischer Ziele dar. Im Zeitpunkt seiner Entstehung — im Jahre 1948 — schloß er nicht nur nicht Deutschland ein, sondern er sollte der Wiederholung einer deutschen Angriffspolitik vorbeugen. — Die europäische Zielsetzung des alten Brüsseler Paktes ist dann zeitweise in den Hintergrund getreten ...

Wir werden niemals das Streben nach der Einheit Europas aufgeben. Wir müssen für die Einheit Europas eintreten, und sei es nur aus Gründen der Selbsterhaltung. Unser Ziel war und ist die politische, die umfassende Gemeinschaft der europäischen Völker. Ihre innere Struktur soll geschmeidig, kann wandlungsfähig sein ... — Die Pläne für die Einheit Europas gehen bis in das 18. Jahrhundert zurück ... Die beiden Weltkriege, die Europa bis hart an den Rand der Vernichtung geführt haben, ließen dann konkrete Pläne entstehen, um endlich mit den europäischen „Bürgerkriegen“ Schluß zu machen. — Seit 1948 sind wir in die Phase der Verwirklichung eingetreten, und wir sind fest entschlossen, alles daran zu setzen, daß sie vollendet wird. — Europa wird ständig unterminiert durch die von Moskau ferngesteuerten kommunistischen Parteien und mehr noch durch die Unzahl der kommunistischen Tarnorganisationen,

die unter jedem erdenklichen Vorwand versuchen, kommunistisches Ideengut in alle Schichten der Bevölkerung zu tragen ...

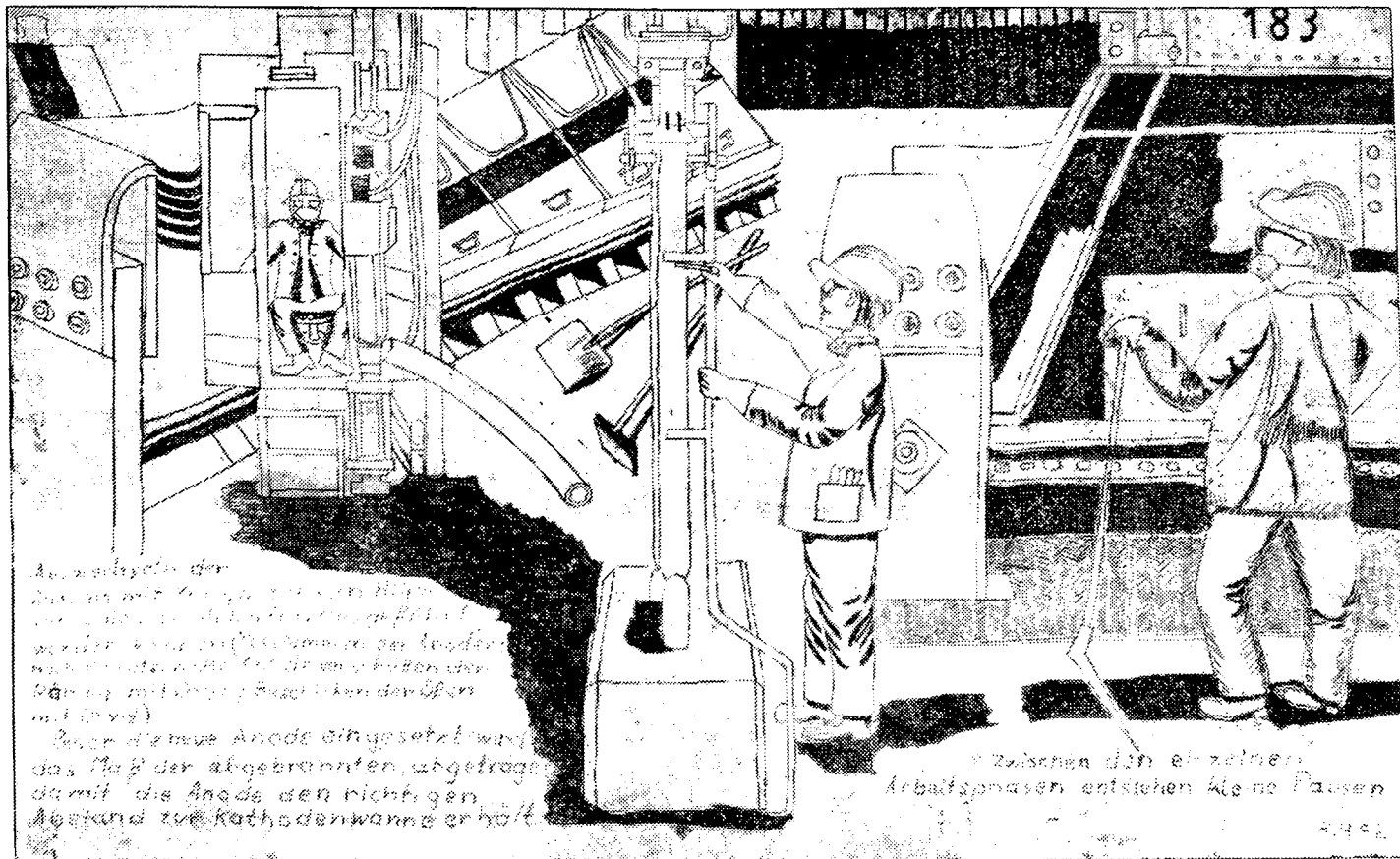
Wir müssen unsere Verteidigung gemeinsam organisieren. Ein einzelner europäischer Staat, der versuchen würde, auf sich allein gestellt einen ausreichenden militärischen Schutz aufzubauen, müßte derartig hohe finanzielle Aufwendungen machen, daß sein soziales Gefüge ins Wanken geraten und er auf kaltem Wege eine Beute des Kommunismus werden würde, vor dem er sich gerade schützen wollte. — Die Westeuropäische Union, wie die offizielle Bezeichnung des Brüsseler Paktes nunmehr lautet, wird ... den Ausgangspunkt und den festen Kern der künftigen europäischen Politik bilden ... — Zu diesem Zweck ist die Zielsetzung des Brüsseler Vertrages verändert und erweitert worden. Die gegen Deutschland gerichteten Formulierungen sind weggefallen; stattdessen ist in der Präambel und in Art. VIII als wesentliches Ziel aufgestellt, „die Einheit Europas zur fördern und seiner fortschreitenden Integration Auftrieb zu geben“ ...

Die neuen Lösungen der Verteidigungsfrage ... verwirklichen auf neuen Wegen die Grundgedanken, die auch dem EVG-Vertrag zugrunde lagen: Sie errichten ein wirksames System der kollektiven Selbstverteidigung Westeuropas gegen die Bedrohung aus dem Osten ... Sie gewährleisten die innere Befriedung Europas und machen kriegerische Konflikte der Mitgliedstaaten untereinander unmöglich. Sie fördern den weiteren Zusammenschluß Europas.“ (4)

Wie diese Ausführungen Adenauers verdeutlichen, sollte somit die WEU sowohl die wechselseitige „Sicherheit“ vor revolutionären Umwälzungen in den betreffenden westeuropäischen Mitgliedsländern garantieren wie auch zugleich die „Sicherheit“ der westeuropäischen Monopole voreinander durch endgültige Ausschaltung der Konkurrenzkriege. In diesem spezifischen Sinne begriff die Bundesregierung die WEU als „System kollektiver Selbstverteidigung ...“ Es wird nun im Schlußteil entwickelt werden, inwiefern es dem BRD-Imperialismus gelungen ist, die beiden Bündnisse WEU und NATO (genauer seine Bündnispartner) in politisch-militärische Reserven zur Durchsetzung seines strategischen Ziels der Aufrichtung Deutscheuropas zu verwandeln.

(1) Völkerrechtliche Verträge (Bock-Texte div. Nr. 5031), München 1973, S. 15ff; (2) zu den Friedensverträgen von 1947 1955: Politische Berichte Jg. 1981, Nr. 12, 19, 20, 21, 23 und 24; (3) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 24.2.1955, Blatt 3626ff (Drucksache Nr. 1060); (4) Stenographische Berichte, 15.12.1954, Blatt 3124 und 3125

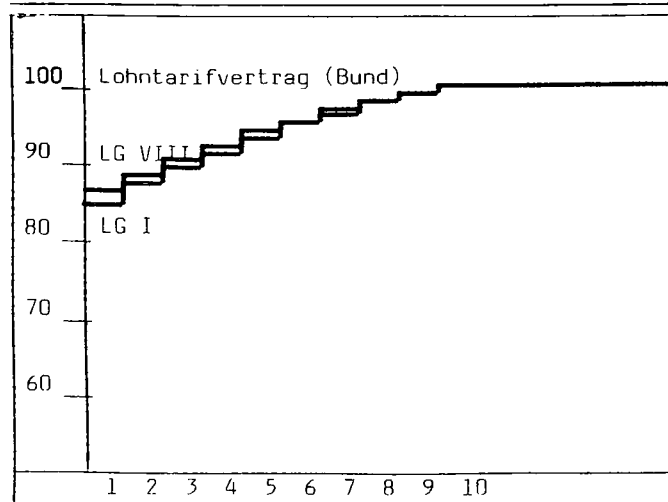
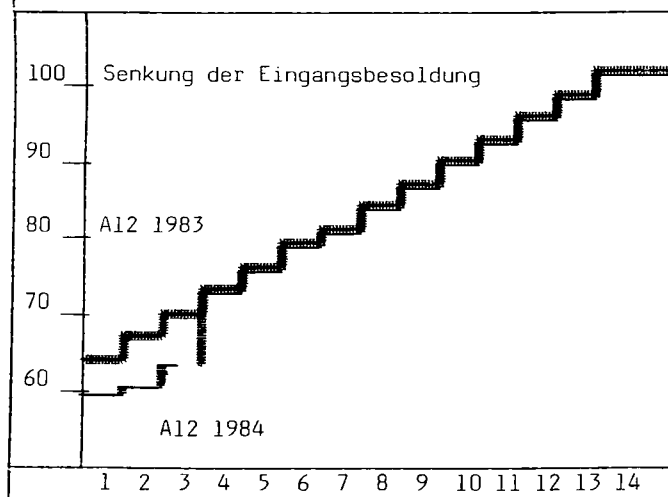
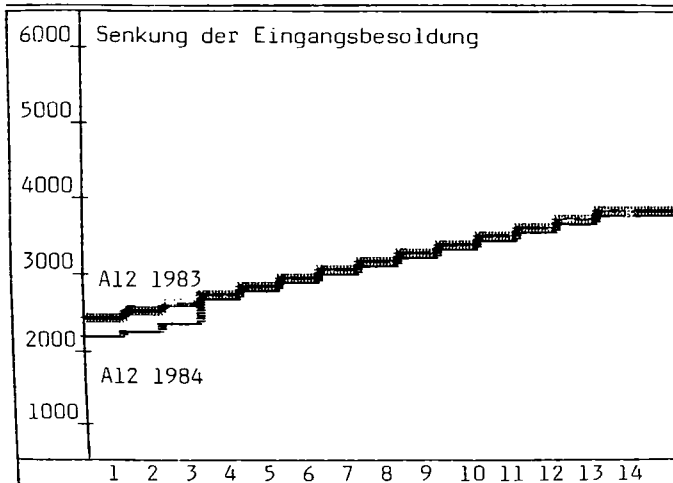
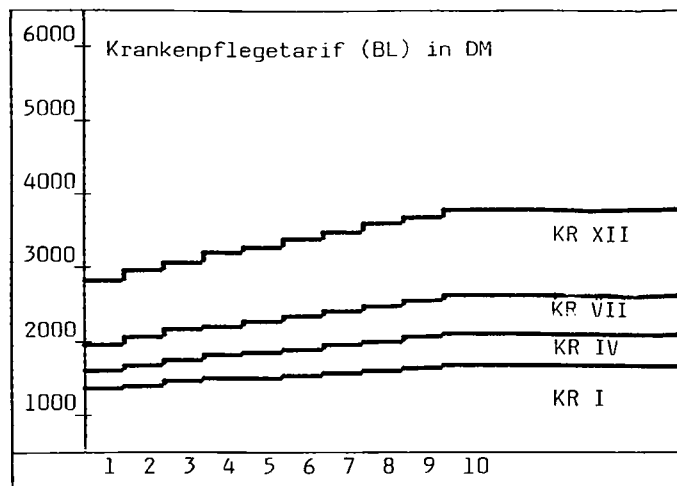
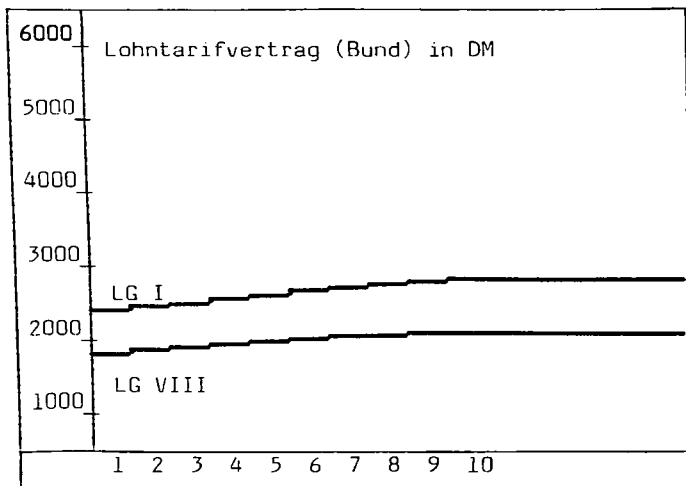
Radierung



Auswechseln der Anoden mit Kran, mit dessen Hilfe verschiedene Arbeiten ausgeführt werden können (Losstemmen der Anoden; nach Einsetzen der Anoden, verschütten der Ränder mit Oxyd; Beschicken der Öfen mit Oxyd). Bevor die neue Anode eingesetzt wird, wird das Maß der abgebrannten (Anode) abgetragen, damit die Anode den richtigen Abstand zur Kathodenwanne erhält.

Zwischen den einzelnen Arbeitsphasen entstehen kleine Pausen

„Auswechseln der Anoden mit Kran, mit dessen Hilfe verschiedene Arbeiten ausgeführt werden können (Losstemmen der Anoden; nach Einsetzen der Anoden, verschütten der Ränder mit Oxyd; Beschicken der Öfen mit Oxyd). Bevor die neue Anode eingesetzt wird, wird das Maß der abgebrannten (Anode) abgetragen, damit die Anode den richtigen Abstand zur Kathodenwanne erhält. Zwischen den einzelnen Arbeitsphasen entstehen kleine Pausen“ (Kunstgruppe Hamburg).



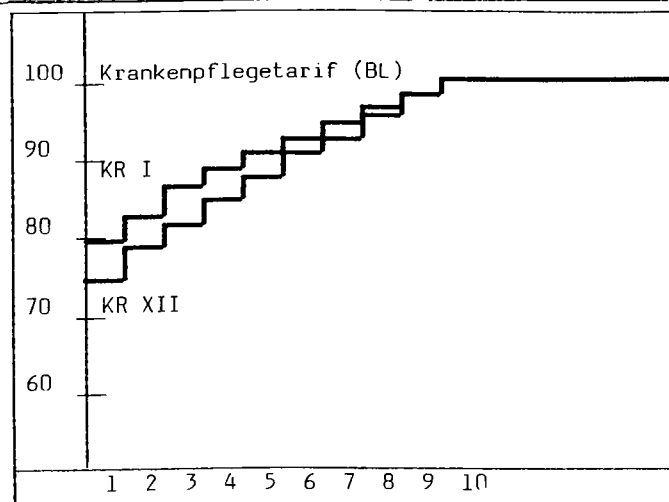
Zu den Schaubildern:

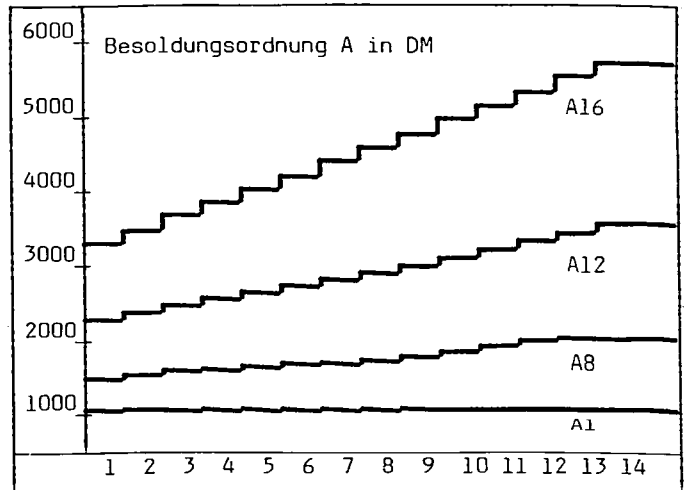
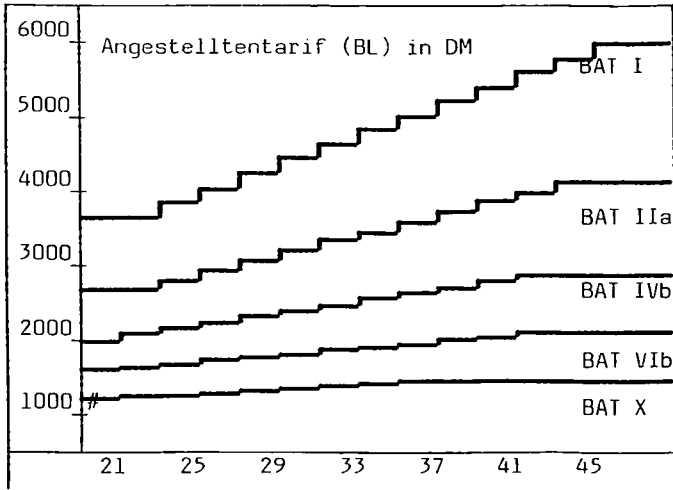
Die Schaubilder behandeln das System der Lohn- und Gehaltszahlung bzw. der Besoldung **nach Lebensalterstufen** wie es im öffentlichen Dienst gilt. Sie behandeln nur die Grundvergütung und nicht die Gesamtvergütung, die sich im öffentlichen Dienst aus der Grundvergütung, dem Ortszuschlag und gegebenenfalls dem örtlichen Sonderzuschlag zusammensetzt. Ein direkter Vergleich der in den Schaubildern dargestellten Einkommen mit den Einkommen in der Industrie ist deshalb ohne Hinzurechnung des entsprechenden Ortszuschlages nicht möglich.

Die Schaubilder in der oberen Leiste stellen die Grundvergütungen entsprechend der verschiedenen Beschäftigtengruppen in DM-Beträgen dar und die Entwicklung dieser Grundvergütungen mit wachsendem Lebens- bzw. Dienstalter.

Die Schaubilder in der unteren Leiste stellen die Grundvergütungen der jeweiligen Lebens- bzw. Dienstalterstufe in Prozent von der Endgrundvergütung dar. Die beiden mittleren Schaubilder in der linken Spalte stellen die Auswirkungen des vom Bundesinnenminister vorgelegten Entwurfs einer Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes dar. Diese Änderung soll zum 1.1.1984 in Kraft treten.

Die Lebensalterstufe 1 ist die Grundvergütung für den 20-Jährigen. Nur beim BAT sind keine Lebensalterstufen angegeben, sondern das Lebensalter direkt und die Anfangsgrundvergütung beginnt erst mit vollendetem 21. Lebensjahr. Jeweils nach zwei Jahren rückt der öffentlich Bedienstete in die nächste Stufe der Grundvergütung auf. Diese Automatik gilt allerdings nur bei einem ununterbrochenem Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst. Wird man im Krankenpflagedienst erst nach Vollendung des 20. Lebensjahres eingestellt erfolgt die Einstufung um eine Lebensalterstufe niedriger. Für den BAT-Angestellten gilt eine ähnliche Regelung, wenn er nach Vollendung des 31. Lebensjahres eingestellt wird.





Lebensalterstufen - Unterbezahlung der harten Arbeit

Es vergeht keine Lohnbewegung im öffentlichen Dienst in der nicht mit dem Schlagwort vom "leistungsfeindlichen Bewährungsaufstieg" gegen die Lohnforderung der öffentlich Bediensteten gehetzt wird. Behauptet wird, daß die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst unverdientermaßen alle zwei Jahre eine höhere Grundvergütung erhalten. Diese zweijährliche Erhöhung der Grundvergütung ist durch das System der Entlohnung nach Lebens- bzw. Dienstalterstufen geregelt. Doch keineswegs regelt dieses System "unverdiente" Erhöhungen der Grundvergütung, sondern ermöglicht Unterbezahlung bei der Anfangsgrundvergütung und ist die Fortschreibung der Differenzierung nach verschiedenen Lohn/Gehalts/Besoldungsgruppen.

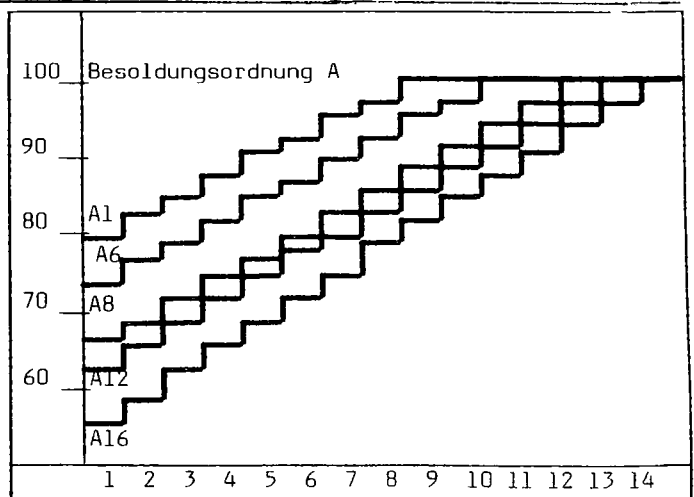
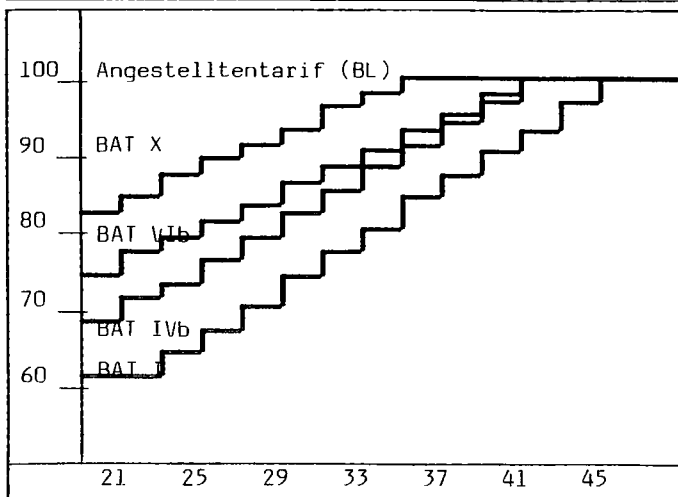
Die verschiedenen Lohn/Gehalts-/Besoldungsgruppen berücksichtigen, daß verschiedene Lohnabhängige unterschiedliche Arbeit verrichten. Im wesentlichen berücksichtigen sie, daß ein Teil der Lohnabhängigen zu harter körperlicher und/oder nervlich stark strapazierender Arbeit gezwungen wird und ein anderer Teil ausschließlich Aufsichtsfunktionen wahrnimmt. Je bes-

ser es dem einzelnen Lohnabhängigen gelingt, sich von der harten Arbeit zu entfernen, in eine umso höhere Lohn/Gehalts/Besoldungsgruppe wird er eingestuft. Im Arbeiterbereich ist diese Möglichkeit relativ gering, was sich in der schmalen Spanne zwischen der Lohngruppe VIII und I ausdrückt. Ganz anders ist der Unterschied bezüglich der harten Arbeit zwischen dem einfachen Postbeamten im Paketdienst und dem Direktor eines Gymnasiums, was sich in der großen Spannweite der Besoldungsordnung A ausdrückt.

Doch der Unterschied bezüglich der harten Arbeit besteht nicht nur zwischen verschiedenen Lohnabhängigen, sondern jeder einzelne Lohnabhängige macht eine diesbezügliche Entwicklung durch und diese Entwicklung ist es, die die Lebensalterstufen berücksichtigen. Am Beispiel: Bei der Krankenschwester stehen direkt nach dem Examen das Bettenmachen und ähnlich einfache, aber körperlich schwere Tätigkeiten weit mehr im Vordergrund als nach fünf oder zehn Jahren Berufstätigkeit. Dann stehen schwierige bzw. komplizierte Tätigkeiten wie

Blutentnahme, Verabreichung von Spritzen etc. und administrative Aufgaben im Mittelpunkt. Dennoch kann sich die Krankenschwester im Stationsdienst nicht freimachen von harter, nervenaufreibender Arbeit. Entsprechend gering ist die Spanne zwischen Anfangs- und Endgrundvergütung (bei Kr. IV ca. 24%). Ganz anders sieht z.B. die Laufbahn eines Apothekers aus, der eine Apotheke leitet und dem mindestens fünf Apotheker unterstellt sind und dementsprechend nach BAT I bezahlt wird. Die Besonderheit seiner Laufbahn kommt in einer Spanne von 39% zwischen Anfangs- und Endgrundvergütung zum Ausdruck.

Festgelderhöhungen, Mindestbeträge und Sockel/Prozenterhöhungen haben in den 70er Jahren ein noch drastischeres Auseinanderklaffen von Anfangs- und Endgrundvergütung verhindert. Die von der Bundesregierung jetzt angestrebte Senkung der Eingangsbesoldung soll dieses Ergebnis revidieren. Die Herabsetzung der Anfangsvergütungen ist eine von vielen Maßnahmen mit der die Unterbezahlung der harten Arbeit weitergetrieben werden soll.



Abrüstungsverhandlungen

Neue „Abrüstungsvorschläge“ zur Sicherung der Stationierung



Je näher der Termin der Stationierung der Mittelstreckenraketen rückt, umso „abrüstungsbereiter“ geben sich die bürgerlichen Politiker. Die Bundesregierung denkt neu über den „Waldspaziergang“ nach. Der griechische Vorschlag, die Stationierung um sechs Monate zu verschieben, ist bisher nur von der BRD, Italien und Großbritannien zurückgewiesen. Eine Reaktion der Benelux-Länder steht aus. Neue Widersprüche unter den Imperialisten?

Haftbedingungen

Ausgefeilte Staatsschutzmethoden gegen Gefangene aus der RAF

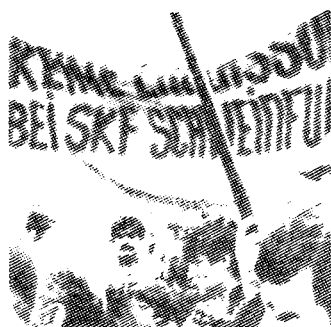
Isolation in Zellen ohne jegliches Geräusch, mit Tag und Nacht brennendem Licht, Beschlagnahme von Briefen, Schreib- und Besuchsverbote, Trennscheibe bei allen Besuchen usw. usf. – die Methoden der Staatsanwaltschaften, Gerichte und Justizbehörden gegen die politischen Gefangenen aus der RAF sind bis ins letzte ausgefeilt. Alle Versuche, eine Zusammenlegung mit

anderen Gefangenen aus der RAF zu erreichen, werden von Gerichten und Gefängnisleitungen abgelehnt – trotz Hungerstreiks und anderer Aktionen von Häftlingen –, die Unterstützung dieser Forderung wird als Kriminaldelikt verfolgt. Die Verteidigung der Gefangenen aus der RAF wird durch Zensur, Ausschlüsse und Strafdrohungen fast unmöglich gemacht.



Arbeitslosenversicherung

„Trainingmaßnahmen“ für Arbeitslose in Metallfabriken



Nach dem Arbeitsförderungsgesetz können die Arbeitsämter Arbeitslose zur Teilnahme an einer „Maßnahme zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten“ auffordern. Erstmals zum Juli 1983 hat das Arbeitsamt Schweinfurt Arbeitslose in den Metallkonzernen SKF und Fichtel&Sachs zum Einsatz gebracht. Die „Trainingsmaßnahmen“ umfassen:

Arbeit im Lager, an Maschinen, an Bildschirmen; in Akkord, in Schicht. Entlohnung: Von den Konzernen keine, vom Arbeitsamt statt Arbeitslosengeld Unterhaltsgeld in derselben Höhe. Dauer der Maßnahme: ¼ oder ½ Jahr. Begründung des Arbeitsamts: Es ist besser für sie, wenn sie irgendwo untergebracht sind, als wenn sie nichts arbeiten.

Nordirland

Prozeßwelle nach politischen Erfolgen der Sinn Fein

Zunehmende Anwendung von Folter, gekaufte Informanten und von Sondergerichten verhängte Höchststrafen sind die Mittel, mit denen die Regierung Thatcher der IRA bekommen will. Die neue Prozeßwelle folgt den Wahlerfolgen der IRA-nahen Sinn Fein und politischen Erfolgen der Sinn Fein in Großbritannien (hier Vizepräsident Gerry Adams in London, auf Einladung des Londoner Stadtratschefs Ken Livingstone).



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1 Kamekestr. 19 Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19 Tel. 0221/517457

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19 Tel. 0221/517457

Postscheckkonto Köln, Konto-Nr. 10419-507, Bankleitzahl 37010050